Einzelverkaufspreis : 1.50 mark incl. 5,5 % mwst

Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 103 29.11.1975

D 22354 C

INLAND

hausmitteilung	betrifft Arbeitskämpfe und Schließung der Uni Marburg	-1-
frankf./münchen	zur Staatsaktion gegen Trikont	-1-
frankfurt	CARP knipst Kunden von linken buchhandlungen	-2-
frankfurt	arbeitskämpfe - kurzmeldungen vom november	-2-
	forderungen zur metall-tarifrunde	-3-
göttingen	papiertarifverhandlungen 1975	-3-
göttingen	henkel gmbh: konkurs ist unvermeidlich	-4-
wiesbaden	solidarität mit den streikenden von bleidenstadt	-4-
frankfurt	die räumung des hauses kettenhofweg 34	-5-
offenbach	bürgerversammlung gegen GKW	-5-
münchen	bleialarm für münchen	-6-
frankfurt	fragebogen zu frauenärzten	-6-
bielefeld	bundesweite proteste der abendgymnasiasten	-7-
frankfurt	teilerfolg der abendgymnasiasten	-7-
giessen	teach-in trotz raumverbot	-7-
frankfurt	Asta-theraphie für Krupp'sche krankheit	-7-
frankfurt	zum tod des gefangenen Alfred Brunkhardt	-8-
hamburg	Werner Hoppe seit über vier jahren isoliert	-8-
frankfurt	bericht aus der psychiatrischen haftanstalt in wiesloch	-9-
mannheim	anstaltsleiter fühlte sich beleidigt	-9-
trier	verhaftete soldaten im hungerstreik	-9-
berlin	der neue trend: farbenfroh in den winter	-9-

AUSLAND

lissabon/paris	der 25. November – eine Niederlage für die linke	-9-
paris	ein spanischer totentanz	-10-
italien	erstes opfer des anti-terroristengesetzes	-10-
mailand	aufrüstung der polizei gegen "politische kriminalität"	-10-
rom	"den sozialen waffenstillstand brechen"	-11-
turin	entlassungen bei pirelli	-11-
besançon	soldatengewerkschaft soll aufgebaut werden	-11-
belfast	der krieg ist vorbei	-11-
frankfurt	befreiungskrieg in der west-sahara	-11-
luanda	zum befreiungskampf in angola	-13-
bogotá	attentat gegen die "alternatíva"	-13-
quito	putschversuch in ecuador	-13-
bogotá	us-militärhilfe gegen lateinamerika	-15-
tucumán	in argentinien wird gefoltert	-15-

ERKLÄRUNGEN

madrid	aufruf der spanischen arbeiterkommissionen	-16-
berlin	zur geschichte des kampfes von wolfgang huber	-17-
frankfurt	protest gegen prüfungsordnung für 3.bildungsweg	-17-
berlin	hunderte von entlassungen an FU und TU	-18-
frankfurt	situation am golf im lichte der KVZ	-18-
münster	für ein gesundheitswesen des kapverdischen volkes	-19-
frankfurt	aufruf an die Barrão-freunde	-19-

DOKUMENTE

frankfurt	tarifabschluß in der eisen- und stahlindustrie NRW/Bremen	-19-
frankfurt	tarifkalender	-20-
stuttgart	notizen aus stammheim	-20-
frankfurt	vereinigungskirche – der rechtsradikalismus läßt missionieren	-22-
letzte seite	frankfurter nachruf auf Franco	

herausgeber :
frankfurter informations - dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

postscheckkonto :
frankfurter informations - dienst e. v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602

redaktionsschluß :
donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur : f. kern

kontaktzentren :

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

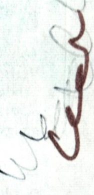
74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz : eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 / 39 12 67

monatsabo : 6 DM
gegen vorkasse

druck : eigendruck



INLAND

HAUSMITTEILUNG

Betrifft: Arbeitskämpfe in der BRD
Wir haben in Nr. 101 schon einmal dazu aufgerufen, Berichte aus Regionalzeitungen zu Arbeitskämpfen — was über Streiks hinausgeht —! auszuschneiden, bzw. eine Notiz zu machen und uns zu schicken. Wenn ihr mehr wißt, notieren! Wenn ihr wißt, wer mehr wissen könnte, fragt die Leute und notiert es!!
Es gibt auch ein Telefon zum Direktbescheidsagen: 0611/704352

Der Bericht zur Lage an der Marburger Universität ging wenige Stunden vor Redaktionsschluß bei uns ein. Durch unsere Bemühungen, etwas klares aus Portugal zu erfahren, waren wir nicht in der Lage, den Bericht vom Band abzuschreiben und zu setzen. Er erscheint — hoffentlich ergänzt — in der nächsten Nummer.

ZUR STAATSAKTION GEGEN TRIKONT, GEGENDRUCK, VERTRIEBE UND BUCHHANDLUNGEN DER LINKEN

FRANKFURT/GAIGANZ/MÜNCHEN/BERLIN (ID/blatt) 27. November

In einer bisher beispiellosen Staatsaktion wurden am 24. und 26. November in Bayern und Hessen und Berlin zahlreiche Wohnungen und Geschäftsräume von Verlegern, Buchhandlungen und Druckereien von starken Polizeikräften mehr als gründlich heimgesucht. Betroffen waren der Trikont-Verlag und dessen Basis-Buchhandlung in München, die Druckerei Gegendruck und Privatwohnungen in Gaiganz, die Sozialistische Verlagsauslieferung und die Karl-Marx-Buchhandlung in Frankfurt sowie die Trikont-Auslieferung Zirk & Ellenrieder, der Maulwurf-Vertrieb und drei Buchläden in Berlin.

Gesucht wurde per richterlichem Beschluß „Wie alles anfing", ein Buch, in dem die Anfangszeit des poltischen Widerstandes in Berlin beschrieben wird. Verfasser : Michael (Bommi) Baumann.

Im beschlagnahmten Buch werden nicht etwa, wie man glauben könnte — und es übrigens auch das noch geltende Gesetz vorschreibt: „Gewalttätigkeiten gegen Menschen in grausamer oder sonst unmenschlicher Weise geschildert und dadurch verherrlicht" (vergl. § 131 StGB), sondern der Autor schildert in einer Autobiografie seine Entwicklung zum Untergrundkämpfer und seinen anschließenden Gesinnungswandel („Freunde, schmeißt die Knarre weg").

Der Trikont-Verlag erklärte dazu: „Gesucht wurden per richterlichem Beschluß Exemplare des Buches „Wie alles anfing" von Michael „Bommi" Baumann, das am gleichen Tag auszugsweise im „Spiegel" veröffentlicht worden war. Beim Trikont-Verlag kam noch der absurde Verdacht hinzu, Baumann könnte sich bei seinen Verlegern versteckt halten.

Die Durchsuchungen wurden mit einem spektakulären Polizeiaufgebot durchgeführt. Beteiligt waren Politstaatsanwälte aus München und Berlin, sowie Zivilbeamte der politischen Polizei. Man beschränkte sich nicht auf das im richterlichen Beschluß angeordnete Auffinden von Exemplaren, Druckplatten des Baumann-Buches, sondern nahm bei der Gelegenheit noch andere Bücher (beim Trikont Verlag ca. 1.600 Stück),Druckplatten von anderen Büchern und Zeitschriften (so etwa des „Frauenjournals"), Geschäftsbücher, Bankauszüge, Tonbänder für Plattenaufnahmen, Kundenkarteien, Auftragsschreiben und dergleichen mit.

Durch diese Aktion wird der Geschäftsbetrieb des Trikont-Verlages praktisch lahmgelegt. Diese Schädigung ist umso einschneidender, weil sie mitten in das Weihnachtsgeschäft fällt. Auch wurde das gesamte Prospektmaterial des Trikont-Verlages beschlagnahmt.

Außerdem wurden die vom Trikont-Verlag getrennten Räume des Verlags Frauenoffensive durchsucht, obgleich dafür kein Durchsuchungsbefehl vorlag. Ebenso wurden im Hause befindliche Privaträume durchsucht.

Teilweise wurden Fotos und Skizzen der Räume angefertigt, es wurden Schriftproben sämtlicher Schreibmaschinen genommen und diese dann noch zusätzlich mitgenommen. Weder durfte ein Anwalt (Begründung; „Es besteht Verdunkelungsgefahr") noch die teilweise nicht anwesenden Mieter der Räume bzw. Geschäftsführer der Betriebe angerufen werden. Selbst das Studio der Grafikerin, die den Umschlag des Baumann-Buches gestaltete, wurde durchsucht."

Während der Trikont-Pressekonferenz am 26. November erklärte ein Trikont-Mitarbeiter: „Die Beschlagnahme sollte offensichtlich klammheimlich und unbemerkt über die Bühne gehen. Weshalb sonst wurde das Buch nicht auf der Buchmesse beschlagnahmt, wo es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde und auch auf Interesse stieß, denn die erste Auflage ist fast verkauft.

In der Polizeiaktion am 24.11. sehen wir in der Tat eine Vorwegnahme des Gesetzes zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens, § 130 a, das schon im Dezember zur Verabschiedung kommen soll. (siehe auch ID 97, „Die neue Zensur: Freislers alte Schöpfung" und „Der schleichende Staatsstreich", Anm. d. Red.) Danach kann bis zu drei Jahren bestraft werden, wer Schriften zur Gewalt verbreitet, herstellt, liefert, ja vorrätig hat. Wie aus den Gesetzesbegründungen aller drei Vorlagen eindeutig hervorgeht, ist vor allem linke Literatur gemeint. Aber es geht nicht nur um das eine oder das andere Buch, diesen oder jenen Inhalt, sondern es geht um die Institutionen selbst, die Literatur machen. Wieso werden sonst Geschäfts- und Kassenbücher, Konten und Kundenkarteien beschlagnahmt zu einer Jahreszeit, wo wir all das zur Aufrechterhaltung unseres Geschäftes am meisten benötigen. Daß wir als mittlerer Verlag durch die Beschlagnahme von drei Büchern ökonomisch fertig gemacht werden sollen, liegt klar auf der Hand.

Die Vorwegnahme des § 130 a, des Maulkorbgesetzes, trifft aber in der Person B. Baumann einen Grenzfall, so wie die Polizei in der Person Jendrian vor zwei Jahren einen Grenzfall getroffen hat. Sein Buch ist nämlich keine eindeutige Propagierung der bewaffneten Gewalt, sondern die Selbstdarstellung, stellenweise Selbstreflektion eines jungen Arbeiters, der diesen Weg gegangen ist und jetzt nicht mehr weiter gehen will. Es ist ein individueller, authentischer Bericht. Wir glauben, daß er zur Diskussion über Gewalt, wie sie aus der Studentenbewegung hervorgekommen ist, dazugehört.

Das Verbot verhindert also gleichermaßen die öffentliche Darstellung des eigenen Lebens. B. Baumanns Leben ist ein Stück Zeitgeschichte, sein Buch ein Zeitdokument.

Ein Teil der offiziellen Presse sucht zu diesem Text einen Zugang. So gab es Verzahnungen mit dem Spiegel und dem Stern über einen Vorabdruck. Natürlich stand bei beiden Medien das Interesse, das Buch in einen bestimmten Interpretationsrahmen zu stellen, der nicht unbedingt der unsere ist. Aber durch das Verbot wird ihnen diese Möglichkeit genommen. Das Gesetz treibt schnell über seine ursprüngliche Intention, die Linke zu treffen, hinaus."

Ganz klar: Es kommt gar nicht so darauf an, gegen ein bestimmtes Buch vorzugehen. Diese Aktion, die nur im Dritten Reich ihresgleichen kennt, ist ein Vorwand gegen Verleger, Drucker, Umschlaggestalter (!) und Verkäufer — also den ganzen Personenkreis, der notwendig ist, ein Buch an den Leser zu bringen — vorzugehen. Auf diese Weise, die jeder Diktatur der Welt zur Ehre gereichen würde, hofft unser „Freier Rechtsstaatsapparat", politisch unliebsame Literarut mundtot zu machen und die ökonomische Existenz ihrer Produzenten und Verkäufer regelrecht zu vernichten.

Wie die Entwicklung verläuft, wenn demnächst das Maulkorbgesetz derartige Horrorpraxis legalisiert, läßt sich schon jetzt absehen.

Dabei ist eine provozierend gemeinte Frage (wie in der Fernsehsendung „Monitor" vom 19.11.75),„Muß Böll ins Gefängnis? " oder „Wird Katharina Blum verboten? " durchaus nicht unrealistisch. Nur setzt zunächst einmal der BRD-Machtapparat bei seinem Versuch, Presse, die sich der staatlichen Gleichschaltung von Meinung, Kunst und Wissenschaft verweigert, den Hebel bei den kleineren, ökonomisch verwundbaren Verlagen an.

Was die Polizei nach eigenen Angaben unter anderem allein aus den Druck- und Privaträumen bei Gegendruck in Gaiganz mitgehen ließ:

Titel „Holger, der Kampf geht weiter!", Flugblatt Rote Hilfe vom 15.1.74, „Der Kampf gegen die Vernichtungshaft"; „Kochbuch", Fotokopien aus Frankfurter Rundschau und FAZ die RAF betreffend; private Briefe; Kursbogen Verschlußkleber „Rote Hilfe"; „Rote Sonne" Broschüre zur RAF, SPK Exemplar „Kleinkrieg gegen Patienten"; „Die Baader-Meinhof-Bande oder Revolutionäre Gewalt"(Ed. Queimada); „Bewaffneter Kampf", „Dem Volke dienen" (RAF), „Der lange Marsch", Sondernummer Dez. 74 und Nr. 16 April 75; Erklärung der RAF zum Hungerstreik aus: Rote Hilfe Erlangen-Nürnberg, „Semester der politischen Konfrontation"; „Befreiung" Nr. 7/75; „Agit 883" Nr. 48 vom 5.2.1970; Druckbogen mit der Überschrift „ITT und Chile"; RH-Flugblatt mit der Überschrift „Bericht über die Polizeiaktion (23.6.75) in Hamburg"; Flugblatt „Polizeiaktionen zur Liquidierung der Verteidigung der Gefangenen aus der RAF"; Ausarbeitung „Kommando Schwarzer Juni – Bewegung 2. Juni – Kommunique über Verrat"; Zeitung der „Revolutionären Zelle" – „Revolutionärer Zorn", Mai 75; Ausarbeitung „Isolationshaft in der JVA Berlin Tegel Haus III"; Broschüre „Guten Morgen"-Ton, Steine, Scherben; Folien mit aufgeklebten Filmen (Druckunterlagen Umschlagfilme zum Wahlprogramm der KPD zur Oberbürgermeisterwahl in Nürnberg; 18 Druckplatten zu „Wie alles anfing" und 13 diverse Druckplatten.

Im Durchsuchungsbeschluß heißt es: „(...) wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft (...) die Durchsuchung des Hausanwesens (...) einschließlich sämtlicher dazugehöriger Nebenräume und aller Personen und Sachen, die sich dort aufhalten oder dort verwahrt werden, nach Gegenständen, die im Zusammenhang mit der Druckschrift „Bommi Baumann – Wie alles anfing" stehen, angeordnet."

Dazu mußte sich auch eine Hausbewohnerin auf Beschluß der Staatsanwaltschaft nackt ausziehen.

CARP-MISSIONARE KNIPSEN DIE KUNDEN DER KARL-MARX-BUCHHANDLUNG

FRANKFURT (ID) 27. November

Gemäß ihrer eigenen Devise: den Kommunismus da zu schlagen, wo er am stärksten ist, gingen am 21. November drei Mitglieder der faschistischen CARP daran, von den Leuten, die die linke Karl-Marx-Buchhandlung besuchten, Fotos zu machen. Sie knipsten vom gegenüberliegenden Bürgersteig aus; nur wenige hundert Meter weiter war der übliche Trupp Flugblattverteiler am Werk. Ein Typ, der gerade fotografiert worden war, reagierte prompter: er schnappte sich alle drei und rief laut: „Hilfe, Polizei!" – In der Nähe wurde gerade ein Unfall aufgenommen. Die Polizei blickte gar nicht durch, die CARPler sprachen nur noch englisch und wollten den Film nicht rausgeben. Als ein paar Leute versuchten, in den Besitz des Films zu kommen, wurde gleich Polizeiverstärkung gerufen und die drei CARPs in den Polizeibus gestopft. Nach einigem Hick-Hack fuhren er mit Film und CARP von dannen.

Am 27. kam es bei einer Veranstaltung der CARP an der Uni zum vierten Polizeieinsatz innerhalb von zwei Tagen. Vor Studenten „geschützt" wurde eine Sitzung des Konvents und des Haushaltsausschusses und die CARPs, die zu der Veranstaltung aufriefen. Dort kamen etwa 20 faschistische Ordner, die auch hier wieder fleißig knipsten und 50 Polizisten zusammen, um sich selbst und die von 20 Leuten besuchte Hetzveranstaltung vor Demonstranten zu bewahren. In der Dokumentation über die Mutterorganisation „Vereinigungskriche" in diesem Heft kann man nachlesen, warum. → S. 22

ARBEITSKÄMPFE– KURZMELDUNGEN AUS DEM MONAT NOVEMBER

Südrad (Felgen) — Ebersbach/Göppingen

Gegen die Kürzung von Weihnachtsgeld um 55% streikte die große Mehrheit der 600 Arbeiter.

Zinser (Textilmaschinen) — Ebersbach/Göppingen

Die Geschäftsführung gab die Streichung der bisher zum Weihnachtsgeld gezahlten Treueprämie bekannt. 1200 der 1500 Arbeiter und Angestellten streikten für eine Stunde.

Trafo-Union — Nürnberg (Zweigwerk)

Zweimal innerhalb von drei Wochen demonstrierten die Arbeiter und Angestellten mit einem Kurzstreik, daß sie die von der Geschäftsleitung geplante Produktionsverlagerung in einen anderen Betrieb nicht hinnehmen werden. Wenn keine konkreten Sicherheiten angeboten werden, folgen weitere Aktionen.

Kabelmetall — Nürnberg

Gegen bevorstehende Entlassungen streikten 300 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte eine dreiviertelstunde und diskutierten mit der Beschäftsleitung.

AEG-Telefunken — Gräfenberg (Zweigwerk)

Entlassungen wegen Auslagerung der Produktion nach Österreich sind von der Geschäftsleitung angekündigt. Dagegen demonstrierte die Belegschaft (480 Arbeiter(innen)/Angestellte) des Betriebs auf dem Marktplatz in Gräfenberg anläßlich der Sitzung des Stadtrats zu dieser Frage.

80 Tischlereibetriebe — Hamburg/Schleswig-Holstein

In Kiel streikten 35, in Hamburg ca. 30, in Lübeck mehrere Betriebe mit insgesamt 1100 Kollegen und Kolleginnen. Mit Schwerpunktstreiks, die von der Gewerkschaft organisiert sind, versuchten die Tischler, wenigstens den Schlichtungsvorschlag von 6,3% durchzukriegen, den die Gewerkschaft sofort angenommen hatte, von den Kapitalisten aber abgelehnt worden war. Die Arbeitgeber hatten die Tarifverhandlungen mit einem „Angebot" von 3,3% (!) begonnen.

Der Streik wurde am 20.11. mit einer Streikversammlung in Hamburg beendet. 88,5% der anwesenden 800 Kollegen haben dem Abschluß von 6,3% (57 Pfennig beim Ecklohn – ca. 100 DM im Monat) zugestimmt. Die Akkordsätze wurden um 4% auf 122% des Ecklohns erhöht. Die Lerhlinge kriegen nach Lehrjahr je 10, 14, 17 DM mehr, ihr Urlaubsgeld wird um 15 DM auf 205 DM erhöht.

Stahlwerke Südwestfalen — Hagen

Am 23.11. protestierte die Belegschaft des Westfalen-Werkes Eckesey gegen die geplante Schließung des Betriebes. 180 Kollegen werden dabei ihren Arbeitsplatz verlieren. Vor drei Jahren, bei einer Teilstillegung hatten bereits 650 Arbeiter gehen müssen.

Erhard & Söhne (Metallwaren) — Schwäbisch Gmünd

Gegen eine Akkordkürzung bis zu 350 DM haben 180 Akkordarbeiter (der 350 Beschäftigten) erfolgreich gestreikt. Die bisherigen Akkordsätze bleiben bestehen. Die Streikzeit wird bezahlt.

Städtische Arbeiter/Arbeiterinnen und Angestellte der Stadt Offenbach

Die Protestkundgebung am 20.11. (s. ID Nr. 102) hatte Erfolg, die angedrohten Lohnkürzungen wurden zurückgenommen.

Bauknecht — Plochingen

Gegen die geplante Verlagerung des Betriebs streikten die 370 Arbeiter und Arbeiterinnen am 12.11. einen Tag lang. Die IGM-Verwaltungsstelle hatte für die Aktion „Verständnis". Die Produktion soll nach Österreich verlegt werden. Von dort sind bereits Arbeiterinnen zum Anlernen nach Plochingen geholt worden. Die Geschäftsleitung verweigert jede konkrete Auskunft.

Unterland AG (Konserven/Tiefkühlkost) — Bad Friedrichshall/Heilbronn

Am 19. streikte die Belegtschaft gegen die geplante Stillegung am 31.Dezember.

ZUM TARIFABSCHLUSS NRW UND BREMEN

Vor dem Tarifabschluß der Eisen und Stahlindustrie NRW und Bremen wurden zur Unterstützung der Tarifverhandlungen in folgenden Betrieben Aktionen durchgeführt

- ATH Ruhrort (7000 demonstrierten vor dem Verwaltungsgebäude)
- Rheinstahl Gießerei Meiderich
- ATH Duisburg Bruckhausen (6500 streikten "nicht 6,7 oder 8, erst ab 10% wird gelacht!")
- Thyssen Niederrhein
- Krupp Rheinhausen (ca. 1000 streikten 1 1/2 Stunden)
- Mannesmann Kronprinz Solingen
- Thyssen Henrichshütte Hattingen (5000 streikten 1 Stunde)
- Hoesch Phönix Dortmund Hörde (500 streikten)
- Stahlwerke Bochum
- Krupp Bochum (Mehrere Tausend eine halbe Stunde)

Vulkan – Bremen
Mannesmann Duisburg/Huckingen
In beiden Betrieben haben sich die Vertrauensleute-Versammlungen gegen den Tarifabschluß im Stahlbereich ausgesprochen. Das Ergebnis wird als „völlig unzureichend" bezeichnet, und als Ermutigung der Unternehmer, den Lebensstandard weiter abzubauen.

Peine/Salzgitter–Stahlwerke

Für die 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen wude am 21.11. eine Lohn/Gehaltserhöhung von 5%, gültig ab 1.November, beschlossen. Durch den wegfallenden Stahlbonus von 300 DM ergibt sich unterm Strich eine Erhöhung um 4,2%.

FORDERUNGEN ZUR METALLTARIFRUNDE

Deutsche Carbone Frankfurt

– 12% mehr lohn und Gehalt
1 Tag mehr Urlaub
Abschaffung der Lohngruppe 2
Einführung der 38-Stunden-Woche
Herabsetzung des Rentenalters für Männer von 65 auf 63 Jahre und für Frauen von 60 auf 58 Jahre.

Klimsch & Co.
– 12% mehr Lohn und Geahlt (setzt sich zusammen aus Sockelbetrag und Prozentforderung)
DM 80,- für Auszubildende
mehr Urlaub.

Adler
– 8% mehr Lohn und Gehalt
DM 60,- für Auszubildende

Braun
– Ausgleich für Inflationsrate
Verlängerung des Urlaubs
Erhöhung der Vermögensbildung
Erhöhung der Sonderzahlung
Ein Sockelbetrag und eine Laufzeit von unter 1 Jahr sollten in Erwägung gezogen werden.

Hartmann & Braun
– Ausgleich der Inflationsrate
Sockelbetrag DM 60,–.

Aluminium GmbH
– Ausgleich der Inflationsrate

VDM
– Streichung des Gesetzentwurfes, daß Arbeitslose minderwertige Arbeit annehmen müssen.

Teves
Keine Forderung aufgestellt.

Die Forderungen von Carbone und Klimsch wurden am 14. November auf der Vertretertagung der IGM abgelehnt (siehe auch Dokument zum Tarifabschluß in NRW und Bremen)

Bremer Vulkan Bremen

Der IGM Vertrauensleutekörper hat am 18.November 10%, mindestens 125 DM, drei Tage mehr Urlaub bis 1977 als Forderung aufgestellt.

Rheinstahl-Henschel Kassel

Vertrauensleutekörperleitung forderten 9%, mindestens 115 DM, der IGM-Ortsvorstand konnte dagegen seine 8% Forderung durchsetzen.

Rheinstahl Hamburg

Bei Rheinstahl wurden mindestens 11 Prozent auf die Lohngruppe 6 gefordert.

PAPIERTARIFRUNDE 1975

GÖTTINGEN (ID) 12. November

Am 19.10.75 fand eine zentrale Vertrauensleuteversammlung Papier in Weende statt, um den Bericht der Mitglieder der Tarifkommisssion zu hören und über die Situation der Tarifrunde nach dem Scheitern der ersten Verhandlung zu diskutieren.

Die gewerkschaftlichen Forderungen heißen:
– Erhöhung der Löhne und Gehälter rückwirkend vom 1.September an um 8%
– Erhöhung der Vergütungssätze für Auszubildende vom 1. September an um DM 55,-
– Erhöhung des 13.Monatseinkommens um DM 312,-.

Die Unternehmer machten dagegen schlicht und einfach kein Angebot, d.h. für 1975 sollten die Verhandlungen erst einmal ganz ausgesetzt werden und 1976 könne man dann eventuell noch mal über eine Lohnerhöhung reden.

Die Papiertarifrunde ist außerdem eine der ersten Lohnrunden des Jahres, und es sollen dort wohl gleich markige Zeichen gesetzt werden für alle noch anstehenden Lohnrunden.

Die versammelten Vertrauensleute waren sich einig in der Einschätzung, daß auch in der Landesschlichtung von den Unternehmern kein Angebot zu erwarten sei und daß man sich realistisch auch auf ein Scheitern der Bundesschlichtung einstellen muß. Inzwischen ist die Landesschlichtung gescheitert, und die Gewerkschaft hat in einem Flugblatt der Tarifkommission auf diese Konfliktsituation hingewiesen und bereits Kampfmaßnahmen nach dem Scheitern der Bundesschlichtung angesprochen.

Wir müssen davon ausgehen, daß wir unsere berechtigten Forderungen – die 8% decken nicht einmal die gestiegenen Lebenshaltungskosten – gegebenenfalls mit einem Streik durchsetzen müssen. Wenn wir uns dieses Jahr eine Lohnpause aufzwingen lassen, dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß wir dann auch die nächsten Jahre nichts zu melden haben werden. Wenn wir dieses Jahr stillhalten, wird das den Unternehmern den Rücken stärken, und sie werden in den kommenden Tarifrunden eine noch unverschämtere Politik auf unseren Rücken betreiben.

Von der Stimmung in den Betrieben her ist unsere Forderung realistisch. Die Kollegen haben durch die Kurzarbeit schon erhebliche Lohneinbußen hinnehmen müssen, sie kennen die Situation und sind auch bereit, ihre Kampfkraft in die Waagschale zu werfen. Einige Betriebe haben bereits wieder so viel Aufträge, daß die Betriebsleitungen Überstunden beantragen.

Die versammelten Vertrauensleute und Betriebsräte erklärten jedoch ohne Widerspruch, während der laufenden Tarifrunde als erste Kampfmaßnahme in den betreffenden Betrieben keinen Überstunden mehr zuzustimmen, um die Tarifkommission bei ihren Verhandlungen zu unterstützen.

(Göttinger Betriebsexpress Nr. 19)

HENKEL GMBH
KONKURS IST UNVERMEIDLICH

GÖTTINGEN (ID)
12. November

Am 15.10.75 stellte die Henkel-GmbH in Göttingen, zu der insgesamt 155 Beschäftigte gehören, den Antrag zur Eröffnung eines Vergleichsverfahrens.

Die GmbH besteht aus dem Sägewerk und der Druckerei in Göttingen und einem Sitzmöbelwerk in Hattorf am Harz.

Das Vergleichsverfahren wurde noch einmal vom 29.10.75 bis zum 10.11.75 verlängert, weil, wie der Henkel-Generalbevollmächtigte und gleichzeitige CDU-Fraktionsvorsitzende von Göttingen, Ratmann, über die örtliche Presse verlauten ließ, „vielversprechende Verkaufsverhandlungen" geführt wurden.

Die Belegschaft der Henkel-GmbH wurde bis zum letzten Augenblick über die tatsächliche Situation des Betriebes im unklaren gelassen, und dem Betriebsrat und dem Wirtschaftsausschuß wurden wichtige Daten verweigert. Der redegewandte Fraktionschef Ratmann beschwichtigte die Belegschaft immer wieder, indem er von „hochinteressierten Käufern" faselte. Doch welcher Kapitalist gibt schon viel Geld für etwas aus, was er nach einem Konkurs viel billiger haben kann.

Die Belegschaft wollte sich nicht länger vertrösten lassen, als bekannt wurde, daß die Firma nicht mehr in der Lage ist, die Löhne auszubezahlen, obwohl voll weitergearbeitet wurde und auch Materialrechnungen usw. bezahlt wurden. In der Betriebsversammlung am Montag dieser Woche wurde Herr Ratmann zur Rede gestellt.

Es wurde bekannt, daß insgesamt 200.000 Mark an Löhnen nicht bezahlt werden können, für den Monat Oktober wurde der Belegschaft nur 30 % ihres Lohnes ausgezahlt.

Auf die Fragen der Kollegen, ob und wann die Firma in der Lage sei, die Löhne voll auszubezahlen, hatte Ratmann keine Antwort. Als ein Arbeiter dem Generalbevollmächtigten die Frage stellte: „Herr Ratmann, wann kriege ich denn endlich mein Geld, meine Nudelsuppe wird immer länger, die muß ja schon bald Kilometergeld kriegen", war allen Kollegen klar, um was es ging! Wir können nicht einfach nur 30 % der Miete oder für das Brot bezahlen, das kostet uns genau so viel wie früher.

Ein anderer Kollege fragte, ob sich denn Ratmann auch nur 30 % seines Gehaltes genommen habe. Ratmann versuchte, uns was weiszumachen, aber jeder kann sich ausrechnen, wieviel 30 % von einem Geschäftsführergehalt sind im Verhältnis zu 30 % vom Lohn eines Kollegen.

Vier türkische Kollegen, denen noch vor dem Vergleichsverfahren gekündigt wurde, sind besonders hart betroffen. Sogar ihnen zahlte man die restlichen Löhne nicht aus, so daß sie noch nicht mal nach Hause fahren können. Auf der Betriebsversammlung wurde weiter bekannt, daß

- seit dem 1.9.75 keine Beiträge mehr vom Betrieb an die Krankenkasse abgeführt wurden
- kein Arbeitgeberanteil für das 624,- Mark-Gesetz mehr gezahlt wurde
- seit vier Wochen keine Beiträge an die Berufsgenossenschaft entrichtet wurden.

Angesichts dieser Situation beschloß die Belegschaft einstimmig als erste Kampfmaßnahme, vom Recht auf Leistungsverweigerung Gebrauch zu machen, weil die Firma ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

Sie ließ sich davon auch nicht von Ratmann abbringen. Der versuchte nämlich, den Betriebsrat zu überreden, keine Kampfmaßnahmen zu beschließen, damit die Aufträge für das Sägewerk, das noch für ca. einen Monat kostendeckend arbeiten kann, erledigt werden können. Die Belegschaft läßt sich jedoch nicht mehr für dumm verkaufen. Geschlossen wird die Arbeit verweigert, denn spätestens am 10.11.75 wird der Konkursantrag für die Henkel-GmbH gestellt, und dann droht allen Arbeitslosigkeit.

(Göttinger Betriebs-Express Nr. 15)

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG MIT DEN STREIKENDEN VON BLEIDENSTADT

WIESBADEN (ID)
26. November

Am Mittwoch, dem 26.11. fand im Jugendzentrum „Pub" eine Solidaritätsveranstaltung für die Streikenden der Fa. Eles statt. Zwölf Arbeiterinnen und Arbeiter, zum größten Teil ausländische Kollegen, waren persönlich gekommen. Mit von der Partie waren auch die zuständigen Funktionäre der Gewerkschaft. Erster Punkt der Diskussion war die Verhaftung von Lothar B. am 20.11.. Die Gewerkschaftsfunktionäre gingen davon aus, daß es sich um einen „vom Arbeitgeberverband geschickten Provokateur handeln könnte", daß man auf diese Form von Solidarität, die mit persönlicher Anwesenheit verbunden sei, verzichten könnte, man solle lieber seine Unterschrift unter die Resolution setzen, die vorläge. Ungeachtet dieser Haltung wurde eine Solidaritätsresolution mit dem jetzt noch in der Darmstädter JVA sitzenden Lothar vorgetragen. Der Hauptteil lautet:

"Seit nunmehr fast fünf Wochen streiken die Arbeiter der Feinstrumpffabrik Eles in Bleidenstadt für einen Tarifvertrag. Im Verlauf dieses Streiks kam es zu mehreren Polizeieinsätzen gegen die Streikenden. Unter anderem war auch die politische Polizei anwesend.

Bei einem dieser Einsätze, am Donnerstag, dem 20.11., wurde Lothar B. verhaftet, der an diesem Morgen in Bleidenstadt war, um sich über den Streik zu informieren. Lothar B. stand in einer Kette, die die Streikenden gebildet hatten, um zu verhindern, daß Streikbrecher in den Betrieb gelangten.

Nach einer Zeugenaussage schleifte die Polizei die Streikenden einzeln von dem Tor weg. Auch Lothar B. wurde weggeschleift. Er gesellte sich wieder zu den Arbeitern vor dem Tor und wurde ein zweites Mal von der Polizei gepackt. Er bekam einen Stoß, taumelte nach hinten und versuchte sich in einer Reflexbewegung an einem Polizisten festzuhalten. Das wird jetzt als „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Körperverletzung" bezeichnet.

Er wurde sofort festgenommen und später in Untersuchungshaft gesteckt, unter den Anschuldigungen, „Widerstand gegen die Staatsgewalt", "Körperverletzung" und „Landfriedensbruch".

Nach seiner Verhaftung wurde ihm das Recht verweigert, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Sein Aufenthaltsort wurde vier Tage lang geheimgehalten. Als seine Mutter bei der Polizei anrief, um sich nach ihrem Sohn zu erkundigen, und seine Unschuld beteuerte, wurde sie als Lügnerin beschimpft und ihre jede Auskunft verweigert.

Die Behauptung der Polizei, Lothar habe keinen festen Wohnsitz, ist falsch. Seine Mutter erklärte an Eides Statt, daß er bei ihr wohnt. Lothar wird jetzt im Untersuchungsgefängnis Darmstadt-Eberstadt gefangengehalten."

Zweiter Punkt war die daran anschließende Debatte über das Verhalten der Streikenden der Polizei gegenüber. Ein Mitglied des Streikkomitees sagte dazu, daß zuerst die Mehrheit im Betrieb für den Streik gewonnen werden müßte, was sich an der Zahl der Leute messe, die für das Aufrechterhalten der Produktion notwendig sind. Wenn das der Fall sei, könne man eine Auseinandersetzung mit der Polizei vermeiden und sei in der besseren Position. Wenn die Zahl der Streikbrecher groß genug ist, um die Produktion aufrechtzuerhalten, habe der Streik sowieso keine Aussicht auf Erfolg und eine Konfrontation mit der Polizei könnte die Situation nur verschlechtern.
Augenblicklich seien bei Eles 80 % der Anlagen stillgelegt, die 40 Streikbrecher könnten höchstens zwei Wochen arbeiten, dann müßten sie auch aufhören, wegen Materialmangel.

Eine Arbeiterin schilderte noch einmal die grauenhaften Arbeitsbedingungen bei Eles und unter welcher Arbeitshetze sie stehen, um auf den Akkordsatz kommen zu können, der das Lebensnotwendige an Geld bringt. (max. 7,50 mark pro Stunde).

Die Gewerkschaftsfunktionäre erstickten alle Versuche, über Solidaritätsaktionen zu sprechen, die über Resolutionen oder ähnliches hinausgingen. Sie befürchtete, daß die Presse Zwischenfälle wie die Polizeiaktion am Werkstor zum Anlaß für Hetzartikel nimmt. Zu der Verhaftung von Lothar B. hatte z.B. der Wiesbadener Ku-

rier am 21 11 geschrieben „Erst als geschlossene polizeikräfte drohten, die Ausständigen und deren Sympathisanten aus linksgerichteten politische Splittergruppen auseinanderzutreiben, konnten die Arbeitnehmer an ihre Werkplätze Einer der mutmaßlichen Rädelsführer wurde festgenommen Er soll dem Haftrichter vorgeführt werden." Ein Kollege aus der Druckindustrie schlug vor, der DGB solle Kurzarbeiter und Arbeitslose auffordern, die Streikenden zu besuchen und sie dadurch zu stärken, daß man zeigt, wie andere zu ihrer Sache stehen Mit der Haltung desjenigen, der auf eine gute Presse bedacht ist, beendete ein Funktionär aus Wiesbaden die Auseinandersetzung, indem er sagte, ab jetzt käme man nur noch mit Gewerkschaftsausweis und nach Gesichtskontrolle ins Streiklokal.

Über diese Haltung, die alle Leute außerhalb des Betriebes praktisch zum Stillhalten zwingen würde, war der große Teil der Anwesenden, die ja ihre Solidarität zeigten, indem sie da waren, wütend und enttäuscht

Welche Perspektive hat der Streik?

Zum einen kann der Kapitalist Szor auf die Streikforderungen eingehen Wenn er es sein läßt, und den Betrieb schließt, verlieren alle ihren Arbeitsplatz, eventuell mit einer Abfindung Dieser Ausgang ist nicht unwahrscheinlich Szor hat für das Betriebsgelände eine Bauvoranfrage mit der Absicht, Mehrfamilienhäuser zu bauen, gestellt. Die Gewerkschaft hofft, daß die Gemeinde Bleidenstadt diese ablehnt Die Perspektive der Stillegung des Betriebes bleibt trotzdem bestehen

DIE RÄUMUNG DES HAUSES KETTENHOFWEG 34

FRANKFURT (ID) 21 November

Also vorweg, Hausräumung ist nicht gleich Hausräumung, auch nicht in Frankfurt Seit der Schlacht um die vier besetzten Häuser Bockenheimer/Schumannstr ist der „Häuserkampf" sozusagen zuende Spätestens seit der Einführung des §129 (kriminelle Vereinigung) für Hausbesetzter ist es auch wesentlich gefährlicher geworden, solche Aktionen zu machen

Noch mehr Unterschiede kommen zutage, wenn man die „ „Funktion" des Hauses (um das es geht) vergleicht mit der der sonst üblichen besetzten Häuser: hier waren es keine In-Group-Leute der Frankfurter Scene, die raus mußten, sondern welche aus der Randgruppe zur Linken-Scene. Es waren also weder „Persönlichkeiten" im Hause noch hingen dort irgendwelche Fahnen aus den Fenstern, es wurden auch keine rauschenden Feste dort gefeiert, zu denen die Scene eingeladen wäre – es waren wohl nur Leute, die irgendwo gewohnt haben, ohne daraus ein Spektakel zu machen

Deshalb erklärt sich vielleicht:

- daß morgens um acht etwa 50 Leute um das Haus standen,
- daß es nur ein Flugblatt der Hausbewohner gegeben hat,
- daß es nicht zu einer breiteren Unterstützungsaktion gekommen ist.

Zum Ablauf folgendes:

Morgens wurde das Haus umstellt,es wurde aufgefordert, das Haus zu verlassen – darauf flogen diverse Einrichtungsgegenstände runter. Wieder wurde aufgefordert, das Haus zu verlassen, sonst würden polizeiliche Mittel eingesetzt, das hieß in diesem Fall, es wurden kleine Tränengasgeschosse abgefeuert (Herstellungsdatum: Juni '68). Gleichzeitig fingen die Beamten an, die Mauern, die vom Wohnungsamt in den Fenstern gezogen waren, einzureißen und von hinten durch eine verbarrikadierte Tür ins Haus einzudringen. Sie hatten nicht den rechten Erfolg im Innern des Hauses, denn nach kurzer Zeit waren sie zwar drinnen, aber kamen nicht weiter. Sie holten also Tränengaskanister aus ihren Wundertüten und fingen an, das gesamte Haus damit zu benebeln – es qualmte nur so aus allen Fenstern, so daß sogar die Leute, die draußen waren, es mit den Augen bekamen. Schön dabei war, daß die Beamten, die auch drinnen waren, keine Gasmasken anhatten. Den Leuten im Haus gelang es jetzt, aufs Dach zu klettern. Als sie draußen waren und wieder atmen konnten, gaben sie bekannt, daß sie, falls das Dach gestürmt würde, runterspringen würden. Es entstand also eine Zeit der Überlegung Es war was neues in einer alten, doch so bekannten Sache entstanden Und schon kam auch Knut Muller, Polizeipräsident Er wurde mit großen Helau und Super,Super empfangen, wobei seine Untertanen sich auch ein kleines Grinsen genehmigten In der Zeit, als er seine Pläne schmiedete, hatten wir draußen uns Kaffee gemacht – weil uns auch nichts besseres einfiel, als Sprüche zu klopfen und zuzusehen, wie die Sache sich entwickelt

Beim Kaffeetrinken konnten wir uns Musik aus der Niedenau 51 (Räumungstermin 30 11 1975), die genau gegenüber liegt, anhören (You can get it, if you really want) Die Polizei führte auch zwei MEK-Freaks vor mit enganliegenden Kampfanzügen, Knarre im Western-look (45er Kaliber) und Kampfmesser hinterm Rücken Sie machten nur eine Runde ums Haus und gingen wieder

Wiederholt versuchte die Polizei ihren Standpunkt den Leuten auf dem Dach klarzumachen „Geben Sie Ihren sinnlosen Widerstand auf!" Daß dieser Widerstand nicht ganz sinnlos war, zeigte das darauf ausgehandelte Verhandlungsergebnis Ersatzwohnraum für alle Beteiligten Als dies klar war und es jeder auf der Straße mitbekommen hatte, ließen sich die Widerständler abführen Die Polizei riegelte daraufhin alles ab und holte sogar Verstärkung heran, weil sie eine neue Besetzung befürchtete War aber nichts Bis abends standen die Beamten rum und warteten aufs schlimmste Ein Haus weniger – um viele Erfahrungen reicher !

BÜRGERVERSAMMLUNG GEGEN GKW

OFFENBACH (ID) 27 November

Am 22 November fand im Frankfurter Stadtteil Fechenheim eine Bürgerversammlung zum Thema Gemeinschaftskraftwerk (GKW) Fechenheim statt Die Bevölkerung spricht von Giftkraftwerk und Dreckfabrik Eingelassen wurden nur Bürger mit Eintrittskarten, die bei den zwei SPD Ortsvorstehern und im Frankfurter Rathaus gekauft werden konnten Die Eintrittskarten nur an Fechenheimer Bürger zu verteilen, war der plumpe Versuch, die angeblich "braven" Fechenheimer von den "bösen" Offenbachern zu spalten, obwohl die Bürger auf beiden Seiten des Mains gegen das GKW sind

Rudi Arndt (Oberbürgermeister) eröffnete die Bürgerversammlung (auf der natürlich der Magistrat die Regeln bestimmte) mit einem Beitrag, der die wirtschaftliche Notwendigkeit des GKW begründen sollte 1. Der Stromverbrauch würde weiter steigen 2. Mehr Strom sichert Arbeitsplätze.

Außerdem sei der Bau keine beschlossene Sache, wie fälschlicherweise so oft gesagt werde, sondern der Magistrat werde der Stadtverordnetenversammlung erst eine Vorlage unterbreiten, dann kämen noch die Anhörungsverfahren usw. usw.
Der Magistrat wurde vom Publikum für keine seiner Äußerungen mit Beifall bedacht, während die Redner aus dem Publikum durchweg mit Beifall ermuntert wurden. Die Zuhörer konnten sich jeweils mit Angabe von Name und Adresse zu Wort melden (es wurden allerdings auch Redner zugelassen, die nicht ihren Namen nannten und aus Offenbach kamen). Die Redner mußten sich gleich im Anschluß an die kurzen Beiträge des Magistrats an die im Raum verteilten vier Mikros stellen und konnten erst sprechen, nachdem OB Arndt persönlich das Mikro eingeschaltet hatte. Einige Beiträge von KBW-Mitgliedern kamen gut an, solange sie die Ablehnung der Bevölkerung aufgriffen und versuchten, durch Statistiken oder Erfahrungen die Argumente des Magistrats zu widerlegen. Da die Beiträge aber in allgemeinen Analysen endeten, konnte die Bevölkerung dem ganzen dann nicht mehr folgen. Rudi Arndt griff auch immer gleich ein und diffamierte die Redner, weil sie angeblich das gleiche wiederholten.

Die Kritik der Jusos endete mit der Forderung nach neutralen Gutachtern. Die Jusos und die örtliche SPD sind gegen das GKW. Der Vertreter der Fechenheimer Vereine wandte sich direkt an den OB: er fühle sich von ihm persönlich enttäuscht. "Wir wollen mit unseren berechtigten Sorgen ernst genommen werden."

Viele ältere Bürger waren gekommen und standen mit Zwischenrufen und Beifall auf der Seite der offenen Gegner. Eine ältere Frau schlug vor: "Herr Oberbürgermeister, da Sie von der Neutralität der Kraftwerkunion (KWU) so überzeugt sind, die Bürger aber nicht, stellen Sie ihnen doch 500 000 DM für ein Gegengutachten zur Verfügung." Kommentar von Rudi: "Gutachten kosten nicht soviel" und dann Mikro aus, nächster Redner bitte. Ein Fechenheimer führte mit dem OB einen kurzen Dialog, bei dem Arndt so schlecht abschnitt, daß er sich auf die bekannte Formel zurückziehen mußte "So laß ich nicht mit mir diskutieren," Mikro aus. Auf die 40 000 Unterschriften gegen das Kraftwerk angesprochen, wurde lediglich geantwortet: " Die Bürger aus dem Umland haben gegen das protestiert, was ihnen vor zwei Jahren als Falschinformation zugespielt worden ist."

Die Versammlung war ein Angriff gegen den Magistrat, sie war aber nicht in der Lage, die Interessen der Betroffenen auch zu organisieren. Kleinere Versammlungen müssen organisiert werden, auf denen jeder sprechen kann, damit alle ihre Ablehnung des GKW einbringen können.

Initiativkreis Umweltschutz, 605 Offenbach, Bismarckstr. 16, Treffen: dienstags, 20.00 Uhr.

Einem Flugblatt der Fechenheimer Initiative entnehmen wir folgenden Auszug aus einem internen Papier der Kraftwerk Union:

"Aus dem Erörterungstermin Wyhl lassen sich folgende Erfahrungen ableiten:

1. eine langfristige Information des Antragstellers über das geplante Vorhaben schafft wertvolles Vertrauen bei der schweigenden Mehrheit der Bevölkerung und bei ernsthaften Einwendern.
2. Die öffentliche Auslegung aller Gutachten ist offenbar nicht geeignet, den Vertrauenskredit der Genehmigungsbehörde zu vergrößern.
3. Die Teilnahme solcher Gegner, die nur darauf aus sind, den Termin zu sprengen, muß in Zukunft ausgeschlossen werden. Es erscheint empfehlenswert, Teilnehmerkarten für den Erörterungstermin nur an persönliche Einsprecher und gutachterliche Vertreter von Gruppen- oder Listeneinsprecher auszugeben.
4. Die Durchführung eines Erörterungstermins kann nur einem Beamten übertragen werden, der bereits Erfahrung im Umgang mit einer opponierenden Versammlung besitzt.
5. Der Versammlungsleiter muß technisch in die Lage versetzt sein, sich auch akustisch durchzusetzen.
6. Von der Erstellung umfangreicher Rednerlisten (mehr als 5 Wortmeldungen im voraus) oder gar der vorherigen Ausgabe von Nummernkärtchen für die Reihenfolge der Wortmelder ist dringend abzuraten, da Wortmeldungen gehortet werden. Dies führt dazu, daß die Gegner jederzeit nachweisen können, wieviel Wortmeldungen noch nicht berücksichtigt wurden.

Es hat sich bei diesem Erörterungstermin einmal mehr erwiesen, daß seine Durchführbarkeit nur noch vom Geschick des Versammlungsleiters zur Bändigung einer randalierenden Versammlung abhängt."

BLEIALARM FÜR MÜNCHEN !

MÜNCHEN (ID) 27. November

Nach den Niederlagen, die Rosenthal, der Mehrheitsinhaber und Geschäftsführer der Chemischen Werke München Otto Bärlocher (CWM), in Saint-Avold, Marckolsheim, Braunschweig, Kiel, Plattling und Lüneburg einstecken mußte, wo sich die Bürger erfolgreich gegen den Bau eines Bleichemiewerkes wehrten (siehe ID-Sondernummer Wyhl-Marckolsheim), beschloß die Vollversammlung des Stadtrates München in einer nichtöffentlichen Sitzung am 18. November mit 44 zu 21 Stimmen die Bausperre aufzuheben. Nun kann Rosenthal, mitten in der Stadt, ein neues Bleichemiewerk erreichten.

Nachdem der Stadtrat am 1. Juli den Ausbau des Werkes bereits genehmigt hatte, zog er, aufgeschreckt durch heftige Bürgerproteste, drei Wochen später die Genehmigung wieder zurück, und verschob die endgültige Entscheidung auf einen späteren Termin.

Christian Rosenthal und die DEGUSSA, Besitzerin des restlichen Aktionpaketes, blieben indessen nicht untätig. Mit Hilfe von elf Anwälten versuchten sie unter Androhung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder bis zu sechs Monaten Haft für den Vorsitzenden des 27. Stadtbezirks daran zu hindern, die Öffentlichkeit aufzuklären, daß Arbeiter Vergiftungen erlitten und daß der Betrieb in die höchste Gefahrenklasse einzuordnen sei. Den Stadtrat versuchten sie mit der Androhung einzuschüchtern, daß sie im Falle einer Ablehnung Schadensersatzforderungen in Höhe von 100 bis 150 Millionen Mark stellen würden.

Nun kann Bärlocher ruhig bauen und weiterhin mit jedem Kubikmeter Luft, den der Schornstein ausstößt, 20 Milligramm Kohlenwasserstoff und 4,3 Milligramm Bleistaub ins Freie jagen. Wen stört es, daß das Landesamt für Umweltschutz nur zwei Milligramm dieses Giftstoffes erlaubt. Im übrigen sind diese Messungen bisher nur am Tage gemacht worden, nachts, wenn in der Firma mit doppelter Schicht gearbeitet wird, hat noch niemand eine Messung durchgeführt.

In dem Werk ist der Bau von Verbundanlagen zur Herstellung von PVC-Zusätzen geplant und ein Bleioxydwerk zur Herstellung von Bleistearaten.

Und auch das Argument der Stadtverwaltung von der Schadensersatzforderung, die Bärlocher im Falle einer Nichtaufhebung der Bausperre stellen würde, ist nicht stichhaltig. In einem ähnlichen Fall hat der Bundesgerichtshof am 12. Juni 1975 ein Urteil gefällt, wonach „ein Eigentümer eine Änderung der Nutzung seines Industriebetriebes entschädigungslos zu dulden hat, wenn die bisherige Nutzung den allgemeinen Anforderungen an gesundes Wohnen und gesunde Arbeitsverhältnisse nicht entspricht". Die Anzahl der bisher erkrankten Arbeiter, die Bärlocher hartnäckig zu vertuschen versuchte (in den letzten drei Jahren 35), die aber vom Gesundheitsamt bestätigt würde, würde auf jeden Fall die ungesunden Arbeitsverhältnisse belegen.

Am 14. November fand in der Schule an der Nadistraße eine Protestversammlung statt, zu der über 500 Anwohner erschienen.

Am 18. November, als der Stadtrat die endgültige Aufhebung der Bausperre beschloß, erschien Herbert Becke, Bezirksvorsitzender von Milbertshofen, im Rathaus und erklärte, man würde auch vor einer Werksbesetzung nicht zurückschrecken. Angesichts des Unmutes, den diese Äußerung bei einigen Stadträten hervorrief und anscheinend angesichts des neuen Gesetzes zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens, das eine derartige Aufforderung zur Gewalt mit Strafe bedroht, bat er die Stadträte, seine Äußerung nicht als Drohung, sondern als sachliche Information aufzufassen.

Am frühen Vormittag desselben Tages demonstrierten bereits 30 Frauen und 20 Kinder mit Transparenten vor dem Rathaus, auf denen zu lesen war: „Blei in den Knochen bringt Bürger zum Kochen!!" Sie überreichten dem Oberbürgermeister die Zeichnung eines achtjährigen Buben, auf deren Rückseite der Junge um gesunde Luft bat. Am Tage zuvor hatte man im Rathaus eine Petition mit 3.000 Unterschriften abgegeben.

FRAGEBOGEN ZU FRAUENÄRZTEN

FRANKFURT (ID) 26. November

Das Frankfurter Frauenzentrum ist dabei, eine Kartei über Frauenärzte in Frankfurt anzulegen, da bekannt ist, daß es große Unterschiede in der Gründlichkeit gibt, mit der Untersuchungen durchgeführt werden.

Mit dieser Fragebogenaktion wollen die Frauen auf ihre Rechte bei Freuanärzten hinweisen und herausbekommen, welche Frauenärzte gut oder schlecht sind. Die Kartei soll ermöglichen, interessierte Frauen entsprechend zu beraten und auf schlechte Ärzte öffentlich Druck auszuüben. „Gutinformierte und beratene Frauen sind die wirksamste Kontrolle über Frauenärzte". Der Fragebogen geht auf Probleme wie z.B. „Wie war das Verhalten des Arztes – wie wurde die Untersuchung durchgeführt – wie verhält sich der Arzt zu Verhütungsmitteln und Abtreibung, ein.

Der Fragebogen ist beim Frauenzentrum, 6 Frankfurt, Eckenheimer Landstr. 72, Tel. 596 218, erhältlich.

BUNDESWEITE PROTESTE DER ABENDGYMNASIASTEN

BIELEFELD (ID) 13. November

Wie in vielen Städten der BRD gab es in Bielefeld Warnstreiks im Abendgymnasium, in den Kollegs und anderen Einrichtungen des zweiten Bildungsweges. Der Streik richtet sich wie überall gegen die Einführung der Oberstufenreform und gegen die Integration in die Gymnasialoberstufe (siehe auch ID 94). Die Schüler fordern:

- eine Reform, die den Belangen der Erwachsenen Rechnung trägt
- Unterrichtsform und Lehrinhalte müssen auf die erwachsenen Schüler bezogen sein
- paritätische Mitbestimmung
- politisches Mandat
- kostendeckende Ausbildungsbeihilfe.

Am Mittwochabend letzter Woche fand in Dortmund eine Podiumsdiskussion zu diesem Konflikt statt. Vor 800 Besuchern im überfüllten Saal sprach der eingeladene SPD-Abgeordnete von Unterstützung und Solidarität und eine CDU-Landtagsabgeordnete davon, daß alles besser werden wird, wenn die CDU gewählt wird. Beide „Volksvertreter" wurden ausgebuht. Die betroffenen Schüler: „Wir lassen uns doch nicht verscheißern". Die Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten eine Resolution mit der Empfehlung, weiterzustreiken. Nach der Diskussion gab es eine Demonstration in die Innenstadt, an der sich etwa 1.000 Leute beteiligten.

TEILERFOLG DER ABENDGYMNASIASTEN

FRANKFURT (ID) 27. November

Der Protest der Abendgymnasiasten und Kollegs gegen die Einführung des KMK-Modells für den zweiten Bildungsweg (ZBW) (siehe ID 99 und 100), geht weiter: am 7. November veranstalteten wir (das AG Frankfurt) eine Podiumsdiskussion, zu der wir die Abendgymnasiasten (AGs) und Hessenkollegs sowie einen Vertreter des Kultusministerium, Prof. Rhein (Stadtschuldezernent) und den Bildungsreferenten des DGB einluden. Das Kumi bestritt, eine Einladung erhalten zu haben. Prof. Rhein lehnte es zwei Stunden vor der Veranstaltung ab, zu erscheinen, mit der Begründung, daß am Vorabend zwei Schulgänge mit Parolen (Das Kumi halt das Maul, an den Leuten ist was faul) besprüht worden seien. Es gelang uns, an diesem Abend nicht, unsere Aggressionen, die wir gegen diese Herren hatten nebst ihre Informationspolitik, konstruktiv umzusetzen. Unsere Aktivitäten konzentrierten sich dann auf die Streiktage am 11. und 12. November.

Am ersten Streiktag wurden in den Klassen Transparente und Sandwiches für die geplante Demo gemacht. Am zweiten Streiktag marschierten wir dann gemeinsam mit anderen AGs und Kollegs zum Kumi. Wir waren ca. 1.000. In Klassenverbänden demonstrierten wir gegen deren Auflösung durch das KMK-Modell. Während der ganzen Aktivitäten konnten wir breite Öffentlichkeit herstellen, insbesondere durch Hörfunk und Fernsehen (Hessenschau).

Die bundesweiten Protestaktionen der Studierenden des ZBW haben bewirkt, daß das Land Hessen durch Veto eine Entscheidung über die Einführung des KMK-Modells aufgeschoben hat. Aber: aufgeschoben ist noch nicht aufgehoben. Wir bereiten uns auf weitere Aktionen vor.

Am Samstag (22.11.) besuchten wir zusammen mit dem AG Neu-Isenburg, Studierenden des „Dritten Bildungsweges" (Seminar für Politik) und Studenten der Frankfurter Uni den Hessischen Kultusminister Krollmann bei seinem Gastspiel am Info-Stand an der Hauptwache. Wie gewohnt, entzog sich Herr Krollmann unserem Diskussionsangebot durch Rennen um den heißen Brei und anschließende Flucht.

Durch die gemeinsamen Erfahrungen in den selbstorganisierten Arbeitsgruppen während des Schulkampfes haben wir ein gemeinsames Interesse entwickelt, auch längerfristig etwas zusammen zu machen (Seminare, Film- und Theatergruppen, Schulzeitung, Dokumentationen, Zusammenarbeit mit anderen AGs und Kollegs). Das wird auch eine Aufarbeitung unserer gesamten Lernsituation am AG beinhalten.

(Basisbericht)

(siehe auch „Erklärungen" – „Protest gegen Prüfungsordnung für 3. Bildungsweg")

TEACH-IN TROTZ RAUMVERBOT

GIESSEN (ID) 18. November

Der AStA hatte für Montagabend zu einem Teach-in in der Uni-Aula eingeladen, zum Thema: Wohnen in Gießen. Auf diesem Teach-in sollte die katastrophale Wohnsituation in der „Universitätsstadt Gießen" diskutiert werden, u.a. am Beispiel der Hausgemeinschaft Gutenbergstraße 6, die durch einen von Universitätspräsident Meimberg erwirkten Gerichtsbeschluß auf die Straße gesetzt werden soll.

Montagmorgen (17.11.1975) war vor dem Landgericht Giessen der Versuch des Universitätspräsidenten kläglich gescheitert, den AStA in Sachen Gutenbergstraße 6 einen politischen Maulkorb verpassen zu lassen. Auf Betreiben von P. Meimberg sollte im Wege der einstweiligen Verfügung dem AStA verboten werden, die Bewohner der Gutenbergstraße 6 weiter gegen eine drohende Zwangsräumung mit Flugblättern und Veranstaltungen zu unterstützen. Die einstweilige Verfügung wurde nicht erlassen! Das Gericht empfahl dem Universitätspräsidenten vielmehr, vor das Verwaltungsgericht nach Darmstadt zu gehen oder besser die Sache überhaupt fallen zu lassen.

Unipräsident Meimberg folgte weder der Empfehlung des Grichts, noch nahm er das am Freitag (14.11.1975) verhängte Raumverbot gegen den AStA zurück. Stattdessen bekräftigte er noch seine Weigerung, die Uni-Aula am Montagabend für eine Veranstaltung der Studentenschaft zur Verfügung zu stellen. Daraufhin hat der AStA die Studenten aufgerufen, trotzdem um 20.00 Uhr zum Uni-Hauptgebäude zu kommen, um dort über die Situation zu diskutieren.

Der AStA bezeichnete das Raumverbot als „unverschämten Affront des demokratiegestörten Universitätspräsidenten", dieser Provokation müßten alle Studenten entgegentreten.

Am Montagabend war der Platz vor dem Uni-Hauptgebäude voll. Bis 20.00 Uhr hatten sich etwa 600 Studenten hier versammelt. AStA-Vorsitzender Karl-Heinz Funck begrüßte die Anwesenden und schilderte ihnen die Situation. Er hob hervor, daß der Uni-Präsident verpflichtet ist, auch durch die Überlassung von Uni-Räumen der Studentenschaft einen eigenständigen demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß zu ermöglichen. Nach den Ausführungen des AStA-Vorsitzenden begaben sich die Studenten ins offenstehende Uni-Hauptgebäude. Und ehe man sichs versah (– der AStA hatte geplant, die Veranstaltung in der offenstehenden Vorhalle abzuhalten, und hatte sich auf dem Treppenabsatz schon darauf vorbereitet –) waren die Studenten auch schon in der Aula eingedrungen, deren Tür verschlossen gewesen war. Die Masse der einströmenden Studenten muß demzufolge die Tür aufgedrückt haben. Angesichts des massiven Angriffs des Uni-Präsidenten gegen die verfassungsmäßig verbriefte Versammlungs- und Meinungsfreiheit erscheint dieses Vorgehen nur allzu verständlich.

Das Teach-in hat dann in der Uni-Aula stattgefunden. Die Mitglieder der Hausgemeinschaft Gutenbergstraße 6 stellten ihre Geschichte und ihre gegenwärtige Lage dar, es wurde darüber diskutiert und über den Zusammenhang dieses Problems mit der allgemeinen Wohnsituation in „Gelle Gießen" (Innenstadtsanierung – Horten – Parkhaus Oswaldsgarten usw.).

Im Anschluß an die Veranstaltung formierte sich spontan eine Demonstration. Durch Fackeln erhellte Spruchbänder forderten Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie den Erhalt der Gutenbergstraße 6. Wir zogen zum Haus Gutenbergstraße 6 und hielten dort eine Abschlußkundgebung. Die spontane Teilnahme fast aller Anwesenden an der anschließenden Demonstration zeigt, daß Giessener Studenten die miesen Wohnverhältnisse in dieser Stadt sich weiterhin genau so wenig gefallen lassen wollen, wie die Versuche von Uni-Präsident Paul Meimberg, den AStA mundtot zu machen und die politische Diskussion in der Studentenschaft zu unterbinden.

ASTA-THERAPIE FÜR KRUPP'SCHE KRANKHEIT

FRANKFURT (ID) 21. November

120 Studenten eines Seminars am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften haben am Dienstagmorgen ab 10 Uhr im Foyer des 40stöckigen Turms der Universitätsgebäude an der Senckenberg-Anlage eine Protestveranstaltung organisiert. Im Laufe des Vormit-

tags diskutierten dort etwa 800 Studenten über ihre Studiensituation. Im Erdgeschoß der Gebäude wurde Musik gespielt und getanzt.

Die Verwandlung der Universität in eine Ausbildungsfabrik und der Aufbau einer Widerstandsbewegung gegen diese Tendenzen waren ein Hauptthema der Diskussion. Studenten, die an den Diskussionen teilnahmen, besuchtenauch Seminare. Dort stellten „Sanitäter" und ein „Kranker", der auf einer Bahre lag, die Heilung der Universitätskrankheit dar, die verschriebene Medizin lautete: mehr BAFöG, mehr Räume und Stühle, mehr Tutoren, mehr Professoren, weniger konservative Professoren, einen Universitätspräsidenten „Krupp" weniger. Es wurden Führungen durch „versteinerte wissenschaftliche Veranstaltungen" abgehalten (Senckenbergmuseum Abteilung II: Fossil der Wissenschaft").

So wurden Seminare bezeichnet, deren Studenten bereit waren, sichmit der bestehenden schlechten Situation an der Universität abzufinden. In fast allen Veranstaltungen, die so besucht wurden beschlossen die Studenten freiwillig, an den Diskussionen der anderen Studenten teilzunehmen. Es wurden keine Seminare gesprengt.

Mit Empörung weist der ASTA den Angriff des Präsidenten auf ihn und die Studenten zurück, die eine gemeinsame Diskussion über die grundlegende Veränderung ihrer Studiensituation an der Universität in Angriff nehmen. Der ASTA erklärt, daß er nicht verantwortlich für dieses Fest sein konnte, da die Organisation und Durchführung in der Hand einer Gruppe von Studenten lag, die dies[illegible]est praktisch und politisch vorbereitet hatten. Dies kam auch im F[illegible]gblatt dieser Gruppe zum Ausdruck („Wir sind Teilnehmer aus einem total überfüllten Seminar"). In Erfüllung seiner Informationspflicht gegenüber den Studenten ließ es der ASTA drucken. Es ist ein Skandal, daß der Universitätspräsident Krupp sich mehr über einige auf Scheiben gemalte politische Parolen aufregt, als über die Tatsache, daß Tausende von Studenten unter unzumutbaren Bedingungen studieren müssen. Er zeigt damit, daß er es nicht als seine Pflicht ansieht, die politisch brisante Frage nach der Lage der Universität demokratisch mit allen Betroffenen zu lösen. Er versucht, diejenigen zu kriminalisieren und zu entmündigen, die aktiv eine solche Diskussion unter den Studenten führen.

ZUM TOD DES GEFANGENEN ALFRED BRUNKHARDT

GEGENERKLÄRUNG

[illegible]r Eltern von Alfred Brunkhardt zu den in der Frankfurter Rundschau, der Wetterauer Zeitung und der Butzbacher Zeitung erschienenen Artikeln über den Butzbacher Gefängnisarzt Maykemper (dpa-Meldung vom 14.11.1975)

FRANKFURT (ID) 18. November

In den genannten Artikeln, die auf eine dpa-Meldung zurückgehen, werden Behauptungen wiedergegeben, die unseren Sohn Alfred Brunkhardt und uns betreffen und die unrichtig sind. Wir verlangen deshalb, daß sie durch den Abdruck der folgenden Gegenerklärung richtiggestellt werden.

Unser Sohn Alfred ist als Gefangener umgekommen. Er ist gestorben, weil er im Gefängnis in Butzbach nicht behandelt worden ist und noch im Sterben in einem vergitterten VW-Bus auf einer Matratze liegend zwei Stunden von Butzbach nach Kassel transportiert wurde, statt daß man ihn ins nächste öffentliche Krankenhaus gebracht hat. Dafür trägt die volle Verantwortung der Anstaltsarzt Maykemper, ein früherer Nazi-Arzt, der im KZ Buchenwald tätig gewesen sein soll.

In der dpa-Meldung wird behauptet, Alfred Brunkhardt sei „wegen eines Leberleidens in das Kasseler Gefängnislazarett überstellt" worden. Diese Behauptung ist falsch. Erstens, weil sich der „Arzt" Maykemper nicht um den Kranken kümmerte und deshalb überhaupt keine Vorstellung von dessen Krankheit hatte. Zweitens, weil der Sanitäter (nicht der Arzt!) den Kranken Tabletten gegen Erkältung behandelt wurde (mit Gardan-Grippe-Tabletten). Später spritzte der Sanitäter Penicillin – das Medikament Maykempers gegen alles, was schlimmer ist.

Eine weiterεBehauptung in der dpa-Meldung besagt, daß ärztliche Hilfe in jedem Fall zu spät gekommen wäre. Sie stammt von dem Dr. Richter, der ein Gutachten über die angebliche Todesursache hergestellt hat. Nach dem Staatsanwalt Zinnall soll dieses „Gutachten" Maykemper in dem Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung entlasten. Nach Zinnall spricht als f ü r Maykemper, daß er sich um einen todkranken Patienten nicht gekümmert hat, daß er sich zu keinem Zeitpunkt um diesen Menschen überhaupt gekümmert hat, ihn weder vor noch während seiner Krankheit untersucht hat, daß er ihn noch nicht einmal im Sterben ins nächste Krankenhaus bringen ließ. Für den Staatsanwalt ist also genau das entlastend, was typisch am Verhalten dieses KZ-Arztes ist: seine völlige Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leben und sein ausschließliches Interesse an der pedantischen Durchführung von Verordnungen. Der Kranke war selbst schuld, daß er krank wurde. Und wenn er krank wurde, sagt das „Gutachten", dann war er in keinem Fall mehr zu retten. Die erste Version, „selbst schuld" stammt vom Anstaltsleiter Künkeler, der in einem Satz fertigbringt zu sagen, daß er Alfred Brunkhardt überhaupt nicht kannte, nie von ihm gehört hat, nie ihn gesehen hat – und daß Brundhardt vielleicht ein Fixer gewesen ist, der seine Krankheit selbst verschuldet habe. Von Gefangenen ist diese Behauptung inzwischen widerlegt worden. Künkeler hat sie produziert, um den Anstaltsarzt Maykemper zu decken. Genauso wie das „Gutachten" ihn jetzt deckt mit der Behauptung ärztliche Hilfe wäre in jedem Fall zu spät gekommen. Der Staatsanwalt, der gegen Maykemper ermitteln soll, legt das so aus, daß die „unterlassene Hilfeleistung" eben damit gerechtfertigt war, weil ärztliche Hilfe ja doch nichts mehr genutzt hätte.

Und für solche wie Maykemper selbst ist sowieso klar, daß Tabletten und Penicillin und die Sprechstunde zweimal wöchentlich einen halben Tag für 600 Gefangene ausreichen müssen.

Die Frankfurter Rundschau verallgemeinert dann diese von Künkeler bahauptete Selbstverschuldung zum Prinzip: daß die Gefangenen eben ihre Ärzte schlecht behandeln! Das ist derselbe Rassismus, dem Maykemper, Künkeler und einige andere erstrangige Figuren in der JVA Butzbach schon in der Nazi-Zeit gedient haben.

Die Eltern von Alfred Brundkhardt, 636 Friedberg, Vorstadt zum Garten 38.

(Information des Gefangenenrats Frankfurt, Glauburgstr. 75a)

PS: dpa sowie Frankfurter Rundschau, Wetterauer Zeitung und Butzbacher Zeitung haben diese Gegenerklärung übergangen.

HOPPE SEIT ÜBER 4 JAHREN ISOLIERT

HAMBURG (ID) 18. November

Den Antrag der Verteidiger, Werner Hoppe wegen Haftunfähigkeit durch unabhängige Ärzte zu untersuchen, hat die Staatsanwaltschaft Hamburg abgelehnt mit der Begründung, „der Gutachter des Strafvollzugsamtes hat nach äußerer Begutachtung eine Vollzugsuntauglichkeit nicht feststellen können".

Werner Hoppe befindet sich seit seiner Inhaftierung am 15.7.71 in Isolationshaft, also seit mehr als 4 Jahren. Er ist der am längsten isolierte politische Gefangene in der BRD. Die Isolationsmaßnahmen wurden für Jahre darüberhinaus dadurch verschärft, daß gegen Werner Hoppe ein Sprechverbot durchgesetzt wurde. Jeder Versuch von ihm, mit anderen Gefangenen zu sprechen, oder anderer Gefangener, mit ihm zu sprechen, wurde mit Entzug des Hofgangs oder Glocke bestraft.

Inden in den Prozessen gegen die Gefangenen aus der RAF erstatteten Gutachten in Stuttgart und Hamburg haben die Sachverständigen festgestellt, daß die jahrelange Isolierung der politischen Gefangenen zu bedeutenden und nicht wiedergutzumachenden Störungen ihrer Gesundheit führt. (so u.a. Privatdozent Dr. Näve, Gerichtsmedizinisches Institut Hamburg)

Trotzdem weigert sich die Justiz in Hamburg, die Isolationsmaßnahmen gegen Werner Hoppe aufzugeben oder ihn zu entlassen. Mit einer weiteren Zerstörung seiner Gesundheit muß daher gerechnet werden.
Die Verteidiger: Rechtsanwälte Groenewold, Köncke, Rogge/Hamburg, haben deshalb Beschwerde erhoben.

BERICHT AUS DER PSYCHIATRISCHEN HAFT ANSTALT IN WIESLOCH

FRANKFURT (ID)
9. November

(Anm. d. Gefangenenrates Frankfurt „Der Bericht stammt von einem Informanten des sog. Mannheimer Gefängnisskandals. Er wurde zuerst nach dem Vollzugsirrenhaus Hohenasperg verlegt und ist jetzt in der Psychiatrischen Haftanstalt Wiesloch.")

Ich wurde, obwohl noch 8 Monate Strafhaft offen sind, ur plötzlich in das Psychiatrische Landeskrankenhaus in Wiesloch verlegt. Ohne irgend ein Einweisungsverfahren oder sowas. Alles kam für mich selbst überraschend... Hier wurde mir von Chefarzt Dr. Pechthold eröffnet, ich sei im Gefängnis schon ein Störenfried gewesen. Er werde mich hier für längere Zeit unter Medikamente setzen.......

Der Arzt herrscht hier wie ein Despot (hat ca. 80 Gefängnispatienten). Alles verstößt hier gegen Menschenrecht und verfassungsmäßige Grundrechte. Inzwischen scheint mir, daß er triebhaft sadistisch ist ..... Alles ist zwar ein Neubau. Doch benutzt man ein winziges Notklosett als Fäkalienausguß, für Pisse und Scheiße. Den Patienten läßt er teils Plastikeimer reißtellen. Sie sollen da reinscheissen und reinpissen, und hinterher alles selbst in dieses winzige Notklo ausgießen. Natürlich gibt es auch völlig unansprchbare Patienten hier. Da verschweppert unterwegs Pisse und Scheiße aus den Kübeln, das wird dann von den andern breitgetreten. Alles erst im Bad, dann auf dem Flur und bis in die Krankenzimmer rein. Meine Matratze lag am Fußboden. Mußte leben ohne Stuhl und Klo, ohne Tisch und Bett. Am Fußboden liegen, schlafen, essen und scheißen. Und das in einem nagelneuen Krankenhaus! .....

Das besondere Verhältnis zwischen Justiz und brutaler Gewalt: In diesem „Besonderen Gewaltverhältnis" muß es oft sehr intim zugehen. Ich selbst hatte auch schon öfters solche besonderen Gewaltverhältnisse. Die gingen dabei ganz intim vor und zogen mich erst nackt aus, ehe die Gefängniswärter mir in den Sack traten.

Mit Schalom W.O.
(Name ist der Redaktion bekannt)

ANSTALTSLEITER FÜHLTE SICH BELEIDIGT

MANNHEIM (ID)
25.November

Am 18. Dezember findet vor dem Mannheimer Amtsgericht ein Prozeß gegen den im Mannheimer Gefängnis einsitzenden Gerhard Koenig wegen Beleidigung statt. Voraus ging ein Strafbefehl über 200 Mark, weil Koenig gegüber Vollzugsbeamten geäußert haben soll, daß dieses System faschistisch wäre, Knüppelkommandos unterhielte, daß Nazis Schlüsselpositionen inne hätten u.a. Der Anstaltsleiter Dr. Kühner hat Anzeige gegn Koenig erstattet. Die Anzeige wurde von der Staatsanwaltschaft Mannheim eingestellt. Dr. Kühner hat hiergegen Beschwerde eingelegt, was den Strafbefehl zur Folge hatte. Gerhard Koenig legte hiergegen Beschwerde ein. Jetzt findet zum genannten Termin (Amtsgericht Mannheim, Zi. 227, Saal VII, Beginn 8.30 Uhr) die Verhandlung statt.

VERHAFTETE SOLDATEN IM HUNGERSTREIK

TRIER (ID)
25.November

Am 21.Oktober wurden im 16.Artillerieregiment in der französischen Kaserne Trier/Feyen drei Soldaten für 60 Tage inhaftiert und auf 3 Kasernen verteilt. Die Verhafteten begannen sofort einen unbefristeten Hungerstreik für die Forderung nach Meinungs- und Organisationsfreiheit in der Armee.

Wie war es zu diesen Verhaftungen gekommen? In Trier gibt es in allen Kasernen mehr oder weniger starke Soldatenkomitees, die sich aus organisatorischen Gründen teilweise in der Kaserne treffen müssen. Am 20.Oktober hatte das Komitee des 16.Artillerieregiments eine Versammlung mit 15 Soldaten abgehalten, die von der Militärpolizei aufgespürt wurde. Drei Soldaten wurden einfach aus dem Kreis der Versammlung genommen und inhaftiert, bei den anderen Soldaten wurden nur die Personalien festgestellt. Sofort nach Bekanntwerden der Verhaftungen gaben die Soldatenkomitees von Trier ein gemeinsames Flugblatt an alle Trierer Soldaten heraus, in dem sie informierten und zur Solidarität mit den Verhafteten aufriefen.

In den Heimatorten der drei Inhaftierten wurden Solidaritätskomitees gegründet. Es gab dort Demonstrationen, die die sofortige Freilassung forderten, Veranstaltungen wurden organisiert usw.

Diese Reaktionen der Solidarität sind wohl der Hauptgrund dafür, daß letzte Woche 2 der 3 Inhaftierten freigelassen wurden. Der noch inhaftierte Antimilitarist führt den Hungerstreik weiter. Nur durch breite Information und darauf aufbauende Aktionen unter den Soldaten und der Zivilbevölkerung kann erreicht werden, daß die antimilitaristische Bewegung gegen Repression geschützt wird. Denn auf sich allei ne gestellt können die französischen und alle anderen Soldaten nicht den Weg der portugiesischen Soldatenbewegung einschlagen.

(Initiative französich deutsche Solidarität Trier)

DER NEUE TREND: FARBENFROH IN DEN WINTER

BERLIN (ID)
26. November

Ein Schrecken geht um in Berlin für reiche Frauen: in den letzten Wochen wurden auf mysteriöse Weise ca. 150 wertvolle Pelzmäntel auf offener Straße mir nichts, dir nichts mit leuchtender Sprühfarbe veredelt. Der Täter schlich sich jeweils von hinten an sein pelziges Opfer heran und drückte auf seine lautlose Plastiksprühdose. Die ahnungslose Schöne merkte den schicken Modeumschwung oft erst zuhause. Insgesamt, so interpretiert es die Polizei, sei ein Sachschaden von fast einer halben Million Mark entstanden.

Am Dienstag wurde ein 33jähriger Mann festgenommen, der gerade zur bunten Tat schritt. Die Berliner (Pelz)Schutzpolizei nannte ihn „störrisch und wortkarg", vermutete Sexualperversion. Ein Radiosprecher glaubte gar, es könne sich um einen radikalen Anhänger von Prof. Grzimek handeln. Die Polizei „mußte ihn wieder freilassen", da ein Haftgrund nicht zu konstruieren war.

AUSLAND

DER 25. NOVEMBER — EINE NIEDERLAGE FÜR DIE LINKE

LISSABON/PARIS/
FRANKFURT/
(REP/LIBE/ID)
27. November

Im Zentrum Portugals, vor allem in Lissabon, herrscht Ausnahmezustand. Zeitungen erscheinen nicht, Hörfunk und Fernsehen sind unter Kontrolle, senden nur offizielle Regierungs-Kommuniqués. Die „República" ist von Soldaten umstellt, in der Falle. Ihre Nachrichten gelangten über Paris nach hier. Daraus ist zu rekonstruieren:

Der 25. November ist die umgekehrte Version des 11. März. Damals hatten Offiziere der extremen Rechten die Luftwaffenbasis Tancos (etwa 120 km nördlich von Lissabon) besetzt und von dieser Basis aus die roten Regimenter der Hauptstadt, vor allem das RALIS, angegriffen.

Jetzt haben die linken Fallschirmjäger, Soldaten und Unteroffiziere,Tancos besetzt, außerdem die Luftwaffenstützpunkte Monsanto, Montijo und Monte Real. Sie wollten ihrer Auflösung zuvorkommen, und sie forderten sowohl den Rücktritt des Luftwaffenchefs Morais e Silva, Mitglied der PS-freundlichen Gruppe der Neun, wie auch von General Pinho Freire, Kommandant der 1. Luftwaffenregion.

Dienstagvormittag um 15.27 Uhr veröffentlichen die Fallschirmjäger ihre Forderungen. Um 18.30 Uhr ist das staatliche Fernsehen in der Hand der revolutionären Soldaten der Militärischen Verwaltungsschule (EPAM). Als um 20 Uhr Leutnant Duran Clemente von der früheren 5. Division (für Propaganda) im Fernsehen ein Kommuniqué verlesen will, wird die Sendung unterbrochen. Die regierungstreue TV-Filiale in Porto übernimmt das Programm mit einem amerikanischen Film. Um 21.30 Uhr verkündet Staatspräsident Costa Gomes den Ausnahmezustand für Lissabon und Umgebung.

Während um 22.20 Uhr die Kommandotruppen aus Amadora zum Schutz der Regierung vor dem Präsidentenpalast in Belém aufziehen, wird „Radio Clube-Portugues", das den ganzen Tag über ein revolutionäres Programm gesendet hatte, durch einen Beschluß des Revolutionsrates zum Schweigen gebracht.

In der Nacht gegen halb zwei eröffnen die Kommandoeinheiten vor dem Belém Palast auf mehrere hundert Demonstranten das Feuer.

Die Truppen der 6. Regierung haben die Kontrolle. Linke Militärs, wie Dinis de Almeida, Kommandant des RALIS, werden verhaftet.

Die revolutionäre Einheit der Militärpolizei, so ist am Mittwochmorgen (26.11.) zu hören, hat gegen die Kommandoeinheiten aus Amadora unter Oberst Jaime Neves Widerstand geleistet. Dabei h[illegible] mehrere Tote gegeben.

In Setúbal, der größten Industriestadt nach Lissabon und Porto, besetzt die FUR (revolutionäre Einheitsfront) in der Nacht zum Mittwoch die Stadtverwaltung. Öffentlich wird die Bewaffnung der Bevölkerung diskutiert. In Barreiro, im südlichen Industriegürtel von Lissabon, finden am gleichen Tag Massenkundgebungen statt.

Der eigentliche Sieger dieses bisher offensten Machtkampfes innerhalb des Militärs ist die Gruppe der Neun um Melo Antunes, die mit den Sozialdemokraten der PS zusammenarbeitet. Die ersten Reaktionen dieser Gruppe, zu der auch Costa Gomes zu zählen ist, lassen erkennen: sie zielt auf die Liquidierung der revolutionären Linken innerhalb des Militärs als Teil der Massenbewegung des Poder Popular, der Volksmacht.

Während am Donnerstag (27. November) über die Existenz der KP in einer neuen, siebten Regierung verhandelt wird, bleibt das Volk abseits. Das ist der Beweis für die isolierte Aktion der Fallschirmjäger.

In der Linken ist die Einschätzung von der „schleichenden Chilenisierung" als Folge des Sieges der zur Zeit wichtigsten bürgerlichen Fraktion des Militärs entstanden.

EIN SPANISCHER TOTENTANZ

PARIS (ID)
24. November

Aus Frankreich erhielten wir diese gereimte Nachricht.

Spanier aller Länder, vereinigt Euch gegen den Faschismus!

Als der Diktator endlich tot und optisch
von der Bildfläche, nahmen wir
– die Gelegenheit war
günstig – die Gelegnheit wahr, das Konsulat zu inspizieren
bei vorgeblichem Kondolieren

Am schweren, schmiedeeisernen Tor
wand sich keine Menschenschlange
die lothrigischen Polizisten hatten lange
Weile

neben demüppigen Kondolenz–
Buch
stand die faschistische Exzellenz
und zollfreier
Leichengeruch

Wir waren zu acht und schrieben: Vive le socialisme
espagnol, das machte den Konsul
zornestoll
der ließ uns greifen,
vor Gericht schleifen
(am Kragen) und ließ uns anklagen wegen Verunglimpfung
der Andenkens Verstorbener

Vor dem Richter standen wir acht,
der hat die Ankläger ausgelacht
Wenn Ihr Führer unsterblich, wie Sie sagen,
wie wäre dann ein erblichener
Sterblicher beschimpfet
worden, gar verunglimpfet?

Die Anklage ist gegenstandslos und das Verfahren hiermit
eingestellt. Er sagte dann zu uns acht,
wir hatten den Schritt nicht vergeblich gemacht
Es schickte nämlich der Präfekt
vors Konsulat so viel Polizei,
daran kein Trauernder kam vorbei
auf diese Weise schlug Polizei
prächtig um
von Quantität in Qualität

Und die Quintessenz
Nutzt die Kondolenz!

ERSTES OPFER DES ANTI-TERRORISTEN GESETZES

ITALIEN (LIBE/ID)
25. November

Der Student Pietro Bruno, 18 Jahre, starb letzten Sonntag (23.11.) an den Folgen seiner Verletzungen, die er durch Schüsse der Karabinieri erhalten hatte.

Das Opfer, Mitglied der Bewegung „Lotta Continua", nahm am Vorabend an einer Demonstration zur Unterstützung der MPLA (Angola) teil, die von italienischen linksextremen Gruppen organisiert wurde. Als eine Gruppe Demonstranten versuchte, sich der Botschaft von Zaire (der Staat, der aktiv die FNLA und UNITA gegen die MPLA unterstützt) zu nähern, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und den Karabinieri, die versuchten, mit dem üblichen Tränengas die Demonstranten zu zerstreuen. Mehrere Molotow-Cocktails wurden gegen ein Polizeifahrzeug geworfen, das völlig ausbrannte. In ihrer Wut eröffneten die Polizisten das Feuer auf die letzten flüchtenden Demonstranten. In den sich langsam verziehenden Tränengasschwaden blieb der tödlich verletzte Körper von Pietro Bruno auf dem Asphalt zurück.

Dies ist das erste Todesopfer des neuen Anti-Terroristen-Gesetzes, das Anfang des Jahres von der Regierungskoalition (einschließlich PSI) verabschiedet wurde, ohne daß die PCI irgendeinen parlamentarischen Einwand erhoben hätte. Dieses Gesetz erlaubt der italienischen Polizei das Feuer auf Demonstranten zu eröffnen, immer dann, wenn sie es für richtig hält. Selbst in den Rücken.

AUFRÜSTUNG DER POLIZEI ZUR BEKÄMPFUNG „POLITISCHER KRIMINALITÄT"

MAILAND (ID)
11. November

Der Bürgermeister von Mailand (Aniasi, Partito Socialista) hat das Projekt der Stadtverwaltung zur Bekämpfung „sowohl der gewöhnlichen als auch der politischen Kriminalität" bekanntgegeben. Unter dem Stichwort, von den Zeitungen ausführlich kolportiert: „Milano muß menschlicher werden, eine Metropole, die bewohnbar ist, wo die Leute keine Angst haben müssen, abends aus dem Haus zu gehen..." Die Maßnahmen: Verstärkung der Polizei (vigilanza urbana) um 500 Polizisten, außerdem Einsatz von 200 bisher im Büro beschäftigten im Streifendienst, Vergrößerung des Auto- und Motorradparks, Ausrüstung der Polizisten zu Fuß und zu Motorrad mit Walkie-Talkies, Einrichtung eines Netzes von Polizeistationen, die

auch die Peripherie umfassen um die Überwachung Quartier für Quartier zu koordinieren. Die Bürger sind zur Mitarbeit aufgerufen Insbesondere dazu, die Polizei über Lebensgewohnheiten, Wohnsitz usw. von Delinquenten und potentiellen Delinquenten zu informieren. Sie müssen „daran gewöhnt werden (!), Vertrauen zu haben – zur Polizei – und ihre Unwilligkeit, Informationen zu geben zu überwinden". Bessere Ausbildung der Polizei, „um im Ernstfall dem Bürger effektiv zu Hilfe kommen zu können." Eine Kommission, verstärkt durch Experten wie Soziologen, Psychologen, Kriminalpsychologen,soll ein „Verbrechensinventar" aufstellen, d.h. eine Kartei, die sowohl Ursachen, Motive, Entwicklung von Verbrechen als auch konkret Namen und Daten umfassen soll, für Mailand und fürs Hinterland.

Dazu ist anzumerken, daß erstens schon seit einiger Zeit die Streifendienste von Polizei und Karabinieri laufend verstärkt worden sind, zweitens mit dem im Juni inkraft getretenen Gesetz gegen die Kriminalität (Legge Reale) Festnahmen, Durchsuchungen und vor allem Waffengebrauch der Polizei erheblich erleichtert worden sind (in der Folge unzählige Erschießungen von Dieben und vielen Jugendlichen) und drittens vor jeder Bank tagsüber Privatpolizisten stehen, immer dieselben, schwerbewaffnet, in der Mehrzahl sind es Faschisten, angesichts der Tatsache, daß die Banken in einem Quartier zahlreich sind, ergibt sich schon daraus ein dichtes Spitzelnetz.

„DEN SOZIALEN WAFFENSTILLSTAND BRECHEN"

ROM (ID)
13. November

Am 3. 11. gab es in Rom eine Besetzung von zwei Supermärkten STANDA und CONSORTI, durch etwa 30 Jugendliche. Die Besetzungen passierten gleichzeitig in zwei verschiedenen Vierteln. Die Jugendlichen haben jeweils die im Parterre befindlichen Kleidungs-,Schallplatten-und Bücherabteilung besetzt, Flugblätter verteilt und die Sachen eingesackt. Die Flugblätter richten sich an „das ganze jugendliche Proletariat", und es heißt darin: „In einer Gesellschaft, die den Massen die materielle Möglichkeit verweigert, das,was sie selbst produziert haben,auch zu benutzen, ist die direkte Wiederaneignung dessen, was die Massen interessiert,die einzige Möglichkeit. Die jugendlichen Proletarier praktizieren seit Jahren die Wiederaneignung dessen, was sie brauchen: Musik, Bücher, Kleidung." Sie sprechen auch von der Notwendigkeit,„den sozialen Waffenstillstand zu brechen" (nach Corriere della Sera, 13.11.).

ENTLASSUNGEN BEI PIRELLI

TURIN (ID)
13. November

Pirelli kündigt 1.450 Entlassungen an, die innerhalb der nächsten Tage vollzogen werden sollen. Betroffen sind die Arbeiter verschiedener Werke: 700 bei der SUPERGA, Turin, 750 bei der SAPSA, Sesto San Giovanni (Mailand), außerdem weitere in kleineren Werken in und bei Mailand. Die Tarifverhandlungen bei der Pirelli sind am 24. September unterbrochen und seitdem nicht wieder aufgenommen worden.

SOLDATENGEWERKSCHAFT SOLL AUFGEBAUT WERDEN

BESANÇON (ID)
12. November

Das Soldatenkomitee des 19. Pionierregiments in Besançon veröffentlichte am 4. 11. 75 einen Aufruf zur Gründung einer Nationalen Soldatengewerkschaft in Frankreich. Der Aufruf war mit dem Ortsvorstand der CFDT abgesprochen, dessen Vorsitzender in Besançon, Charles Piaget,einer der Führer der LIP-Kämpfe war. Gleichzeitig wurde der Aufruf von der IDS, Information pour les Droits des Soldats, der Soldatenorganisation der PSU, Partie Socialiste Unie, einer linkssozialistischen Gruppe, die nicht zur Vereinigten Linken gehört, gestützt. Einer der Führer der IDS, Nicolas Daby, ist wehrpflichtiger Soldat in Besançon.

Innerhalb kürzester Frist ging dieser Aufruf durch die gesamte Presse Frankreichs (in der BRD wurde das selbstverständlich totgeschwiegen)

General Biaget, Staatsekretär im Verteidigungsministerium in Frankreich,ebenso wie der Verteidigungsminister Bourges, erklärten daß auf gar keinen Fall eine Soldatengewerkschaft zugelassen werde, daß jeder Versuch einer Organisierung einer solchen sofort verboten und unterdrückt werde.

Gespräche mit Vertretern von französischen Soldatenkomitees in der Bundesrepublik, die es inzwischen in ca. 20 von etwa 40 französischen Kasernen in der BRD gibt, ergaben, daß ein solcher Aufruf von allen Soldatenkomitees unterstützt wird, daß allerdings ein schneller und kurzfristiger Erfolg kaum zu erwarten ist.

Im Gegensatz zu Holland, wo über die Hälfte der Wehrpflichtigen organisiert sind, wird in Frankreich die Soldatengewerkschaft auch in der Aufbauphase nur eine illegale Kampforganisation sein können und daher ein Aufbau nur sehr langsam vorangehen wird. Ein Aufruf wie der aus Besançon, ist also nur die Spitze, die an die Öffentlichkeit kommt, während der eigentliche Aufbau sich in mühevoller Kleinarbeit vollziehen wird.

DER KRIEG IN BELFAST IST VORBEI

OBERURSEL (ID)
27. November

Nach zwei Wochen blutiger Gefechte zwischen Provisional IRA und der National Liberation Front (Officials) wurde am 13. November eine Feuerpause verkündet. Ungenannte Vermittler brachten die beiden Parteien zu Gesprächen zusammen, die die Beendigung der Schießereien zum Ziel haben.

BEFREIUNGSKRIEG IN DER WESTSAHARA

FRANKFURT (ID)
26. November

Die Invasion hunderttausender Marokkaner in die West-Sahara unterm Etikett „Friedensmarsch" und das Waffengeklirr des siechen spanischen Francismus haben durchscheinen lassen, daß auch in diesem Teil Nordafrikas um Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft wird, gegen Kolonialismus und Ausbeutung.

Einen Bericht über Geschichte und Kämpfe in diesem Gebiet entnehmen wir, auszugsweise, der Zeitung „Solidaridad y lucha", die von der Union Spanischer Arbeitsemigranten (Unión dos trabajadores emigrantes/ UTE) in der BRD herausgegeben wird:

„Ein kurzer Blick auf die Folgen der 40jährigen Kolonialherrschaft in West-Sahara:

Obwohl es sich um ein Land handelt, das außerordentlich reich an Bodenschätzen ist und vor seinen Küsten ein reiches Fischfanggebiet besitzt, muß das saharauische Volk Hunger leiden und in größtem Elend leben. Tausende von Saharauis finden keine Arbeit und sind zur Arbeitslosigkeit oder Emigration gezwungen. Und die wenigen, die einen Arbeitsplatz haben, müssen unter äusserst unmenschlichen Bedingungen arbeiten, z.B. in Bucraa beim Abbau des Phosphats kann man sie mit der Spitzhacke bei 40 bis 50 Grad Hitze inmitten von dichten Staubwolken arbeiten sehen. Ein saharauischer Arbeiter bekommt außerdem nur halb so viel Lohn wie ein spanischer Arbeiter (obendrein wollen die Befehlshaber des Kolonialheeres den spanischen Soldaten weismachen, die „moros" (Mauren) wären faul), ein großter Teil der Saharauis lebt in Elendsbehausungen, die Kindersterblichkeit ist erschreckend hoch,und das Durchschnittsalter der Sharauis ist unglaublich niedrig. Krankheiten wie die Grippe und die Bronchitis oder andere leicht heilbare Krankheiten wie z.b. das Trachom (Augenkrankheit) fordern viele Menschenleben oder hinterlassen Invalidität. Eine andere Folge der verhaßten Kolonialherrschaft ist das Analphabetentum. In 40 Jahren wurden im ganzen Territorium nur fünf Schulen gebaut. Der „Unterricht" ist natürlich in spanischer Sprache. Weder die Muttersprache noch die Geschichte, Sitten und Gebräuche der Saharauis dürfen unterrichtet werden.

Dazu kommt noch die Verfolgung derjenigen, die sich ge gen diese brutale Unterdrückung auflehnen Ihnen droht Mord, Gefangennahme, Folter, Exil ....

DIE FPOLISARIO

Aber trotz kolonialistischer Repression des spanischen Fa schismus hat sich das Volk der Sahara nicht unterkriegen lassen Von besonderer Wichtigkeit waren die großen Demonstrationen für die Unabhängigkeit vom 17 Juni 1970 Bei der Niederschla gung dieser Massenbewegung ermordete das frankistische Heer 40 Saharauis und verletzte viele Tausende wurden verhaftet, un ter ihnen auch der populare Patriot Mohamed Bachir, der unter den Folterungen der Legionare Spaniens starb Mit derartigen Grausamkeiten sollten die Massen eingeschüchtert werden, damit sie vom Kampf ablassen Aber das Gegenteil trat ein Der Haß auf die ausländischen Besetzer wuchs und die Liebe zur Heimat wurde noch größer So konnte am 20 Mai 1973 die Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Rio de Oro entstehen und mit ihr der bewaffnete Kampf beginnen Die FPOLISARIO ist die führende Kraft der Revolution von Saguia el Hamra und Rio de Oro Und trotz einer Unmenge von Schwierigkeiten und obwohl von Anfang an Zielscheibe der Attacken des Feindes — der spanischen Besetzer und ihren verbündeten lokalen Feudal herren, sowie den marokkanischen Expansionisten — hat die FPOLISARIO weiterbestehen, sich entwickeln und wichtige mili tärische und politische Erfolge erringen können

Vor allem in der letzten Zeit nahm der bewaffnete Kampf zu Bei militärischen Zusammenstößen konnten dem Feind Waf fen entwendet werden und zahlreiche Gegner wurden getötet Außerdem sind des öfteren Saharauis, die in den frankistischen Kolonialtruppen dienten, zu den patriotischen Kämpfern über gewechselt

Ein politischer Erfolg war der Besuch einer Mission der Ver einten Nationen am 12 Mai dieses Jahres Diese Mission konnte anhand der Massenmobilisierungen an jenem Tag feststellen, daß das saharauische Volk die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit will und daß die FPOLISARIO die alleinige Vertreterin dieses Vol kes ist Ein weiterer Erfolg war, daß die Regierung Arias Navarro schließlich sagen mußte, daß sie sich zurückziehen und West-Sa hara entkolonialisieren werde ...

SPANIEN, EINER DER LETZTEN KOLONIALISTEN IN AFRIKA

Fast alle Länder Afrikas, die jahrhundertelang unter engli scher, französischer, protugiesischer, ... Kolonialherrschaft stan den, haben ihre Unabhängigkeit erlangt West-Sahara ist eines der letzten Länder, das noch unter dem verhaßten Joch des Kolo nialismus lebt

Die Ankunft der Spanier begann schon Ende des 19. Jahr hunderts, und nur dank des Widerstandes der Saharauis hat eine vollständige spanische Kolonialunterdrückung bis zum Jahre 1934 vermieden werden können. Seit 1934 ist die spanische Kolonial herrschaft total

Schon 1960 forderte die UNO Spanien auf, sich aus West Sahara zurückzuziehen

Aber anhand einer brutalen Repression gegen die Einwoh ner und vieler Tricks und Gaunereien haben sie die Entkolonialisie rung bis auf die heutigen Tage hinausgezögert. Bezüglich der Falsch heiten des Regimes ist z.B das Dokument vom 20. Februar 1975 zu nennen, in dem eine „etappenweise" Unabhängigkeit verspro chen wird ebenso die „Wahlen" vom 10. Juni 1973; die Grün dung verschiedener Parteien, die als Vertreterinnen der Massen hingestellt wurden ... Wie z.B. die „Partei der Nationalen Union der Sahara" (PUNS) Vor kurzem war in der internationalen Pres se zu lesen, daß sich der Chef der PUNS mit den Parteigeldern aus dem Staube gemacht hat. Im Rahmen der francistischen Demagogie ist auch das versprochene Referendum zur Selbstbe stimmung des saharauischen Volkes zu nennen.

In einem vor einigen Monaten an die „Organisation für Af rikanische Einheit" (OAU) gerichteten Brief der FPOLISARIO ist über die Repression und die Demagogie des faschistischen Regimes folgendes zu lesen

„... 1 Die spanischen Militärautoritäten praktizieren z Zt einen außerst scheußlichen Wirtschaftskrieg Sie schneiden die Le bensmittel-, Medizin- und Wasserversorgung zu den Dörfern ab Und dies zu einer Zeit, wo Spanien im Ausland seinen Willen, die Region zu verlassen, proklamiert ...

2 Dieser in den Stadten praktizierte Wirtschaftskrieg wird von einer Kampagne systematischer Entlassungen von Arbeitern begleitet, um diese zu zwingen, sich den Wünschen des Besetzers widerstandslos zu fügen

3 Auf dem Lande vergiften die spanischen Autoritäten die Wasserbrunnen und verbieten die Kontakte zwischen Stadt und Land, um die wirtschaftliche Blockade zu stärken und ihre Fol gen zu verschlimmern."

RECHT AUF SELBSTBESTIMMUNG UND UNABHÄN GIGKEIT

Die Behauptung, die westliche Sahara sei „Niemandsland" gewesen, als die spanische Kolonialisierung begann, ist falsch Es war ein Land, bewohnt von den Vorfahren der Saharauis, die in Stämmen lebten, ähnlich wie in ganz Afrika üblich vor der Kolo nialisierung Das saharauische Volk hat seine eigene Geschichte In früheren Zeiten kämpften die Bewohner dieses Landes gegen die portugiesischen Eindringlinge, die auf der Suche nach Reich tümern und Sklavenhandel waren Was Marokko betrifft, so waren die Saharauis niemals dem Sultan von Marokko unterwor fen, noch waren sie unter mauretanischer Herrschaft Sie lebten in Krieg und in Frieden mit diesen Nachbarländern, wie andere Länder auch

Aber das Problem der Selbstbestimmung ist kein historisches Problem, sondern ein politisches Problem Wenn ein Volk das Recht auf Selbstbestimmung fordert, muß es ihm ge geben werden Das ist ein grundlegendes international anerkann tes Recht Die internationalen Vereinigungen wie die UNO oder die OAU wie ebenfalls die blockfreien Staaten haben dem sahara uischen Volk das Recht zugesprochen, über sein Schicksal selbst zu bestimmen

HASSANS „FRIEDENSMARSCH" – EINE INVASION

In den letzten Wochen standen die Geschehnisse im Zusam menhang mit der westlichen Sahara, deren Probleme vom Fran cismus jahrelang sorgsam verschwiegen worden sind, auf der er sten Seite der Zeitungen Es ist widerlich anzusehen, wie haupt sächlich die spanische und marokkanische Regierung unter Mit mischung der Nordamerikaner miteinander verhandeln, über den Willen des saharauischen Volkes hinweg, als ob dieses überhaupt nicht existieren würde. Weshalb so viele Intrigen, schutzige Pakte, geheime Abkommen usw., um dieses kleine Volk (nach Angaben der FPOLISARIO sind es eine Million, die im politischen Exil le benden Saharauis miteingeschlossen)? Die Erklärung dafür liegt in der Wichtigkeit, die die westliche Sahara wegen ihrer geografi schen Lage hat wie auch wegen ihrer immensen Bodenschätze, z.B. Phosphat (die reichsten Phosphatvorkommen der Erde), Petroleum, Eisen, Kupfer, Uran, Erdgas und dem überaus ertragreichen Fisch fang vor der Küste. Das einzige arabische Land, das auf der Seite des saharauischen Volkes steht, ist Algerien. Algerien hat sich auch offiziell gegen diese Überrumpelungen ausgesprochen. Libyen scheint ebenfalls eine pro-saharauische Stellung einzunehmen....

Die nordamerikanischen Imperialisten verfolgen in dieser Sache ganz spezielle eigene Interessen. Schon seit langem unter stützen sie Hassan II. von Marokko. Das ist ein Teilstück ihres gesamten Herrschaftsplanes über die arabischen Länder und in diesem Fall besonders auf die Spaltung und gegenseitige Aufwie gelung der arabischen Länder ausgerichtet. Sie wollen vermeiden, daß das saharauische Volk seine Unabhänigkeit erlangt, denn dies würde bedeuten, daß ein neuer revolutionärer Staat entstehen wür de und mit ihm für die Amerikaner wachsende Probleme in Nord afrika."

ZUM BEFREIUNGSKAMPF IN ANGOLA

DER ERBITTERTE KAMPF UM LUANDA

Offizielle Stellungnahme der Pan African International:

„Seit dem 11. November 1975 ist Angola „unabhängig", aber die Parole der seit 15 Jahren in Angola kämpfenden MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) – A vitória e certa (der Sieg ist gewiß) – ist noch lange nicht Wirklichkeit. Das kompromißlose Ziel der MPLA hatte der Präsident Agostinho Neto am 30.3.1973 präzise formuliert:

„... Die MPLA ist eine unbesiegbare Kraft. Die Hoffnung aller Angolesen, die politisch-militärische Grundlage für die Erlangung unserer Unabhängigkeit. Im Bewußtsein der Männer und Frauen unseres Landes und in der Haltung der Kinder und Greise herrscht das sichere Wissen, daß wir die Unabhängigkeit für unser Land erlangen werden, und daß wir schließlich diese heroische Phase unserer Geschichte hinter uns lassen werden. Der lange Kampf, den wir führen, kann nach allen Wechselfällen nur zum vollständigen Sieg unseres Volkes führen."

Dieser Kampf der MPLA gegen den portugiesischen „Ultrakolonialismus" (während der 60er Jahre bis Mitte der 70er Jahre), gegen das Apartheid-Südafrika als zukünftige „Nebenmetropole" im südlichen Afrika und gegen das ausländische Kapitalinteresse wird finanziell und militärisch hauptsächlich von der Sowjetunion unterstützt, teilweise auch von den skandinavischen sozialdemokratischen Ländern, von Tansania, Kongo-Brazzaville, Algerien, Sambia, Kuba, Vietnam und der Volksrepublik Korea. Am Anfang (bis ca. 1970) wurde die MPLA auch von der Volksrepublik China unterstützt, später wechselte sie ihre Haltung und unterstützte die neugegründete UNITA (Union für die totale Unabhängigkeit Angolas) von Jonas Savimbi, kurz darauf schwankte sie wieder (auf Druck der afrikanischen Staaten) und solidarisierte sich mit der MPLA. Diese opportunistischen Schwankungen führten letztlich dazu, daß China jetzt die vom CIA infiltrierte FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) von Holden Roberto unterstützt. FNLA und UNITA schlossen sich zusammen gegen die MPLA und somit gegen Angola. Jetzt finden wir China Seite an Seite mit den Kräften der Reaktion: Zaire, Uganda, USA, Republik Südafrika, faschistische Milizen der ehemaligen portugiesischen Kolonialherren und weiße Söldner – alle unterstützen die neue „unheilige Allianz" FNLA/UNITA – die auf Luanda zumarschiert, um den Emanzipationskampf der angolanischen Völker zu vernichten und dem Neokolonialismus Hilfe zu leisten. Auch wenn wir nicht gerade Freunde der Außenpolitik der Sowjetunion bezüglich „Entwicklungsländern" sind, müssen wir trotzdem hervorheben, daß in diesem Fall, egal welche Interessen insgeheim verfolgt werden, daß die konkrete Solidarität doch zum Nutzen des Befreiungskampfes von Angola geleistet wird. Wir sagen dies nicht, weil wir verschiedene „Parteilinien" analysieren, sondern weil das angolanische Volk zur Zeit im Sinne von Che Guevara und Lumumba Freiheit um jeden Preis und mit allen notwendigen Mitteln erkämpfen muß.

Zur Zeit marschieren militärische Kräfte unter dem Kommando von Savimbi und Roberto, unterstützt von Mobutu, Beratern aus China, Tunesien, USA, Portugal, Südafrika, Israel und ehemaligen deutschen Nazis (vgl. ID 101, S. 14) auf Luanda. Es scheint sich statt einer „Kongo-Krise" eine neue „Angola-Krise" anzubahnen. Die OAU, die in gewissem Sinne emanzipatorisch funktionslos ist, durchschaut die neokolonialistischen Pläne der imperialistischen Weltmächte.

Es ist zwar noch nicht so weit, jedoch könnte Angola sich in einen internationalen „Krisenherd" wie im Nahosten, Vietnam, oder Zypern verwandeln. Die Befreiungsbewegungen in Namibia, Südafrika und Zimbabwe haben erkannt, daß es in Angola um die Erstickung der gesamten südafrikanischen Revolution geht, deshalb unterstützen sie bedingungslos die MPLA; auch die PAIGC und FRELIMO leisten konkrete Hilfe. Eine Niederlage der MPLA, der Verlust von Luanda würde die gesamte Emanzipationsbewegung im südlichen Afrika um Jahrzehnte zurückwerfen, würde Südafrika ermöglichen, das gesamte subsaharische Afrika wirtschaftlich zu dirigieren und zum Teil zu strangulieren, würde den Sieg der „Nebenmetropole", des subimperialistischen Zentrums in Afrika, den Triumph des Neokolonialismus in Afrika bedeuten.

Deshalb fordern wir von PAN AFRICAN INTERNATIONAL alle Sozialisten, Kommunisten und Demokraten international auf, sich mit den MPLA-Befreiungskämpfern zu solidarisieren, ihnen alle nur mögliche materielle und militärische Unterstützung zukommen zu lassen!

Wir fordern China auf, seine Fehler einzusehen, sich von den Kräften der Reaktion zu trennen, seine militärische Hilfe für die FNLA/UNITA einzustellen, den US-Imperialismus nicht zu unterstützen, nicht aus Eigeninteresse, sondern aus sozialistischem Interesse, d.h. aus wirklich anti-kapitalistischen und anti-imperialistischen Gründen!

Wir heißen die militärische und materielle Hilfe für den Befreiungskampf der MPLA von seiten der Sowjetunion willkommen. Sie soll aber eine ähnliche Verhaltensweise bezüglich dem Emanzipationskampf in anderen „Entwicklungsländern" zeigen, d.h. immer die wirklich revolutionären Kräfte unterstützen, nicht aus Eigeninteresse, sondern aus sozialistischem Interesse, d.h. aus wirklich anti-kapitalistischen und anti-imperialistischen Gründen!

Wir fordern alle afrikanischen Länder, wie Uganda, Zaire und Tunesien auf, sich nicht auf die Seite des US-Imperialismus und der Apartheid zu schlagen, wenn sie nicht die MPLA unterstützen möchten, dann sollen sie lieber gar nichts tun!

Auch wenn Luanda fallen sollte, der endgültige Sieg ist gewiß! Südafrika ist zur Zeit eine Welt der Befreiungsrevolution, nur das Feuer der Gewehre, das Feuer der Freiheit macht jetzt Geschichte. Dies ist eine historische Tatsache. „Unterentwicklung" dort ist nur die andere Seite der imperialistischen „Entwicklung" in der Metropole. Helfen wir nicht „armen Angolanern", helfen wir uns selbst, versuchen wir die Menschheit davor zu bewahren, in Barbarei zu enden, machen wir alle Geschichte!

A vitória e certa!

PAN AFRICAN INTERNATIONAL, International Executive Committee, London, 18.11.1975."

ATTENTAT GEGEN DIE "ALTERNATIVA"

BOGOTA (ALTERNATIVA/ID) 17. November

Kürzlich hat ein General der kolumbianischen Streitkräfte die Parole ausgegeben: „Wir wollen keine lebendigen Verbrecher, man muß sie erschießen". Genau in diese Atmosphäre des Terrors von oben paßt die Bombe, die am 11. November früh morgens in der Redaktion der ALTERNATIVA, einer der wichtigsten linken Zeitungen Lateinamerikas (Gabriel García Márquez ist Mitglied des Herausgeberkomitees), explodierte.

Dies zeige, heißt es in der Hausmitteilung, „wie weit die ‚Pressefreiheit' in einem Land funktioniert, in dem das absolute Informationsmonopol der herrschenden Klasse allmählich durch eine Presse gebrochen wird, die die Interessen der anderen Klassen zum Ausdruck bringt: die Interessen der unterdrückten Klassen."

Eine Stunde vor dem Attentat hatten die Arbeiter und Angestellten das Büro verlassen, so dass niemand verletzt wurde. Hoher Sachschaden entstand. Bereits im den letzten Wochen waren Bomben in der sowjetischen Botschaft und auf dem kubanischen Filmfestival in Bogotá explodiert.

In diesem Zusammenhang zählt die ALTERNATIVA lateinamerikanische Terrorgruppen wie die argentinische „Dreifach-A" (Argentinische Antikommunistische Allianz), die brasilianische „Todesschwadron" und die guatemaltekische „Weiße Hand" auf und fragt, wer in Kolumbien auf diese Weise mit der CIA zusammenarbeite. „Diese Tat – so schreibt die ALTERNATIVA – ist Beweis für den wachsenden Eindluß und die Verbreitung der revolutionären Presse; sie macht es notwendig, eine gemeinsame Front sowohl gegen die reaktionäre Gewalt zu bilden wie auch gegen die Versuche des Regimes, „legale" Kontroll- und Zensurmaßnahmen zu ergreifen".

PUTSCHVERSUCH IN ECUADOR – URSACHEN UND KONSEQUENZEN

QUITO (ID) 24. November

Weitgehend unbemerkt ist am 1. September in Quito, der Hauptstadt Ecuadors, ein Putschversuch durchgeführt und zerschlagen worden.

Wir nehmen dieses Ereignis zum Anlaß, eine Analyse der jungeren Geschichte dieses Andenstaates zu veroffentlichen, die vom „Servicio ecuatoriano de información" (c/o Volker Witte, 44 Munster, Postfach 8642) gemacht wurde

„Der Putschversuch vom 1 September war nur das außere Zeichen eines seit langer anhaltenden Konflikts innerhalb der herrschenden Fraktionen der Bourgeoisie Ecuadors, die mittels ihrer Verbundeten im Militär die politische Szene wieder zu ihren Gunsten verändern wollten Ein interner Fraktionkampf also, bei dem die Fraktionen der Bourgeoisie, vertreten durch Militars als Hauptdarsteller auftraten und dem Volk, wie bisher, die Statistenrolle zufiel Ein fur Ecuador inzwischen normales Schauspiel wenn man die Geschichte seit seiner „Unabhangigkeit" betrachtet Beim Putsch selbst gab es 14 Tote und 34 Verletzte unschuldige Soldaten Er blieb auf die Hauptstadt Quito beschrankt Die Putschisten enthob man ihrer Ämter, gab dem Anfuhrer, General Raul Gonzalez Alvear, die Moglichkeit, in der chilenischen Botschaft Asyl zu suchen — er ist inzwischen bei seinen faschistischen Freunden in Chile — und den Rest schob man nach Panama ab

Wo liegen die Ursachen?

Um die Ursachen naher aufzuzeigen , ist es erforderlich, auf die Entwicklung Ecuadors der letzten drei Jahre zuruckzugreifen, genauer gesagt seitdem am 16.2.1972 die Militars unter Fuhrung von Rodriguez Lara mittels eines allerdings gegluckten Putsches die Macht übernahmen Dieser Zeitpunkt ist aus zwei Gründen wichtig weil er wenige Tage vor den schon in der Endphase befindlichen Wahlen gesetzt war und sechs Monate vor Beginn des Exports ecuadorianischen Erdöls aus der östlichen Urwaldregion

Der bis zu diesem Putsch herrschende Diktator Velasco Ibarra war der alte Vertreter der Allianz zwischen der Finanz und Handelsbourgeoisie auf der einen Seite und der Agraroligarchie auf der anderen — bereits zum 5. Male im laufe der vorausgegangenen 40 Jahre als Präsident im Amt Die diese Allianz tragende wirtschaftliche Grundlage bildete der Agrarexportsektor, der wiederum durch den Anbau von Bananen, Kaffee und Kakao mit wechselnder Priorität dominiert wurde Mit den steigenden Investitionen im Bereich des Erdölsektors änderte sich entsprechend die ökonomische Grundlage vom Agrarexportsektor zum Erdölsektor (Der Anteil des Erdöls an der Ausfuhr stieg von 20 %, 1972 auf 47 %, 1973 und auf über 72 %, 1974, ist im Augenblick aber wieder rückläufig, 52 % im ersten Halbjahr 1975)

Für den politischen Bereich bedeutete dies, daß die damit verbundene industrielle Monopolbourgeoisie zusammen mit den Vertretern nordamerikanischer Erdölinteressen sich nunmehr in verstärktem Maße um ihre Interessen selber kümmern mußte, wobei ihr in zunehmendem Maße die herrschende Allianz hinderlich wurde brauchten eine Regierung, die dem Verlangen der Finanz und Handelsbourgeoisie nach beschleunigter Kapitalisierung des Agrarsektors Einhalb bot und damit unmittelbar verbunden, die in der Lage war, das aufbegehrende Proletariat, das Semiproletariat, die Bauern und andere Sektoren des Volkes mit geeigneten Methoden niederzuhalten. Hierzu war allerdings der zu den bevorstehenden Wahlen von der Mehrheit bevorzugte Kandidat, Asaad Bucaram, der CFP (Concentración de Fuerzas Populares/Konzentration der Volkskräfte) nicht der geeignete Mann, denn genau er war Vertreter der Finanz- und Handelsbourgeoisie und unfähig, die ihn wählenden Massen zu kontrollieren. Die Lösung für die industrielle Monopolbourgeoisie konnte also nur heißen, diesen Wahlen durch einen Militärputsch zuvorzukommen und einen eigenen Kandidaten an die Macht zu bringen, der ihr die Früchte des bevorstehenden Erdölexportbooms sicherte. So geschehen am 16.2.1972. Die neue Allianz zwischen der Industriebourgeoisie als direktem Verbündeten des US-Imperialismus und unterstützt von Technokraten und bestimmten Sektoren der mittleren Bourgeoisie fand ihren Vertreter in der Militärdiktatur unter Rodriguez Lara, der sich bis heute an der Macht halten konnte.

Die Verwirrung nach der Machtübernahme seiner sich als „revolutionär und nationalistisch" ausgebenden Junta sowie deren Anspruch, eine „populäre, antifeudale, antioligarchische und autonome Entwicklung" anstrebende Regierung sein zu wollen, war groß, da dies die Hoffnung auf eine dem peruanischen Modell eines sogenannten dritten Weges folgende Politik hervorrief. Die Ernüchterung aber kam sehr schnell und es zeigte sich, daß dies alles nichts weiter als eine Irreführung der Massen sein sollte und genau in die neue Strategie des Yankee-Imperialismus in Lateinamerika paßte.

Agrarsektor

Der seit Jahrzehnten kontinuierlich anwachsende Druck von Seiten der unterdrückten und ausgebeuteten Bauernmassen machte Reformen zu dessen Kanalisierung notwendig So verabschiedete man 1973 fast zehn Jahre nach dem ersten Agrarreformgesetz (Juli 1964) ein zweites, dessen Ziel weitgehend in der voran beschriebenen Notwendigkeit, den sozialen Druck zu kanalisieren, bestand Das Hauptkriterium bestand daher auch nur in der Auflage an die Großgrundbesitzer, ihrer sozialen Funktion gerecht zu werden, d.h die vorkapitalistischen Formen der Ausbeutung der Arbeitskraft abzuschaffen, die Bezahlung von Minimallöhnen einzuhalten sowie die Nutzung allen brachliegenden Landes. Beschränkungen hinsichtlich der Besitzgröße nach Hektar wurden nicht vorgesehen, so daß sich an der veralteten Struktur des Gegensatzes von Minifundium/Latifundium nichts änderte Der Konsequenz daraus Mangel an Boden, versuchte man durch umfangreiche Kolonisationsprojekte aus dem Wege zu gehen Die Hochlandindianer versuchte man ins Tiefland umzusiedeln, womit dann auch gleichzeitig zur Lösung des Arbeitskräftemangels für die dort das Erdöl ausbeutenden nordamerikanischen Konzerne beigetragen wurde Diese Maßnahmen widersprachen sowohl der betroffenen Landbevölkerung, die nach einer radikaleren Agrarreform rief und durch sich steigernde Landbesetzungen ihrer Forderung nach eigenem Land Nachdruck verlieh, wie auch der Agraroligarchie, die mit den Einnahmen aus dem Erdölsektor die Modernisierung ihrer Besitztümer bezahlen wollte. Ebenfalls forderte sie verstärkt nach Maßnahmen gegen die von den Bauern vorgebrachten Forderungen. Da sie die Kontrolle über die Produktion lebenswichtiger Güter für den inländischen Mark inne hat, fiel es ihr nicht schwer, entsprechenden Druck durch den Produktionsstopp von Nahrungsmitteln auf die Regierung auszuüben. Folge die Regierung öffnete ihre Politik in Richtung auf eine Kapitalisierung des Agrarsektros und verschärfte die Repression gegen die nun noch stärker opponierenden Bauern. (Verlagerung von Elite-Einheiten in die bevölkerungsreichste Provinz des Hochlandes, Chimborazo, Einsatz von Landpolizei, der sogenannten Todesschwadron an der Küste, sowie Legitimationen für die private Polizei durch die Grundbesitzer) Laufend wird wird von neuen Morden an Bauernführern aus dem ganzen Lande berichtet, wie z.B. an Christobal Pajuna und Lazaro Condo.

Industriesektor

Im Industriesektor läßt sich eine Verschärfung der Politik des Vorgängers Velasco Ibarra feststellen, der damals schon durch sein Dekret 054 die Arbeiter im staatlichen Bereich ihres Streikrechts beraubte. Unter dem jetzigen Regime aber unterliegt die Arbeiterklasse noch viel stärkerer Ausbeutung, was durch weitere Einschränkungen erreicht wurde

Das ecuadorianische Volk mußte seit der Machtübernahme der Militärs für Grundnahrungsmittel einen 91,3 % höheren Preis bezahlen (nach Angaben des nationalen statistischen Instituts) — der in der Praxis aber wohl über 100 % liegt — wohingegen die Nominallöhne im Durchschnitt aber nur um 25 % angehoben wurden. Dies hat seine Ursache nicht zuletzt darin, daß die Arbeiterklasse es hinnehmen mußte, daß die Borugeoisie ihr mittels Dekret 064 verbot, Foderungen nach Lohnerhöhungen oder anderer Art zu stellen, bevor der kollektive Arbeitsvertrag nicht abgelaufen war, d.h. daß die Arbeitslöhne auf Jahre hinaus festgelegt werden können, ohne daß ein entsprechender Preisstopp verfügt werden muß. Nicht genug damit: in dem in der Vorbereitung fertiggestellten Dekret 1273 wird unter Verbot gestellt und mit vier bis acht Jahren Gefängnis und 20. bis 50.000 Sucres (ein US-Dollar = 25 Sucres) bestraft, wenn man Vereinigungen oder Gruppen mit politischen, patriotischen, sozialen, ökonomischen, religiösen, revolutionären, rassistischen etc. Zielen gründet, was einer totalen Unterdrückung jeglicher Form von Organisierung gleichkäme.

Daß diese Offensive der Bourgeoisie, so repressiv sie auch ist, ihren Zweck, den Kampf der Arbeiterklasse und des ecuadorianischen Volkes nach minimalen Rechten zu ersticken, nicht erfüllt, zeigen die seit Ende 1973 in ihrer Zahl und Intensität wachsenden Streikbewegungen, die nach Erreichung des regionalen Niveaus (im Juli 1975 in der Provinz Pichina) auf einen nationalen Generalstreik hinsteuern.

Erdölsektor

Die Politik der augenblicklichen Militärdiktatur, speziell bezüglich der Wirtschaftssektoren Agrar und Industriebereich, wird

letztlich bestimmt vomalles überragenden Sektor der ecuadorianischen Wirtschaft, dem Erdölsektor. Hieran läßt sich darüberhinaus die neue Form der Zusammenarbeit mit dem Imperialismus einerseits sowie dem Revisionismus — vertreten durch die Kommunistische Partei Ecuadors PCE — andererseits deutlich machen.

Die Militärjunta versuchte ihrem Anspruch, eine nationalistische,antiimperialistische Regierung zu sein, gerecht zu werden, indem sie unmittelbar nach ihrer Machtübernahme die vormals von den herrschenden Klassen an die Erdölmonopole vergebenen Konzessionen neu verteilte. Bei dieser Neuverteilung gab man Texaco/Gulf wiederum den Vorzug, setzte diesen Konzernen nun aber eine nationale Gesellschaft , die sogenannte CEPE entgegen.

Mit diesem Schritt ließ sich bereits erkennen, daß sich zwei Richtungen mit unterschiedlicher Zielsetzung innerhalb der herrschenden Industriebourgeoisie herausgebildet hatten: die eine, die eine größere staatliche Beteiligung an der Förderung und dem Gewinn des Erdöls forderte und die andere, die dies ganz den Imperialisten überlassen wollte, in der Hoffnung, daß diese dafür mit einem Teil ihrer Gewinne die Errichtung einer Montageindustrie finanzieren würden.

Die Fraktion, die nach mehr staatlicher Beteiligung und somit mehr Autonomie verlangte, versuchte, ihre Ziele nicht zuletzt durch ihren Beitritt zur OPEC sowie der Verteidigung der 200-Meilenzone durchzusetzen. In der Folge haben wir einen Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der monopolistischenIndustriebourgeoisie und dieser mit den Fraktionen der Finanz- und Handelsbourgeoisie und Agraroligarchie, die alle ihren Anteil am Kuchen, sprich Einnahmen aus den vom Yankee-Imperialismus übriggelassenen Gewinnen des Erdölsektors fordern. Ein charakteristisches Beispiel dieses Kampfes ist der Versuch des ehemaligen Energieministers, Jaime Ampudia, die nordamerikanischen Erdölkonzerne Texaco/Gulf unter staatliche Kontrolle zu bringen, indem er in einem ersten Schritt eine 25 %ige staatliche Beteiligung durchsetzte. Die Folge war, daß sich die Regierung auf Druck der amerikanischen Regierung und der Konzerne zusammen mit ihrer ecuadorianischen verbündeten Bourgeoisiefraktion veranlaßtsah, ihren Minister schnellstens zu entlassen, um der bevorstehenden weiteren 26 %igen Beteiligung zuvorzukommen. Als weiteres Druckmittel ließe sich das vom amerikanischen Kongreß verabschiedete Gesetz anfügen, daß sich gegen alle Länder richtet, die sich in Wirtschaftsblocks wie dem der OPEC zusammengeschlossen haben oder zusammenschließen, d.h. das es ihnen praktisch unmöglich macht, ihre Produkte noch weiter in die USA zu exportieren.

<u>Die Konsequenzen des Putschs</u>

Der gescheiterte Putsch war nur der Ausdruck des Versuchs, der Fraktionen aller Teile der Bourgeoisie — ausschließlich der Fraktion der monopolitischen Industriebourgeoisie mit nationaler Ausrichtung — mit dem Segen und der Unterstützung durch den Imperialismus die Machtverhältnisse erneut zugunsten der letzteren zu verändern. Vorausgegangen war diesem Putschversuch das Dekret 738, welches durch 60 % Zollerhöhung auf einen Katalog von Luxusgütern der sich verschlechternden Zahlungsbilanz Einhalt bieten wollte. Darüberhinaus bestand eine Krise zwischen der Regierung und den Konzernen Texaco/Gulf,weil diese eine Zurücknahme des Preises um 1,5 US-Dollar pro Faß Erdöl forderten. Dieser Forderung versuchten sie mit allen Mitteln Nachdruck zu verleihen: durch eine Drosselung der Produktion und die Weigerung, die vereinbarte Menge des staatlichen Anteils zu verschiffen. Das Ganze hört sich in seinen Auswirkungen dann so an:

„Im ersten Halbjahr 1975 wies die ecuadorianische Handelsbilanz bei gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 250,3 Mio US-Dollar auf 372,7 Mio US-Dollar zurückgegangenen Exporten und um 177,4 Mio US-Dollar auf 434,3 Mio US-Dollar gestiegenen Importen einen Passivsaldo in Höhe von 61,6 Mio US-Dollar aus. Im gleichen Vorjahreszeitraum war ein Überschuß von 366,1 Mio US-Dollars erzielt worden", so der Wirtschaftsbericht der Deutschen Überseeischen Bank für Lateinamerika, Spanien und Portugal von September 1975.

Die genannten Widersprüche wollten die verschiedenen Fraktionen, da jede allein für sich zu schwach ist, gemeinsam ausnutzen, um endlich wieder eine zivile Regierung in den Sattel zu heben. Die Versuchezur Erreichung dieses Teilzieles drucken sich z.B. aus in der Gründung verschiedener Organisationen — mit zum Teil Parteicharakter — wie der Front zur Widerherstellung der Kontitutionalität oder sogenannter ziviler Juntas etc. Daaber keine dieser Fraktionen über genügende Verankerung im ecuadorianischen Volk verfügt, blieb nur die Möglichkeit, ihre Interessen, wie immer, mittels der Militärs zu verwirklichen.

Auch wenn dies formal gescheitert ist, so kann doch eine der Fraktionen einen Teilerfolg verzeichnen. Die herrschende Junta mußte ihre starke Isolation erkennen und fürchten, beim nächsten Mal nicht so gut davonzukommen. Die erste Maßnahme war dem entsprechend eine Umbildung des Kabinetts, an der sich deutlich die nun dominierende proimperialistische Industriebourgeoisie erkennen läßt. Der neue Finanzminister, Jaime Murillo, ist gleichzeitig der Präsident der Industriekammer der Provinz Pichina (in der die Hauptstadt liegt), und der Industrieminister Danilo Carrea ist gleichzeitig Chef der ecuadorianischen Finanzkooperation mit der First National City Bank.

So bestand dann auch die erste Amtshandlung des neuen Kabinetts in der formellen Abschaffung des soeben erst eingeführten Dekrets 738 sowie in Zugeständnissen an die Texaco/Gulf, die einer Verringerung des Ölpreises gleichkommt und somit den Vereinbarungen des OPEC klar widersprechen."

US-MILITÄRHILFE GEGEN LATEINAMERIKA

BOGOTA (ALTERNATIVA/ID)
17. November

Die nordamerikanische Militärhilfe für die herrschenden Klassen in Lateinamerika ist gegen die wachsenden Befreiungskämpfe gerichtet. Zuständig für die Vermittlung ist die als Entwicklungshilfegesellschaft getarnte nordamerikanische AID (Agency of International Development). Die neuesten Zahlen für dieses und das kommende Jahr entnehmen wir der ALTERNATIVA:

(US-Dollars in Millionen)

	direkte Hilfe		Ausbildung von Personal		Kredite für Waffenkäufe	
	1975	1976	1975	1976	1975	1976
Argentina			0.1	0.9	30.0	34.0
Bolivia	2.5	2.2	0.7	0.7	4.0	6.0
Brasil			0.9	1.1	60.0	60.0
Colombia			0.7	0.8	0.0	16.0
R. Dominicana	0.6	0.2	0.5	0.7	0.5	1.0
Ecuador			0.4	1.0		10.0
Salvador	0.7	0.3	0.5	0.8	0.3	2.5
Guatemala	0.2	0.2	0.4	0.4	2.3	1.5
Honduras	0.4	0.3	0.8	0.8	0.3	2.5
México	0.0		0.1	0.1		5.0
Nicaragua	0.4	0.2	0.7	0.8	3.0	2.5
Panamá	0.2	0.2	0.3	0.4		
Perú			0.9	0.9	20.5	20.0
Uruguay	1.1	0.6	0.4	0.5	7.5	2.5
Venezuela			0.7	0.8		16.0

IN ARGENTINIEN WIRD GEFOLTERT

TUCUMÁN (MARKA/ID)
20. November

Die Informationen aus Argentinien sprechen nur von Toten, die im Kampf zwischen den Guerillaorganisationen und den staatlichen Repressionskräften zu verzeichnen sind. Wenig ist über die Verhafteten bekannt, das sind tausende, im ganzen Land. Aber der größte Teil von ihnen, ausserhalb der Hauptstadt Buenos Aires, stammt aus der Provinz Tucumán, im Norden des Landes. Dort kontrolliert die Guerrilla ein Gebiet von etwa 16 000 Quadratkilometern. In einer Konteroffensive hat die Armee hunderte von Bauern ermordet, viel mehr noch verhaftet. Und sie foltert.

Die in Peru erscheinende MARKA hat jetzt mehrere Folterberichte von Frauen veröffentlicht. So etwas passiere — merkt die

Zeitschrift an – „im internationalen Jahr der Frau und unter der Präsidentschaft einer Frau" (Isabelita Perón, vg. ID 88). Hier der Bericht von Carmen Yapura de Molina aus Tucumán:

„Ich wurde am 19. April verhaftet, bei einer Hausdurchsuchung. Der ganze Häuserblock war von 13 oder 14 Polizeiautos umstellt. Acht Männer brachen die Tür auf und drangen ein, einige in Uniform, andere in Zivil. Sie pack en meinen Mann undfangen gleich an, ihn zu verhören. Dabei schlagen sie ihn. Als er nicht antwortet, gehen sie ans Bett meines ältesten Kindes und fragen es, wieviele „Onkel" in unser Haus kämen und wo sie wohnten. Der Kleine zeigt auf das Haus gegenüber, wo meine Schwiegermutter und meine Schwäger wohnen.

Wieder verhören sie den Kleinen, und als er diesmal nicht antwortet, schütteln sie ihn. Mein Mann schreit auf: sie sollen das Kind in Ruhe lassen. Die Polizisten schlagen ihn mit den Kolben der Maschinenpistolen auf den Kopf. Er fängt stark an zu bluten.

Dann fangen sie an, mich zu verhören. Ziehen mich an den Haaren. Werfen mich um, geben mir Schläge, werfen mich wieder um, als ich aufstehe, geben mir Tritte. Schmeißen mich dann in den Überfallwagen.

Ich werde in ein Hauptquartier gebracht, wo sie uns alle zusammen in einen großen Raum tun. Um sieben Uhr morgens holen sie mich als erste. Bringen mich in einen nahegelegenen Raum, wo sie mich – nachdem sie mich ausgezogen haben – prügeln und schlagen und dabei verhören. Ein Radio spielt in voller Lautstärke, damit die Schreie übertönt werden.

Nach vier Stunden bringen sie mich in einen anderen Raum und lassen mich, Rücken zur Wand und Hände im Nacken, stehen. Holen sich meinen Mann. Die Männer, die uns bewachen, treten uns, behandeln uns als „Hundesöhne/töchter" und wenn wir bei einem Gesprächsversuch mit einem anderen Genossen erwischt werden, gibt es brutale Schläge.

Ich konnte einige Worte mit dem Genossen neben mir wechseln, er meinte, sie würden uns töten, ich dachte dasselbe.

Bis drei Uhr nachmittags hören wir die Schreie meines Mannes, den sie foltern. Um drei Uhr hol en sie ihn, werfen ihn auf den Boden, die Hände hat er am Rücken gefesselt. Er blutete stark aus Nase und Mund. Auf gleiche Weise wurden alle geholt, die in diesem Raum waren.

Am nächsten Tag holen sie mich wieder morgens. Verbrennen mich, indem sie mit einem säuregetränkten Lappen über den ganzen Körper fahren, vor allem an den Brustwarzen. Als ich in Ohnmacht falle, schleifen sie mich in einen anderen Raum.

Am nächsten Tag holen sie uns beide, meinen Mann und mich. Sie nehmen mir die Augenbinde ab, damit ich sehen kann, wie mein Mann gefoltert wird. Als ich meinen Kopf zurückbiege,um es nicht zu sehen, packen sie mich an den Armen und im Gesicht und zwingen mich, zu sehen, was sie mit meinem Mann machen. Nach einer Weile nehmen sie ihm die Binde ab, damit er mich sehen kann.

Sie schlagen mich, brennen mich an den Füßen mit Streichhölzern. Einige von den Schlägern sind besoffen. Mehrere Tage geht das Schlagen weiter. Am fünften Tag verschwindet mein Mann. Ich frage hartnäckig, wo er ist, keine Antwort. Ein Junge sagt mir, er sei nach Famaillá (Gebiet unter Militärkontrolle) gebracht worden. Nach drei Tagen bringen sie meinen Mann wieder. Er ist bewußtlos und erkennt mich, seine Frau, nicht. Er war in Famaillá drei volle Tage gefoltert worden. Sie schlugen ihn. Stachen ihn. Brachen ihm eine Rippe. Zerquetschten ihm einen Hoden. Schoben ihm einen dicken Pfahl in den After.

Er konnte nicht essen. Machte nur Selbstgespräche."

ERKLÄRUNGEN

AUFRUF DER SPANISCHEN ARBEITERKOMMISSIONEN

MADRID (ID) Ende Oktober

Gegen die Fortsetzung des Francismus durch Juan Carlos! Auf zur allgemeinen Mobilisierung für Freiheit und Demokratie!

Arbeiter aller Völker Spaniens!
General Franco, 35 Jahre lang Personifikation der schwärzesten Diktatur, die Spanien in seiner Geschichte erlitten hat, verschwindet endgültig von der politischen Bühne Spaniens. Mit seinem Tod ist eine lange historische Periode abgeschlossen, die gekennzeichnet ist durch die Negation der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, besonders gegeüber den Arbeitern, für die dieses System härteste Ausbeutung, systematische Repression sowie Arbeits- und Lebensbedingungen aufweist, die am Rande des Erträglichen sind.

Aber das francistische Regime besteht noch immer. Und die Versuche, den Francismus ohne Franco aufrecht zu erhalten, der in der Person von Juan Carlos verkörpert ist, bedienen sich derselben Repressionsmittel. Es gibt andere, die meinen, der „Wechsel" oder die „Reformen" kämen von selbst, manmüsse sie nur dekretieren....

Sicher ist jedoch auch bereits vor Francos Tod, daß der Pardo Palast ein Wespennest von Intrigen, Geheimtreffen und Manövern geworden ist. Das alles bestätigt unvermeidlich die Zersplitterung der geringen Kräfte, die das Regime noch unterstützen. In aller Welt atmen die Völker auf über das Verschwinden des letzten Diktators, der in den 40er Jahren die Speerspitze der faschistischen Offensive war, und sie sehen mit Genugtuung die historische Gelegenheit, daß Spanien sich in den Verband der demokratischen Welt eingliedert.

Das Verschwinden Francos fällt in einen Moment der verschärften Krise, die selbst die Grundlagen des Regimes bedrohen: eine ökonomische und soziale Krise mit unerträglichen Anzeichen von Arbeitslosigkeit und Teuerung; eine politische Krise im In- und Ausland (mit der schweren Bedrohung, die das Abenteuer in der Sahara darstellt). Wir, die Arbeiter und Demokraten in Spanien, befinden uns in einem harten Kampf für die Verwirklichung unserer Forderungen und für die Lösung aller dieser Probleme. In dieser Hinsicht muß u.a. der sichere Sieg bei den letzten Gewerkschaftswahlen gesehen werden (dabei gewannen die Listen der Arbeiterkommissionen ca. 80 Prozent aller Stimmen, d. Übers.).

Arbeiter: Wir sind in einer wirklichen historischen Situation, in der wir alle neuen Möglichkeiten benutzen müssen, die sich ergeben. Jetzt ist der Moment gekommen, in dem wir – ohne irgendwelche Erwartungen und unter keinen Ausflüchten – zur Aktion übergehen müssen, um für die Erringung unserer Forderungen und Rechte möglichst entschlossen zu kämpfen.

Im Bewußtsein der Verantwortung , die wir vor allen Arbeitern Spaniens haben, rufen wir, die Arbeiterkommissionen, auf zur allgemeinen Mobilisierung, zur öffentlichen und massiven Verbreitung aller Forderungen, zur Durchführung von Versammlungen für Diskussionen und Entscheidungen in jeder Fabrik, an denen die Arbeiter teilnehmen, ebenso in jeder Schicht, in jeder Abteilung, in jedem Büro, an allen Arbeitsplätzen und in Wohnvierteln... Wir rufen auf, in massiven Demonstrationen zur Unterstützung von Freiheit und Demokratie auf die Straßen zu gehen.

Die Arbeiterkommissionen rufen besonders die tausende von Arbeitern auf, die in den letzten Gewerkschaftswahlen siegreich waren, die Gewerkschaftsfunktionäre auf allen Ebenen, die in diesem Moment entscheidende Aufgaben übernehmen müssen, in dem sie alle Mittel des Gewerkschaftsapparates in ihre Hände nehmen, um damit die Ausübung aller Gewerkschaftsrechte wie das auf Versammlung, auf Redefreiheit in den Häusern der „Gewerkschaften" und an den Arbeitsplätzen durchzusetzen.

Wir Arbeiterkommissionen rufen ebenso alle politischen Kräfte, alle Organe und alle bestehenden Einheits-Plattformen (gemeint sind die „Demokratische Junta" und die „Demokratische Plattform", d. Übers.) auf, damit sie so schnell wie möglich, alle Kräfte mobilisieren, um die gegenwärtigen Verhandlungen für die Bildung einer breiten demokratischen Einheitsfront zu einem glücklichen Ende zu führen, die in der Lage sein soll, den politischen Prozess ingang zu

setzen, der das Wort dem Volk und allen seinen politischen und sozialen Ausdrucksformen gibt.

Wir machen die Arbeiter darauf aufmerksam – im Bewußtsein, daß sie auch auf diesem Gebiet Verantwortung haben – daß sie von denen Verantwortung fordern, die heute die Einheit aller Demokraten in Spanien dadurch erschweren oder verhindern, daß sie ihre Parteiinteressen voranstellen....

Dies ist der Moment! Keine unnützen Erwartungen mehr! Die Zukunft Spaniens liegt in seinen Völkern, in den Arbeitern und in allen demokratischen Kräften, in der Verwirklichung des Generalstreiks der Arbeiterklasse und in der Demokratischen Aktion aller Kräfte, die die Fortsetzung (des Francismus) durch Juan Carlos verhindern wollen, welche Form er auch immer anstrebt.

Wir rufen JETZT dazu auf, zu allen Formen der Aktion und des Kampfes überzugehen!
– gegen Arbeitslosigkeit und Verteuerung
– für unsere Lohnforderungen
– für die Generalamnestie aller Gefangenen und Exilierten
– für Streikrecht und die gewerkschaftlichen Freiheiten
– für politische und nationale Freiheiten
– für die Demokratie für alle Völker Spaniens.

27.Oktober 1975 Sekretariat der „Coordinadora General" der Arbeiterkommissionen.

ZUR GESCHICHTE DES KAMPFES VON WOLFGANG HUBER GEGEN DIE VERNICHTUNGSHAFT IM KNAST VERFASST VON DEN TÖCHTERN VON DR HUBER

„Wolfgang Huber ist seit dem 6.11. im Hungerstreik mit der Forderung nach sofortiger Freilassung d.h. Aufhebung der Isolation. Die Isolation wurde von Anfang an praktiziert, zunächst im Knast Rastatt, dann in Stuttgart-Stammheim, Bruchsal und Ludwigsburg. In Rastatt wurde von November '72 bis März '73 die Isolation vorübergehend aufgehoben, es hätte nie ein Sicherheitsrisiko bestanden. Tatsächlicher Grund war der öffentliche Protest gegen die Folterungen im Knast. In der Zeit entwickelte Wolfgang Gemeinsam mit anderen Gefangenen Widerstandsformen: sie klingelten die ganze Nacht lang nach den Schließern und verlangten jedesmal eine Tablette. Als dann schließlich die Tablette gebracht wurde, warfen die Gefangenen sie wortlos ins Klo. Einige Wochen später kam Wolfgang Huber unter anderem auf die Idee, die Internationale zu singen, woraufhin er sofort nach Stuttgart-Stammheim verlegt wurde. Dort wieder totale Isolation und Hofgang nur mit Kalfaktoren oder mit ausgesuchten Gefangenen. Während der U-Haft und auch noch während der Verurteilung wurden sämtliche Besucher überwacht durch die Politische Polizei, die sich Notizen über die Gespräche machte. Aus Protest gegen diese Überwachung begann Wolfgang einen Besuchsboykott. Von seinem eigenen Geld durfte er sich nach der Verurteilung nichts mehr kaufen, weil er sich weigerte, auf der Zelle zu arbeiten, und weil die Gefängnisleitung ihm keine Arbeit zusammen mit anderen Gefangenen gab. Er beteiligte sich auch an den überregionalen Hungerstreiks der politischen Gefangenen gegen Vernichtungshaft und Isolationsfolter mit der Forderung nach Gleichsstellung (am 17.1.73 und 22.2.73 und vom 8. Mai 73 bis Mitte Juni 1973).

Die Verantwortlichen wissen, daß sie seinen Widerstand während der Zeit im Knast nicht gebrochen haben, deshalb versuchen sie jetzt (und in den letzten drei Monaten) alles, um ihn fertigzumachen. Denn sie können es sich nicht leisten, daß jemand ihren Apparat verläßt, ohne kaputt zu sein. Um das zu verschleiern, versuchen sie jede Kommunikation nach außen zu verhindern, (keine Anwaltsbesuche, keine Verteidigerpost usw.) Der Hungerstreik vom 6.11.75 richtet sich gegen die im ID 99 und 101 dargestellten Haftbedingungen. Wolfgang fordert damit sofortige Freilassung. Die menschenvernichtenden Haftbedingungen sind nur durch die Freilassung aufzuheben. Noch in Ludwigsburg wurde ihm das Wasser entzogen, nach der Verlegung auf den Hohen Asperg wurde er bereits am 11. November unter Anwendung brutaler Gewalt (acht Schliesser hielten ihn fest) zwangsernährt. Begründung des Arztes: Austrocknung! Als wir ihn am 14. November besuchen wollten, war ein Typ von der PoPo dabei, woraufhin Wolfgang den Besuch abbrach. Als wir Sonntag noch mal versuchten, hereinzukommen, wurden wir vom Personal handgreiflich rausgeschmissen.

Irene und Martina Huber, Berlin"

PROTEST GEGEN PRÜFUNGSORDNUNG FÜR 3. BILDUNGSWEG

FRANKFURT (ID) 26.November Auch die Ausbildungsbedingungen für den 3.Bildungsweg werden von der Kultusbürokratie verschärft. Dagegen hat jetzt eine Interessengemeinschaft Betroffener in einem offenen Brief an den hessischen Kultusminister Krollmann (ehemaliger Polizeipräsident von Kassel) protestiert:

„Die Gruppe der Berufstätigen, die sich im Raum Südhessen auf die Prüfung für die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis nach der bisherigen Prüfungsordnung (Erlaß vom 27.3.63 in der Fassung der Änderungserlasse vom 15.10.66 und vom 10.10.72) vorbereitet, lehnt mit diesem Schreiben die Vorlage zur neuen Prüfungsordnung als Ergebnis der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 27.6.75 entschieden ab.

Für uns stellt der Dritte Bildungsweg unter den gegebenen Voraussetzungen die einzige Möglichkeit zum Hochschulzugang dar. Aus wirtschaftlichen und sonstigen Gründen (Arbeitsmarktlage) sind wir an unsere ganztägige Berufstätigkeit gebunden oder familiärer Belastung durch Kinderbetreuung ausgesetzt. Jahrelang bereiten wir uns unter dieser Stress-Situation in Ungewißheit der uns erwartenden Prüfungsbedingungen unter ähnlichen Lernvoraussetzungen wie an der Universität auf eine uns unbekannte Prüfung vor. Unbekannt sind uns auch die Prüfer, die mit der besonderen Problematik der „Begabtenabitur"-Anwärter nicht immer vertraut sind.

Die Qualifikationen, die wir in Form von 2 Gutachten zusätzlich erbringen müssen, orientieren sich an Hochschulmaßstäben. Zudem ist uns nicht einmal die Zulassung gewiß, hierfür wird eine aufwendige Begründung gefordert, warum man nicht den 1. oder 2. Bildungsweg beschritten, auf welche Art und Weise und mit welchem Erfolg man sich um die Vertiefung seiner Allgemeinbildung bemüht hat etc. Im Falle einer Ablehnung hätte man sich im Hinblick auf das angestrebte Ziel jahrelang umsonst bemüht.

Nicht nur die Ungewißheit über die Zulassung zur Prüfung und das dadurch gegebene Risiko, nicht nur die unverhältnismäßig hohe psychische und physische Belastung benachteiligt uns gegenüber den Teilnehmern des 1. und 2. Bildungsweges. Wir tragen auch die finanzielle Belastung, erhalten keinerlei Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und können nicht einmal auf unsere Hochschulzugangsberechtigung beruflich aufbauen (z.B. im öffentlichen Dienst), da sie juristisch nicht als Abitur gilt.

Wir vermuten die Absicht, durch Verschärfung der Lern- und Prüfungsbedingungen bzw. Erweiterung des Fächerkanons auf den der gymnasialen Oberstufe die Aufhebung des 3.Bildungsweges herbeiführen zu wollen, wofür sich dann niemand zur Verantwortung ziehen ließe.

Unsere Forderungen

1. Beibehaltung der bisherigen Prüfungsordnung (Erlaß vom 27.3.63 i.d. Fassung der Änderungserlasse vom 15.10.66 und vom 10.10.72) über die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis.
2. Einspruch des Bundeslandes Hessen bei der nächsten KMK gegen die Verabschiedung der geplanten Prüfungsordnung über die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis.
3. Beteiligung aller Betroffenen des 3.Bildungsweges an der Neukonzipierung von Prüfungsordnungen und deren Bundesweite Anwendung.
4. Rechtliche Gleichstellung der Hochschulzugangsberechtigung ohne Reifezeugnis mit dem Abitur unter Anerkennung der unterschiedlichen Voraussetzungen.
5. Beibehaltung des 0,5 Punkte-Bonus, der den Schülern des 3.Bildungsweges aufgrund der erschwerten Lernbedingungen zusteht.

Interessengemeinschaft der Teilnehmer an den Vorbereitungskursen zur Prüfung für die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis."

HUNDERTE VON ENTLASSUNGEN AN FU UND TU

BERLIN (ID) 27. November Die Personalräte der Tutoren an den beiden Berliner Universitäten, der Freien Universität und der Technischen Universität, haben folgenden Aufruf veröffentlicht:

„An der Freien Universität haben bisher ca. 100 und an der Technischen Universität ca. 600 studentische Beschäftigte ein Schreiben des Universitätspräsidenten erhalten, in dem ihnen mitgeteilt wird, daß ihr Arbeitsverhältnis am 31.3.76 beendet ist. Dies, obwohl sie rechtmäßige Arbeitsverträge mit längerer oder unbefristeter Dauer hatten.

„Rechtsgrundlage" dafür ist die Novellierung: Art. IV Abs. 3 (Übergangsregelung) des Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes besagt, daß alle Arbeitsverhältnisse der studenteischen Tutoren und Hilfskräfte, die über den 31.3.76 hinausgehen, zu diesem Zeitpunkt enden müssen. Als Folge der undemokratischen Novellierung sollen so Kündigungsschutzgesetze, arbeitsrechtliche Bestimmungen und vertragliche Vereinbarungen außer Kraft gesetzt werden.

Die Konsequenz:

— ca. 700 Beschäftigte, die auf die Gültigkeit ihrer Arbeitsverträge vertraut haben, verlieren vorzeitig ihre Beschäftigung. Arbeits-,Studien- und Lebensbedingungen sind dadurch gleichermaßen be[illegible]t; viele Kolleginnen und Kollegen sind besonders hart betroffen, weil dies gerade in die Zeit ihres Studienabschlusses fällt.

— Die betroffenen Fachbereiche verlieren wichtige für Lehre und Forschung eingesetzte und eingearbeitete Studenten. Die Neubesetzung der Stelle ist gefährdet durch den Beschluß des Senats, wonach jede zweite freiwerdende Stelle nicht besetzt wird.

— Die zu betreuenden Studenten bekommen eine weiter Verschlechterung der Lernsituation zu spüren, indem sich die ohnehin zu niedrige Betreuerzahl weiter reduziert.

So wurde also erreicht, daß Kündigungsschutzgesetze und die gesetzlichen Möglichkeiten des Personalrats bei Kündigungen ausgeschaltet wurden — nicht erreicht wurde, daß die studentischen Beschäftigten ihre Entlassung wiedersspruchslos hinnehmen.

Ca. 200 Kolleginnen und Kollegen der TU klagen bereits! Mehr als 60 Beschäftigte der FU erklärten dem Personalrat, daß sie Klage eingereicht haben oder einreichen werden!"

DIE SITUATION AM GOLF IM LICHTE DER "KVZ"

FRANKFURT (ID) 20. November Der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) unterstützt die chinesische Außenpolitik bedingungslos. Welche Qualität dieses Konzept der bedingungslosen Respektierung der nationalen Souveränität jedes Staates hat, vor allem welche Konsequenzen daraus zwangsweise resultieren, das zeigt wieder mal ein Artikel in der KVZ (Kommunistische Volkszeitung), dem Zentralorgan des KBW, vom 6. November.

Die Stellungnahme der CISNU (Confederation of Iranian Students — Nationale Union) zu dem KBW-Artikel „Sinkender Stern des Imperialismus am Golf" macht das Problem besonders deutlich:

„Über den Charakter des faschistischen Schah-Regimes besteht bei allen fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen kein Zweifel. Doch wird im Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, der Kommunistischen Volkszeitung, Nr. 44, vom 6.11.75, in dem Artikel „Sinkender Stern des Imperialismus am Golf", mit schönheiligen Worten der Versuch unternommen, die Marionette des US-Imperialismus, das Schah-Regime als unabhängig, seine Politik im Dienste des nationalen Interesses hinzustellen.

Zitat aus der KVZ: „Die Imperialisten, die die ganze Zeit versucht haben, die nationale Unabhängigkeit der arabischen Völker am Golf zu hintertreiben, die Länder gegeneinander aufhetzen und zusammen mit reaktionären arabischen und dem iranischen Oman organisieren, treiben damit auch eine immer stärkere Opposition gegen ihre Intervention, Kontrolle, Aggression und Rivalität hervor. Gegen ihren Hegemonismus schließen sich alle Staaten am Golf immer enger zusammen, darunter auch diejenigen, auf die sie sich beim Kampf gegen die Revolution in Oman stützen können.

Am 6. März vereinbarten der Iran und der Irak die Beilegung der bisherigen Grenzstreitigkeiten. In einem Abkommen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien erklärten beide Seiten der Persischen Golf müsse ‚frei von ausländischen Basen' bleiben."

Als Beispiel für die unverschämte Behauptung der Unabhängigkeitsbestrebungen u.a. auch des Schah-Regimes wird ein Vertrag zwischen den beiden reaktionärsten Regimen des Nahen und Mittleren Osten zitiert, der nach Ansicht des KBW die Unabhängigkeit des iranischen Regimes untermauert. Wenn der KBW seine These auf den Aussagen der beiden erzreaktionärsten Regimevertreter aufbaut, müßte er konsequenterweise auch die Behauptungen anderer faschistischer Staatsoberhäupter als ‚wahr' ansehen, so z.B. das Geschwätz Thieus, Nixons, Fords ......, deren größtes Ziel stets Freiheit, Unabhängigkeit usw. waren und noch sind; so jedenfalls nach ihren Reden.

Der KBW sollte sich entscheiden, wonach er Regierungen und ihre Staatsoberhäupter einschätzt: nach ihren Reden oder nach ihren Taten!!!

Wir fragen uns nach den Gründen, weshalb der KBW trotz mehrfacher Diskussionen und Widerlegungen seiner Theorie mit Fakten noch immer starr auf seiner Position beharrt? Warum versucht er in seinen Artikeln immer wieder, die reaktionären Regime des Iran und von Saudi-Arabien nach Unabhängigkeit strebend hinzustellen? Auch in dem bereits zitierten Artikel treten die für den KBW typischen Formulierungsmerkmale zutage. Er wählt gerade solche Formulierungen, die für alles gelten, so z.B. „Gegen den Hegemonismus schließen sich alle Staaten am Golf immer enger zusammen, darunter auch diejenigen, auf die sie sich beim Kampf gegen die Revolution in Oman stützen." Die genaue Bezeichnung, welche Staaten sie meinen und gegen wen, wird mit Phrasen beantwortet.

Um aber nun das Gerede von den Unabhängigkeitsbestrebungen zu entblößen, genügt es, von der Machtergreifung diese Regimes anzufangen bis zu seinen heutigen Praktiken, die Fakten aufzuzählen, um jeglichen Versuch dieser Art, nämlich das faschistische Marionettenregime zu rehabilitieren, es sei unabhängig, seine Politik sei eine nationale und gegen die Imperialisten gerichtete: um dies kategorisch abzulehnen. Wie aller Welt bekannt ist und die eigenen Dokumente des CIA zeigen, kam der nach Rom geflohene Schah durch den CIA-Putsch von 1953 an die Macht. An der Planung und Durchführung dieses ‚Meisterstücks' waren u.a. der Ex-US-Präsident Nixon, der General Schwarzkopf, die Schwester des Schah, Aschraff, und, das Schönste, der heutige Botschafter der USA und frühere CIA-Chef Richard Helms beteiligt.

Seit der Wiederbeschaffung des verlorenen Throns und der Rückkehr des Schah zum Iran zeichnete sich der treue Diener des US-Imperialismus durch Massenhinrichtungen, Folter und jegliche Unterdrückung der Freiheit aus. Seit dieser Zeit wird die Schah-Armee von mittlerweile 10 000 US-‚Beratern', u.a. 4-Sterne-Generäle, überwacht und kommandiert. Auf Befehl der USA schloß der Iran mit der Türkei und Pakistan unter Beteiligung und Führung der US-Imperialisten einen Militärpakt (CENTO-PAKT), eine der NATO ähnliche Organisation.

Die iranische berüchtigte Geheimpolizei SAVAK wird direkt in den USA ausgebildet. Der erfahrene Ex-CIA-Boß R. Helms kontrolliert die Politik des Schah-Regimes an Ort und Stelle und koordiniert die Funktionen der US-‚Berater' und ‚Techniker' mit der des Geheimdienstes SAVAK.

Den faschistischen Charakter dieses Regimes verschweigen nicht einmal humanistische Organisationen wie Amnesty International, die in ihrem neuesten Jahresbericht das Schah-Regime als eines der faschistischsten Regime der Welt anprangern, in dessen Kerkern die grausamsten Foltermethoden gegen die iranischen Freiheitskämpfer angewendet und die offiziellen Hinrichtungsurteile auf wöchentlich mindestens 2 Personen beziffert werden. Es ist wohl nicht mehr nötig, noch weiter auf die reaktionäre und faschistische Rolle des Regimes und seine Unterdrückungsmaschinerie gegen das iranische Volk und seine Befreiungsorganisationen weiter einzugehen. Es ist unbestreitbar, daß nachdem Israel schachmatt gesetzt wurde, der Iran an Israels Stelle gerückt ist und nun eindeutig die imperialistischen Interessen der USA im ganzen Nahen und Mittleren Osten

vertritt. Noch einmal sei auf die Rolle der Schahtruppen in Dhofar und Jemen hingewiesen.

Täglich berichten die staatlich gelenkten Tageszeitungen von Erfolgen der ach so mächtigen Schah-Armee gegen die Revolutionäre in Dhofar. Das iranische Regime veröffentlicht bei diesen Berichten Landkartenskizzen von den Gebieten, die die Söldner des reaktionären Schah angeblich zurückerorbert haben, und berichtet darüber, wieviele Revolutionäre sie getötet haben. Gerade in den letzten Nummern der regimetreuen Tageszeitungen ‚Keyhan' und ‚Ettelat' bzw. in den iranischen Fernseh- und Radiosendern werden Erfolgsmeldungen gegen die Rebellen und subversiven Kräfte in Dhofar in einer unverschämten Weise verbreitet.

Alle Informationen der PFLO stellen die Aufgabe des reaktionären Schah-Regimes als Zerschlagung der Revolution in diesem Gebiet dar. Die iranischen Befreiungsorganisationen u.a. ‚Volksfedajin', ‚Volksmojahedin' haben vor kurzer Zeit mit den palästinensischen Befreiungsorganisationen und der PLO in einem gemeinsamen Kommunique die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Schah-Regime als Marionettenregime des US-Imperialismus dargestellt und die Rolle des Schah-Regimes als Gendarm des Golfes deutlich betont.

Das durch den CIA-Putsch geborene Regime unterdrückt also nicht nur das eigene Volk, sondern fungiert auch als treuer Handlanger der Imperialisten, allen voran des US-Imperialismus, im Nahen und Mittleren Osten. Seine Aufgabe besteht darin, u.a. die Wasserstraße, im konkreten Fall Dhofars die Straße von Hormuz, für den ungestörtenRaub desschwarzen Goldes der iranischen und arabischen Völker zu kontrollieren. Dazu erhält das Regime im Iran alle erdenkliche Unterstützungen, sowohl materiell als auch moralisch. Die größten Waffenkäufe in der Geschichte der USA wurden, wie Kissinger es formulierte und ein Sprecher des Pentagon es ergänzte – außer Atomwaffen praktisch alles – in Milliardenwerten dem treuen Diener geliefert, und er führt seine Aufgabe in ihrem Interesse durch. Mit dem Rest des übrig gebliebenen Geldes des Ölreichtums des iranischenVolkes muß der Schah immer dort einspringen, wo irgendwelche westlichen, insbesondere US-Firmen in finanzieller Not geraten sind. Hier genügen die Beispiele die vom Konkurs bedrohten Gesellschaften PAN-AM, Hilton ....

Alljährlich während der OPEC-Konferenz (Organisation erdölfördernder Länder) macht sich der iranische Vertreter durxch spektakuläre Auftritte und großes Geschwätz zum Sprecher der OPEC-Staaten, um dann den günstigsten Preis für die Ölkonzerne auszuhandeln. Auch in diesem Jahr dominierten bei den Verhandlungen 2 Parteien, eine fortschrittliche unter Führung von Algerien und eine von den Ölkonzernen aufgebaute, die vor allem von Saudi-Arabien und dem Iran repräsentiert wurde. Bei einem Abschluß von lächerlichen 5% (bedenkt man die enorme Inflationsrate der meisten ölproduzierenden Staaten) wird einem die gezielte sabotierende Rolle, die hier wieder einmal die beiden reaktionärsten Länder gespielt haben, nur allzu deutlich.

Die aufgezählten Fakten sprechen eine deutliche Sprache über die Rolle des Schah-Regimes im Inland, sowie im ganzen Nahen und Mittleren Osten. Wir stellen an den KBW die Frage, die eindeutig zu beantworten ist: von wem wird die Politik des Iran gemacht? Wird sie vom iranischen Volk oder vom Schah-Regime gemacht?

Wenn bei diesem Regime noch jemand von Unabhängigkeit redet, bzw. den Versuch wagt,von der Unabhängigkeit und der fortschrittlichen Rolle dieses Regimes zu reden, kann man uns das Recht nicht abstreiten, nach der Abhängigkeit dieser Organisation zu fragen, die diese Position vertritt. Diese von der iranischen Opposition schärfstens verurteilte Position steht nicht im Dienste des iranischen Volkes und der Arbeiterklasse des Iran und der Länder am Persischen Golf, sondern ist dazu geeignet, die einheitliche Front gegen das faschistische Schah-Regime im Ausland zu spalten und zu schwächen. Wir fordern die im KBW organisierten bzw. die mit ihm sypathisierenden Einheiten auf, die vom ZK des KBW vertreteneEinschätzung des nach Unabhängigkeit strebenden Schah-Regimes zu hinterfragen. Des weiteren fordern wir den KBW auf, in einer öffentlichen Veranstaltung mit uns in Diskussion zu treten.

Vorstand der CISNU"

FÜR EIN GESUNDHEITSWESEN DES KAPVERDISCHEN VOLKES

MÜNSTER (ID) 26. November — Die „Amilcar-Cabral-Gesellschaft e.V." veranstaltet am 17./18. Januar 1976 einen Kongress mit dem Titel „Gesundheitswesen für das Volk". Die Einladung dazu richtet sich vor allem an Ärzte, Krankenschwestern, Laboranten, die erwägen, auf den Kapverdischen Inseln zu arbeiten. Anmeldungen bei Klaus Labudde, 44 Münster, Grevenstraße 432

AUFRUF BARRÃO-FREUNDE !

Inge und Deo kommen im Dezember in die BRD und wollen berichten, wie es inzwischen im Dorf aussieht: gegründet wurde inzwischen eine Handarbeitskooperative – geplant ist weiterhin der Bau eines Sozialzentrums und der Aufbau einer Landwirtschaftskooperative. Für alle diese Projekte wird unheimlich viel Geld benötigt. Heidelberger Genossen haben bereits 2.000 Mark für einen Klippwagen gespendet, außerdem haben sie einen Ford-Transit gekauft, der in Kürze runtergefahren wird. Weitere Informationen finden sich in den letzten Nummern von ID, links, BUG-Info, Portugal-Spanien-Info. Möglichst große Spenden werden erbeten auf das Konto:

Barrão-Spendenkonto, Gisela Kissel, Commerzbank Ffm,

Nr. 6474712/01

Weitere Informationen: Gisela Kissel, 6 Frankfurt, Feldbergstraße 21

PS: In Barrão de São João, im Süden Portugals, hats im Sommer ein internationales Arbeitslager gegeben. (siehe Bericht im ID 101)

DOKUMENTE

TARIFABSCHLUSS IN DER EISEN- UND STAHLINDUSTRIE NORDRHEIN-WESTFALEN UND BREMEN

„Ziel der Tarifpolitik ist die ständige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer. An diesem Ziel muß auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten festgehalten werden. Über die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen würde unter diesen Bedingungen zumindest eine Sicherung des erreichten Lebensstandards anzustreben sein."

Dies formulierte die IG Metall in dem von ihr im Oktober veröffentlichten Zehn-Punkte-Programm. Darin hat sie im Vergleich zu anderen Gewerkschaften noch Vorstellungen einer aktiven Tarifpolitik entwickelt. Doch der am 15.11.1975 vereinbarte Tarifabschluß spricht eine andere Sprache. Die Einkommensverbesserung beläuft sich auf 5,7 %, oder „knapp 6 %" wie es in der Öffentlichkeit hieß.

NICHT 5,7 %, SONDERN 4,8 %IST DIE TATSÄCHLICHE BELASTUNG DER UNTERNEHMER !

Doch diese Zahl ist noch viel zu undurchsichtig. Schauen wir uns die einzelnen Bestandteile des Abschlusses an: (vgl. HB 17.11. und 18.11.75)

1. Löhne und Gehälter werden ab 1.11.1975 um 5 % erhöht. Der Tarifvertrag läuft aber ab 15.10.1975. Da die 5 % jedoch erst am 1.11.1975 gezahlt werden, ergibt sich auf die gesamte Laufzeit umgerechnet eine rechnerische Einkommensverbesserung von etwa 4,8 %.

2. Für die zweite Hälfte des Monats Oktober wird eine einheitliche Pauschale von 25 DM gezahlt. Rechnen wir auch diese Zahlung aufs Jahr um: Wenn wir ein monatliches Brutto-Durchschnittseinkommen von 2.000 DM annehmen, ergibt dies ein Jahres-Bruttoeinkommenvon 24.000 DM. Folglich machen die 25 DM aufs Jahr gerechnet etwa 0,1 % Einkommensverbesserung aus.

3. Die bisherige Jahressonderzahlung von 100 % (d.h. also 13. Monatsgehalt) wurde auf 110 % erhöht. Dies war eines der Ziele der IG Metall: damit sollte der erste Schritt für die weitergehende Forderung nach zusätzlichem Urlaubsgeld getan werden. Diese Erhöhung ergibt umgerechnet eine Einkommensverbesserung von knapp 0,8 %. Nun muß aber berücksichtigt werden, daß es der IG Metall nicht gelang, die Fortzahlung des in den letzten Jahren erstrittenen „Stahlbonus" von DM 300 jährlich zu erreichen. Es fand also eine Art Tauschgeschäft statt: für die Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 110 % mußte der „Stahlbonus" hingegeben werden. Insofern konnte der Besitzstand (das, was man eh schon hatte) gerade gehalten werden. Damit ist die echt durchgesetzte Erhöhung, als die tatsächliche Mehrbelastung der Stahlindustrie, nur etwa 4,8 %! Dies ist die vom Arbeitgeberverband gemeldete Mehrbelastung. Damit hat sich die IG Metall sehr brav an die geforderten Richtzahlen der Konjunkturinstitute und Sachverständigen gehalten (wiewohl sie diese entrüstet zurückwies und beschimpfte), die von 5 % bis 5,5 % Lohnerhöhung ausgingen.

Soweit zur tatsächlichen Belastung der Unternehmerseite durch diesen Abschluß. Nachzutragen ist vielleicht, daß die Arbeitgeber bei ihren Verhandlungen immer von 5 % als Ergebnis ausgegangen sind ... !

EINKOMMENSSITUATION DER LOHNABHÄNGIGEN NACH DEM TARIFABSCHLUSS

1. Nun aber zur Postition der Lohnabhängigen in der Eisen- und Stahlindustrie. Für diese ist die oberflächlich gesehen 5,7 % ausmachende Einkommensverbesserung bei weitem nicht so hoch. Das liegt auch auf der Hand: die Progression der Lohnsteuer (sobald man in eine höhere Einkommensgruppe kommt, zahlt man relativ mehr Steuern) schmilzt einen weiteren – kleineren Teil – ab; die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 % (das ist der Anteil der Lohnabhängigen) ab 1.1.1976 und die steigenden Beiträge zur Krankenversicherung verschlechtern das reale Einkommen weiter. Das sieht gar der Kommentator des Handelsblattes, der davon spricht, daß „die Arbeitnehmer ... eine ganz andere Art von Tarifarithmetik betreiben werden". Er stellt fest, dass von der „vergleichsweise bescheidenen Einkommensverbesserung dieses Tarifabschlusses" nach Abzug der genannten Posten nichts mehr übrig bleiben wird, ja daß der Reallohn sinken wird! (HB, 18.11.1975)

2. Darüberhinaus wird sich die Verteilungsposition stark zugunsten der Unternehmer verschieben. Denn: Während der Laufzeit von 12 1/2 Monaten wird sich in der Eisen- und Stahlindustrie ganz sicher die Produktivität erhöhen. Das heißt, Rationalsierung und Intensivierung werden zu einer Steigerung der Arbeitsleistung führen. Da jedoch der Lohn für 12 1/2 Monate festgesetzt ist, wird diese Mehrleistung voll den Unternehmern in der Stahlindustrie zugute kommen. So ist also abzusehen, daß sich die Verteilung dessen, was insgesamt in der Eisen- und Stahlindustrie produziert werden wird, sehr stark zugunsten der Unternehmer verschieben wird. Damit entspricht der Tarifvertrag also auch der Forderung der Sachverständigen, die Verteilung „wieder" zugunsten der Unternehmer zu „korrigieren"!

SIGNALWIRKUNG?

Als der DGB Vorsitzende Vetter im Sommer dieses Jahres in einem Spiegel-Interview davon sprach, daß er unter bestimmten Bedingungen seinen Kollegen von den Einzelgewerkschaften (Der DGB selbst schließt keine Tarifverträge ab!) empfehlen würde, sich mit dem Ausgleich der Preissteigerungen zu begnügen, hob vor allem von Seiten der IG Metall (berechtigterweise) scharfer Protest an. Doch mit diesem Abschluß bleibt die IG Metall sogar noch unterhalb des von allen als Minimum bezeichneten Inflationsausgleiches! Nun ist es alter Brauch, daß der erste Abschluß eines Tarifes eine Art „Signalwirkung" auf die nachfolgenden Tarifabschlüsse hat. Die Linie scheint also klar: auf keinen Fall mehr als 6 % Einkommensverbesserung und damit Hinnahme des Reallohnabbaues! Ob dies überhaupt erreicht werden wird – geschweige denn mehr! – wird aber in starkem Maße von der Aktivität der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, Betriebsräte und aktiven Kollegen abhängen. Es ist fraglich, ob gegen die disziplinierende Kraft der Wirtschaftskrise die Stärke der gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen ausreicht.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge werden zum angegebenen Monatsende gekündigt. Wieviele Arbeiter und Angestellte davon betroffen sind, sagt die Zahl in Klammern.

31. DEZEMBER

Metallindustrie, ohne Bayern	(3.250.000)
Holzindustrie verschiedener Bereiche	(200.000)
Papierverarbeitende Industrie	(130.000)
Land- und Forstwirtschaft	(130.000)
Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen	(55.000)
Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen	(400.000)

31. JANUAR 1976

Öffentlicher Dienst einschl.Post und Bahn	(2.224.000)
Metallindustrie in Bayern	(68.000)
Volkswagenwerke	(109.000)
Land- und Fortwirtschaft	ca. (120.000)
Groß- und Einzelhandel in Hessen	(85.000)
Ziegelindustrie Bayern	

28. FEBRUAR 1976

Sägerei und Holzbearbeitung	(80.000)
Bankgewerbe	(280.000)
Einzelhandel in Hessen	(110.000)
feinkeramische Industrie Bayern	(30.000)

31. MÄRZ 1976

Einzel-,Groß- u. Außenhandel – Teilbereiche	(100.000)
chemische Industrie in den Bezirken Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein	ca. (400.000)
Druckindustrie	(180.000)
Versicherungen	(180.000)
Ernährungsindustrie Nordrh. Westf. – Angest.	(25.000)
Sand-, Kies-, Mörtel- und Transportbetonindustrie in den Bezirken Niedersachsen und Bremen	

30. APRIL 1976

Baugewerbe	(1.500.000)
Textil- und Bekleidungsindustrie	(850.000)
Groß- u. Außenhandel – Teilbereiche	(300.000)
Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz	(20.000)
Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar	(180.000)

31. MAI 1976

Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar	(64.000)
Einzelhandel im Bezirk Saar	(40.000)
Energie- und Versorgungsunternehmen im Bezirk Baden-Württemberg	(30.000)

30. JUNI 1976

Kautschukindustrie in den Bezirken Hamburg, Hessen und Niedersachsen	(60.000)
Großhandel Rheinland-Pfalz	(57.000)
Großhandel Saar	(15.000)

BETRIFFT: NOTIZEN AUS STAMMHEIM

FRANKFURT (ID) 27. November — Mit den Berichten aus Stammheim sind wir im Moment ziemlich im Rückstand, was sich aufgrund verschiedener Faktoren nicht so schnell ändern lassen wird. Es liegen jetzt noch insgesamt vier Berichte vor (drei davon schon über die Beweisaufnahme), die bearbeitet und getippt werden müssen. Dies wird so rasch wie möglich geschehen. In dieser Nummer veröffentlichen wir den Bericht von der Verhandlung am 4. November.

NOTIZEN AUS STAMMHEIM

Gleich zu Beginn verliest Prinzing die lapidare Ablehnung des Befangenheitsantrags aus der letzten Sitzung. Die vorgebrachten Gründe werden entweder als verspätet und damit unzulässig bezeichnet oder – in bezug auf die Haftbedingungen – als unbegründet: die Haftbedingungen seien nach Ansicht des Bundesgerichtshofes, des Bundes

verfassungsgerichtes und der Menschenrechtskommission rechtens. Dennoch habe der Senat Änderungen veranlaßt, weitere Änderungen stünden noch zur Entscheidung an; von Befangenheit könne hier also keine Rede sein.

Zwei weitere Beschlüsse werden verkündet: für Baader wird ein Arzt des Vertrauens zugelassen und die Modalitäten der Vorführung an Verhandlungstagen, an denen die Gefangenen an der Sitzung teilnehmen wollen, werden geändert.

Prinzing rattert sodann die Anwesenheitsliste runter, Ulrike Meinhof fehlt, sie hat gestern einen Kreislaufkollaps gehabt (d a s sagt Prinzing allerdings nicht!). Nachdem er schließlich Baader über den weiteren Verlauf der letzten Verhandlung nach seinem Ausschluß unterrrichtet hat, spürt man förmlich, wie Prinzing und sein Senat sich zum schnellen Aufbruch rüsten und es mutet fast seltsam an, daß der Vorsitzende noch sitzenbleibt, während er verkündet, bei den Verteidigern Golzem, Spangenberg und Köncke ergäben sich hinsichtlich ihrer Befugnis, in diesem Verfahren zu verteidigen, Bedenken aus § 146 Strafprozeßordnung, bis 12 Uhr solle man sich dazu äußern, vor einer Klärung dieser Frage sei die Weiterverhandlung in Anwesenheit dieser drei Verteidiger nicht möglich, um 14.30 Uhr werde die Verhandlung fortgesetzt. Sagts und geht. Proteste von Baader und Unruhe im Saal (der gut halb voll und mit 14 Presseleuten besetzt ist) halten ihn nicht auf.

(Anm.: Der seit 1. Januar 1975 geltende § 146 StPO lautet: „Die Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinschaftlichen Verteidiger ist unzulässig." Prinzing nimmt seine „Bedenken" bei den drei Verteidigern daher, daß diese gleichzeitig in Kaiserslautern verteidigen. These dabei ist, daß es sich dort und in Stammheim um dasselbe Verfahren handeln soll – Frage dazu: wenn es so ist, warum sind dann die beiden Prozesse nicht zusammengelegt worden? – so daß das Verbot der Mehrfachverteidigung eingreife. Das ist, gelinde interpretiert, eine ausgesprochen weite Auslegung der Vorschrift. Man muß dazu als Hintergrund wissen, daß Golzem, Spangenberg und Köncke vor einiger Zeit in Kaiserslautern ihre Entpflichtung als Pflichtverteidiger beantragt hatten, daß dieser Antrag aber abgelehnt wurde – unter anderem mit der Begründung des dortigen Vorsitzenden, er habe einen Anruf von Prinzing erhalten, er solle den Antrag ablehnen, sonst habe man die drei in Stammheim sitzen ... Zur weiteren Interpretation dieses neuesten Schachzuges von Prinzing siehe den nächsten Bericht.)

Zum Beginn der Nachmittagssitzung gleich Kontroverse. Schily kündigt ein Ablehnungsgesuch an und will es gleich vortragen. Prinzing mag nicht zuhören, sagt bestimmt und endgültig nein, darauf Schily „Doch!", Prinzing „Nein!", Schily „Doch!" und und ein bißchen weiter in der Art. Prinzing will erst einen Beschluß loswerden, aber darauf läßt Schily sich nicht ein: das interessiert mich nicht, ich habe jetzt das Recht, meinen Antrag zu stellen, das lasse ich mir nicht nehmen. – Der Senat verläßt den Saal (Prinzing: Wir machen eine Pause zur Besinnung) und kommt nach genau zwei Minuten wieder. Prinzing, vor sich auf den Tisch blickend, kommentarlos: Das Wort hat Herr Schily.

Schily beginnt: 1. Am 28.10.75 hat der Vorsitzende laut Protokoll Seite 3.180 wörtlich gesagt: „Wenn Sie hier nicht still sind, dann wird die Verhandlung fortgeführt zu Zeiten, wo es Ihnen nicht möglich ist." Diese Äußerung war an die Verteidiger, besonders an den Kollegen Plottnitz gerichtet. Ich habe davon erst durch die Presse erfahren. Telefonische Rückfragen bei den Kollegen ergaben, daß diese die Äußerung des Vorsitzenden in der Verhandlung nicht wahrgenommen haben. Im Protokoll der letzten Sitzung, das wir heute morgen erhalten haben, habe ich festgestellt, daß die Pressemeldung stimmt. 2. Im Protokoll der Sitzung vom 28.10.75 ist die Äußerung Prinzings wortgetreu wiedergegeben. Allerdings hat der abgelehnte Richter an der entsprechenden Stelle handschriftlich folgendes vermerkt: nach dem Wort ‚Verhandlung' hat er ein Kreuz eingefügt und am Rand des Protokolls dazugeschrieben: „gemeint ‚nicht' (Versprecher')". 3. Die Äußerung des abgelehnten Richters „Wenn Sie hier nicht still sind, dann wird die Verhandlung fortgeführt zu Zeiten, wo es Ihnen nicht möglich ist" stellt eine versuchte Nötigung dar, weil der Wortentzug gegen die Verteidiger mit der Drohung verbunden wurde, sie durch entsprechende Terminierung der Verhandlung faktisch und ohne gesetzliche Grundlage auszuschließen.

Die Voreingenommenheit des Vorsitzenden kommt hier klar und offen zum Ausdruck. Prinzing hat das auch erkannt, seine Randnotiz soll die Erklärung verfälschen. Das ist offenkundig, weil mit der Ergänzung der gesprochene Satz absolut unsinnig wird. Er hieße dann nämlich: „Wenn Sie hier nicht still sind, dann wird die Verhandlung nicht fortgeführt zu Zeiten, wo es Ihnen nicht möglich ist." Also: Prinzing will gedroht haben nur zu verhandeln, wenn es der Verteidigung zeitlich möglich ist. Ein derartiger Unsinn beweist die unlösbare Verstrickung des abgelehnten Richters in seine Befangenheit gegenüber den Angeklagten.

Ein weiterer Ablehnungsgrund ergibt sich daraus, daß der Vorsitzende die Begründung des Ablehnungsgesuches zunächst unterbrochen hat und trotz der bereits erfolgten Ablehnung an der Beratung über die Worterteilung an mich teilgenommen hat. Auch dadurch wird belegt, daß Prinzing die Einbringung von Ablehnungsanträgen verhindern will.

Die anderen Anwälte schließen sich dem Ablehnungsgesuch im Namen ihrer Mandanten an. Plottnitz fügt noch hinzu:

In der Urschrift des Protokolls befindet sich nach der hier angegriffenen Äußerung des Vorsitzenden ein maschinenschriftlicher Punkt. Aus diesem Punkt hat der abgelehnte Richter handschriftlich drei Punkte gemacht – offensichtlich um den Eindruck zu erwecken, daß der Satz nicht vollständig gewesen sei und um somit einer erwarteten Ablehnung zuvorzukommen.

Baader erweitert die Ablehnungsbegründung: die Methode der Verfälschung ist seit dem Beginn dieses Verfahrens angewandt worden, zum Beispiel in dem Beschluß vom 30.9.75 (Ausschluß der Angeklagten). Jetzt ist der Punkt gekommen, wo es Prinzing nur noch um die Verdrängung von Angeklagten und Verteidigern geht.

Ich erweitere die Ablehnungsgründe: Sichtbar wird hier die vollständige Abhängigkeit des Senats von der Bundesanwaltschaft, deutlich wird, daß es direkte Absprachen gibt darüber, wie die Anwälte auszuschalten sind. Kulminiert hat diese Strategie in der Verhaftung von Anwälten und jetzt in dem Verbot sukzessiver Verteidigung. Für uns aber sind diese Verteidiger notwendig, weil nur sie ausreichende Aktenkenntnis haben.

Die Konstruktion der „sukzessiven Verteidigung" ist Quatsch, sie würde bei unseren Verteidigern nur für Heldmann nicht gelten.

Prinzing unterbricht und mahnt: zur Sache!

Baader: Das ist zur Sache! Es geht hier um die Ausschaltung der Verteidigung: Referendare werden diszipliniert, Verteidiger sind Polizeieingriffen ausgesetzt, Gespräche werden abgehört, Strafanzeigen werden ‚angeregt' und Ehrengerichtsverfahren eingeleitet. D a s ist der Sinn und der Hintergrund des hier angegriffenen Satzes des Vorsitzenden. Es geht um die Anwendung des gesamten Staatsapparatees gegen die Verteidigung.

Der Senat handelt hier zusammen mit dem Staatsschutz, d... Bundesgerichtshof usw. Der Richter macht sein Recht selbst.

Zu dem sicher auftauchenden Vorwurf der Prozeßverschleppung: S i e haben die Widersprüche durch ihre Verhandlungsführung kulminieren lassen und die Verteidiger würden sich lächerlich machen, wenn sie das hinnehmen würden. Das ist lächerlich, diese Figur, diese Witzfigur ... (das ist an Prinzing gerichtet)

Die Bundesanwaltschaft ergreift das Wort: Wir stellen den Antrag, Baader zu verwarnen und ihm den Ausschluß für den Fall der Wiederholung solcher beleidigender Äußerungen anzudrohen.

Prinzing gibt diese Drohung umstandslos weiter, er hat es dabei noch nicht einmal nötig, eigene Worte zu gebrauchen. An Andreas Baader gerichtet sagt er, mit der Hand einen Bogen von der Bundesanwaltschaft zur Anklagebank beschreibend: Sie haben es gehört, Herr Baader ...

Die Bundesanwaltschaft weiter in ihrer Stellungnahme zum Ablehnungsantrag: „Die Prozeßverschleppung hat erneut zugeschlagen. Die Prozeßsabotage wird systematisch weiterbetrieben werden." Es ist schon zu fragen, ob die Ablehnung nicht verspätet vorgebr-acht wurde. Aber vielleicht stimmt es tatsächlich, daß die Verteidiger den angegriffenen Satz aufgrund ihres skandalösen Verhaltens in der letzten Verhandlung nicht gehört haben. Der Satz will nichts anderes sagen, als daß die Verhandlung nicht fortgesetzt wird, solange die Verteidiger nicht ihre ständigen Unterbrechungen aufgeben. Das ergibt sich auch aus der anschließenden Pause. In dem Satz einen Ablehnungsgrund zu erblicken, ist an den

Haaren herbeigezogen. Der Antrag ist als unzulässig zurückzuweisen.

Schily erwidert: Die Nachbesserungsversuche der Bundesanwaltschaft sind zum Scheitern verurteilt. Bei der Interpretation des Satzes als Begründung für eine Pause wurde der Nachsatz, der die eigentliche Drohung enthält, weggelassen. Die Bundesanwaltschaft scheut sich nicht, selbst bei einem klarenAblehnungsgrund wiederum mit Entgegnungen wie „an den Haaren herbeigezogen", „Verschleppung" usw. zu argumentieren. Das ist bezeichnend, sie können einfach nicht sachlich argumentieren.

Heldmann ergänzt: die bisherigen Ablehnungsgründe werden erweitert. 1. Der Vorsitzende ist bei den Angeklagten und bei der Verteidigung mit Rügen und Warnungen bei „Beleidigungen" schnell bei der Hand. Bei der Bundesanwaltschaft dagegen bleibt er stumm; sie kann uns ohne Reaktion des Vorsitzenden „Prozeßverschlepper" nennen. Das ist ein zusätzlicher Ablehnungsgrund. 2. Die Interpretation des Satzes durch die Bundesanwaltschaft – sie sagt uns, was der Vorsitzende habe sagen wollen – bestätigt anscheinend die Auffassung Baaders, daß die Kommunikation zwischen dem Vorsitzenden und der Bundesanwaltschaft weiter geht als bisher. Sonst könnte die Bundesanwaltschaft nicht wissen, wie der Vorsitzende seine Äußerung gemeint hat.

Oberwinter ergänzt: Die Drohung mit dem Ausschluß soll verhindern, daß in der Verhandlung die Haftbedingungn und anderes zur Sprache kommen. In diesem Zusammenhang muß gesehen werden, daß Ulrike Meinhof gestern einen Kreislaufkollaps erlitten hat. Es hat drei Stunden gedauert, bis Professor Müller zu ihr gelassen wurde, und er durfte dann nur eine Diagnose stellen, aber keine Behandlung vornehmen.

Temming schließt sich ebenfalls an und ergänzt: der Vorsitzende hat heute morgen in einer Propagandarede von einem Vertrauensarzt geredet. Dabei verschleiert er, daß dieser Arzt nur eine Begutachtung, aber keine Behandlung vornehmen darf, obwohl die Haftbedingungen und ihre Auswirkungen bekannt sind. Der Gefängnisarzt wird bekanntlich von den Gefangenen abgelehnt, er muß alle Informationen an den Staatsschutz weitergeben. Offenbar geht die Psychiatrisierung der Gesundheit der Gefangenen weiter. Die drei Stunden Wartezeit gestern bei Ulrike Meinhof sind begründet in der Ablehnung der Zulassung von Vertrauensärzten auch zur Behandlung.

Plottnitz meint abschließend zur Bundesanwaltschaft: Ihre Äußerungen sind deutlich eine Wiederholung der alten Litanei, sie können nicht ernst gemeint sein. Einerseits werden wir als „Prozeßverschlepper" beschimpft, andererseits werde ich wegen „Beleidigung" entpflichtet. (Hier habe ich für die weiteren – kurzen-Ausführungen den Faden verloren.)

Prinzing schließt die Sache hastig ab: In einer Viertelstunde gehts weiter.

Baader will noch etwas sagen, Prinzing lehnt ab und geht. Nach gut zwanzig Minuten ruft ein Beamter aus, daß die Verhandlung erst um 16.15 Uhr weitergehe (zu der Zeit ist es 15.43 uhr). Tatsächlich dauert es dann bis 17 Uhr.

Prinzing: Der Ablehnungsantrag wird zurückgewiesen. Gründe: DieTonband Niederschrift der Verhandlung vom 28.10.75 enthält die maschinenschriftlichen Sätze: „Ich mache jetzt eine Pause. Wenn Sie hier nicht still sind, dann wird die Verhandlung fortgeführt zu Zeiten, wo es Ihnen nicht möglich ist." Dazu steht am Rande meine Anmerkung. Die Äußerung war die Begründung für die anschließende Pause; ihr Sinn ist: es wird nicht verhandelt, bis die Verteidiger ruhig sind. Zeiten, in denen mit dem Senat ohne Verteidiger verhandelt wird, sind schlecht denkbar. Die nach der Pause erfolgte Weiterverhandlung zeigt, daß die Äußerung wie oben erläutert gemeint war. Die mit der Anmerkung veränderte Fassung ist zwar sprachlich mißglückt, aber inhaltlich nicht zu beanstanden.

Aus allem ergibt sich, daß bei vernünftiger Betrachtung keine Befangenheit festgestellt werden kann. Die anderen aufgeführten Ablehnungsgründe dienen nur der Verschleppung des Verfahrens. Die Sitzung ist geschlossen. Die Fortsetzung findet erst am 11 November statt, weil ein Richter eine Operation hat.

Golzem unterbricht und will sprechen, aber Prinzing läßt ihn nichts sagen und redet weiter:

Es ist beschlossen worden, daß die Herren Golzem, Spangenberg und Köncke in diesem Verfahren nicht verteidigen dürfen.

Sagts und geht.

VEREINIGUNGSKIRCHE – DER RECHTSRADIKALISMUS LÄSST MISSIONIEREN

26. November Daß die heilsame Gin-Seng-Wurzel etwas mit dem CIA zu tun hat – der CIA etwas mit den lächelnd versponnenen Jungs der Vereinigungskirche, diese etwas mit einem bezaubernden koreanischen Folkballett und das Ganze etwas mit der blutig kapitalen Weltelite der Ultrarechten klingt zunächst wie ein mäßiges Drehbuch. Wir versuchen mit dieser längeren Dokumentation einen Eindruck davon zu geben, was für ein bedrohliches Netzwerk uns mit der Vereinigungskirche und ihren offenen und verdeckten Sparten ins Haus steht, wenn sie mit ihrem Kreuzug gegen den Kommunismus und ihrem heiligen Krieg zur Rettung der westlichen Weltruine an Einfluß gewinnt.

Dazu lohnt es sich erst einmal, ein paar führende Exponenten der Vereinigungskirche näher anzuschauen.

DIE STRATEGEN DER BEWEGUNG

Selbsternannter Glaubensstifer, Oberhaupt und Messias der Vereinigungskriche (im folgenden ‚Kirche' genannt) ist der Multimillionär San Myung Mun. Am 6.Januar 1920 im Norden Koreas geboren, studierte er zunächst Elektrotechnik ohne Abschluß. Ostern 1936 hatte er seine entscheidende Erleuchtung. Jesus erschien ihm und trug ihm auf, sein unvollendetes Werk weiterzuführen. Schon bald sammelte er eine mystische Sekte um sich.

Drei mal wurde er wegen verschiedener Sexualdelikte zu Gefängnisstrafen verurteilt, 1950 aber von US-Truppen „befreit".

1954 gründete er dann die „Unification Church". Sie wurde besonders populär unter den Flüchtlingen aus dem Norden. Schon damals wurden neben den religiösen Aktivitäten sogenannte „Aufklärungsgruppen zur Besiegung des Kommunismus" eingerichtet. Sein militanter Antikommunismus und seine Zusammenarbeit mit dem faschistischen südkoreanischen Regime haben sich seitdem als verläßlichste Existenzsicherung erwiesen. Mittlerweile ist er zum vierten Mal verheiratet, hat sieben Kinder und predigt gleichwohl, daß Ehebruch Todsünde ist.

Mit dem Aufschwung seiner Bewegung verknüpfte sich auch ein beachtlicher wirtschaftlicher Aufschwung. Er ist Aufsichtsratvorsitzender von verschiedenen Firmen, in denen seine Gläubigen für ihn arbeiten. Es sind dies die Tongil IndustrialCo., in der leichte Waffen hergestellt werden, die Titanium Industria Co. (Titanium wird für die Rüstung und Raumfahrt gebraucht), die Ilwha Pharmaceutical Co., die GinSeng-Wurzeln vertreibt, und die Il shin Handicraft Co., in der Marmorvasen hergestellt werden. Auch in andere Länder bestehen Kapitalverbindungen. Seine Missionen verkaufen weltweit seine Produkte. Sein Gesamtvermögen wird auf 15 Millionen US Dollar geschätzt. Als Südkoreas Exportschlager erhält er enorme Steuererleichterungen.

Zu seinen nächsten Jüngern sagte er: „Ich bin größer als Jesus". „Ich bin euer Gehirn. Die ganze Welt liegt in meiner Hand. Ich muß sie erobern und mir untertan machen." Seine wahrhaft minutiöse Hingabe an seine Glaubensschar kommt in folgender Ansprache zum Ausdruck: „Eigentlich wollte ich nur kurz zur Begrüßung erscheinen. Wegen Ihres Interesses an unseren Aktivitäten möchte ich eine 50-minütige Rede zu dem Thema ‚Füreinander Leben' halten..."

Der kuriose Zauber fällt bei dem zweiten Mann der Kirche, Bo Hi Pak (Hauptmann Gottes) vollkommen weg. Er baute den südkoreanischen Geheimdienst auf, war Militärattaché in Washington und hat excellente Verbindungen zum CIA. Er ist Vorsitzender der „Korean Cultural and Freedom Foundation" (KCFF), die aus dem vom CIA gegründeten amerikanischen „Committee for a Free Asia" hervorgegangen ist, und die den Propagandasender „Radio Free Asia" betreibt. Er war aktiv an psychologischer Kriegsführung in Vietnam beteiligt. Rechtsberater der KCFF ist Robert Amory, ehemaliger stellvertretender Direktor für Nachrichtenbeschaffung im CIA.

Ein Mann ganz besonderen Kalibers ist der japanische Boß der Kirche, Sasagawi Ryoichi. Schon 1931 gründete er eine faschistische Massenpartei. 1939 flog er nach Rom und bereitete mit Mussolini den Pakt der Achsenmächte Deutschland-Italien-Japan vor. Von dem Beispiel der europäischen Faschisten beeindruckt, reorganisierte er 1942 seine Partei und steckte die Mitglieder in Schwarzhemden. 1945 wurde seine Karriere durch eine Verurteilung als Kriegsverbrecher für kurze Zeit unterbrochen. Nach seiner baldigen Entlassung begann er mit der Unterwelt Geschäfte zu machen: Glücksspiele, Wetten, Pferde-, Auto-, Motorbootrennen usw. 1960 führte er die Vereinigungskirche in Japan ein und wurde ihr Vorsitzender. 1963 übernahm er den Vorsitz der „Internationalen Föderation für die Ausmerzung des Kommunismus" (der Kirche angeschlossen), 1966 wurde er Präsident der „Asian Peoples' Anti-Communist League" APACL. Im größeren Maßstab mit demselben Zielschuf er darauf 1970 die „World Anticommunist League" (WACL), in der die Kirche maßgeblich vertreten ist, und, wie wir sehen werden, mit Gleichgesinnten zusammentrifft.

Für asiatische Staatsstreiche hat er einen guten Riecher: 1965 half er den Putsch gegen Indonesiens Sukarno, 1970 den Sturz Prinz Shianuks zu finanzieren. Für General Lon Nol organisierte er Wirtschaftshilfe.

Nebenbei ist Sasagawi noch Präsident der Japan-Phillipinen Gesellschaft, der Japan-Indonesien-Gesellschaft und neuerdings, nach kräftigen Ölinvestitionen, auch der Japan-Oman-Gesellschaft. Fast lächerlich zu erwähnen, daß er auch Vorsitzender im japanischen Motorboot-Sportverband, im japanischen Judoverband, im japanischen Karateverband und der Welt-Karate-Föderation und im Veteranenbund ist. Als Mister Big der japanischen Börse hat er entschiedenden Aktienanteil bei der All Nippon Airways.

Auch in England sitzt ein Vertreter der Föderation zur Ausmerzung des Kommunismus. Es ist Dennis Orme, der Vorsitzende der Unification Church in England. Daneben hat er sich durch seine Mitarbeit an dem rassistischen „Captive Nations Committee" hervorgetan, das gegen die Einwanderung Farbiger agitiert hat. Bei zwei offiziellen Empfängen hat er für die südvietnamesische Botschaft gesprochen, er unterhält enge Kontakte zu den in der WACL organisierten Exilukrainern.

VERBINDUNG ZU GEHEIMDIENSTEN UND RECHTSRADIKALEN

Daß Kirche, Religion und religiöse Ressentiments gleich welcher Lehre brauchbare Mittel im antikommunistischen Kampf sind, weiß nicht nur der CIA, aber er besonders. Und er weiß auch, wie man daraus Politik macht.

Bekannt wurde, daß zwischen 1961 und 1963 allein 142.500 Dollar CIA Gelder an die Synode der russischen Exilbischöfe ging. In der Zeit von 1960 bis 1965 gab es laut offiziellem Bericht der amerikanischen Untersuchungskomission beim CIA Pläne, den Kubanern einzureden, daß Christus ein Gegner von Fidel Castro sei und die Wiederkehr Christi unmittelbar bevorstehe. Christus werde bald ein Zeichen geben. Das sollte dann ein Feuerwerk sein, das von einem amerikanischen U-Boot aus veranstaltet werden sollte ...

In Portugal erfolgt die Mobilisierung von Katholiken im Norden des Landes ebenfalls über die vom CIA massiv unterstützte reaktionäre Kirche. Im Wallfahrtsort Fatima redet man davon, daß die heilige Jungfrau Maria erschienen sei und vor dem Weltkommunismus gewarnt habe. Der ehemalige CIA Agent Philip Agee, hat speziell auf die Gefahr dieser Art von Counterstrategien hingewiesen, die er aus eigener Erfahrung bestens kennt.

Vom CIA unterstützte antikommunistisch-religiöse Minoritätsgruppen haben die imperialistische Politik in Asien seit langem begleitet. Deckungsgleich mit dem Raster der Kirche erscheint dabei der kommunistische Gegner als dämonischer Satan und Antichrist, dem die fromme, lichte Welt des freien Westens entgegensteht. An der Verbreitung volkstümlicher antikommunistischer Vorurteile in Vietnam war auch CIA-Mann William Blatty beteiligt, der verkünden ließ: „Die Jungfrau Maria hat den Norden (Vietnams) verlassen" und „Christus ist nach Süden gegangen". So plump uns das heute erscheinen mag, bei der gläubigen Landbevölkerung löste es – so ein Indochina-Kommentar – eine „Massenflucht als unmittelbares Ergebnis einer ausgedehnten, gut durchgeführten und an ihrem Ziel gemessen sehr erfolgreichen Operation der psychologischen Kriegsführung Amerikas". Daß Blatty sein Metier beherrscht, beweist sein nächstes Projekt: er ist Autor des Buches zu dem Kassenknüller „Der Exorzist".

Mitgewirkt hat an dieser Aktion schon die „Asian Peoples' Anticommunist League" (APACL), die über ihre Nachfolgeorganisation WACL und über Sasagawi direkt zu der Kirche führt, deren Propagandatätigkeit sie schon früh praktiziert. Viele der alten Kämpfer, die diesen vietnamesischen Exorzismus organisierten, fanden sich später auf Konferenzen der Kirche und des WACL wieder.

Auf die personellen Geheimdienstkontakte der Schlüsselfigur Bo Hi Pak haben wir bereits hingewiesen, die gute Zusammenarbeit funktioniert aber auch auf anderen Gebieten. Koreanische Mun-Jünger berichteten stolz, daß der CIA die Kirche um Rat frage, wenn ein neuer Agent eingestellt werden soll. Die Kirche ist dann offensichtlich in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob der Kandidat auch ja recht antikommunistisch eingestellt sei und was er sonst so treibt. Wenn schon die Vereinigungskirche dem CIA bei der Geheimdiensttätigkeit hilft, dann erst der CIA der Vereinigungskirche bei ihren Aktivitäten? Beamtenanwärter in Südkorea werden auch gern in Muns Schulungszentren geschickt. Danach ist auf die Leute augenscheinlich Verlaß.

Besonders deutlich läßt sich die Verbindung der Kirche mit der Creme de la Creme der internationalen Ultrarechten nachvollziehen. Durch die massive Präsenz in der WACL sitzt sie an der Schaltstelle der weltweit organisierten Alt- und Neunazis, militanten Antikommunisten und Erzkonservativen aus Regierungen und Opposition der gesamten kapitalistischen Welt.

Neben der Kirche nehmen an der WACL teil: der „Antibolschewistische Block der Nationen", dessen deutsche Sektion im Verfassungsschutzbericht als rechtsradikal eingestuft worden ist, der „European Freedom Council, Free Pacific Association, John Birch Society" und das „Komitee zur Verteidigung der christlichen Kultur", das unter dem Vorsitz eines ehemaligen spanischen Außenministers ehemalige nationalsozialistische Abwehr-Agenten beherbergt. Andere Vereinsnamen sprechen für sich: "Asiatische christliche antikommunistische Vereinigung, Weltjugendfreiheitskreuzzug" und "Christlicher Antikommunistischer Kreuzzug". Letzterer spezialisiert sich mit einem Jahresetat von 350 000 Dollar auf Kommunistenaustreibung in Südamerika. Dann gibt es noch die verschiedenen revanchistischen Exilgruppen aus Osteuropa und Kuba, Seite an Seite mit hohen Generälen und Verteidigungsministern aus aller Welt.

Ärger gab es, als die Leitung der WACL 1972/73 an die mexikanische „Federacion Mexicana Anticommunista" fiel, die mit rechtsradikalen Guerillaeinsätzen, Geheimbünden und ihrer antisemitischen Nazi-Ideologie sogar den stockrechten „American Council for World Freedom" (ACFW) und die westeuropäischen Rechtskonservativen inclusive CDU/CSU derart schockte, daß sie es Anfang 74 vorzogen, die WACL nach langer guter Zusammenarbeit zu verlassen.

Ebenso aufschlußreich wie die in der WACL vertretenen Organisationen sind Namen und Funktionen einiger Persönlichkeiten. Der Chef der nationalchinesischen Sektion ist Tsching Tschin-Kuo, der Sohn Tschiang Kai-Tscheks. Der Vertreter Südkoreas heißt Admiral Son Won Yil.

In seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister Koreas vor 1950 organisierte er mit bestialischer Brutalität durchgeführte Hexenjagden auf Kommunisten. Als er dabei gleich eine ganze Stadt dem Erdboden gleichmachte, wurde er nach internen Querelen amtsenthoben und ging dann – man höre und staune – als erster südkoreanischer Botschafter in die BRD!

DIE DEUTSCHE WACL-DELEGATION

Man fragt sich natürlich, welche Personen in diesem Schauerkabinett die deutschen Rechten zu vertreten berufen sind. Für die Londoner WACL-Konferenz 1970 wurden der CDU-MdB Franz Lorenz von Thadden und von der CSU Dr. Herbert Ettengruber eingeladen, doch folgten sie der Parteilinie und blieben zuhaus. Ein anderer aber kam und man versteht, warum: der offizielle deutsche WACL-Repräsentant Prof. Dr. Theodor Oberländer. 1933 wesentlich am Aufbau des aggressiven „Bund Deutscher Osten" beteiligt, wird er zehn Jahre später auf persönlichen Wunsch von Rudolf Heß, („Stellvertreter des Führers") mit der Reichsleitung des BDO beauftragt. Auch nach 45 blieb er in der Branche. Er gründete den „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" BHE, wird Landtagsabgeordneter und Staatssekretär für Flüchtlingswesen in Bayern und macht seine Sache so gut, daß ihn Adenauer 1953 zum Bundesvertriebenenminister ernennt. Sieben Jahre bleibt er auf diesem Posten, tritt auch 1956 der CDU bei, verläßt sie aber wieder 1965. In jüngster Zeit hat er sich als Gründungsmitglied der „Gesellschaft für freie Publizistik e.V." (gemeinnützig) hervorgetan. In ihr sind die wichtigsten rechten Verlage zusammengefaßt. Darin hat er Kontakt u.a. mit Karl Mages, Gaukulturwart der NSDAP Saarpfalz, später Chef vom Dienst der Deutschen National- und Soldaten-Zeitung, mit ihrem Herausgeber Gerhard Frey, mit Kurz Ziesel von der „Deutschlandstiftung", Bayern-Kurier-Redakteur Emil Franzel usw. Auf die Jahrestagung der Gesellschaft kam auch der Initiator der Aktion Widerstand Alfred Manke und der unermüdliche Professor Berthold Rubin.

Neben Oberländer waren auf deutscher Seite noch Heinz A. Dechant von der „Deutschen Politischen Gesellschaft", Alfred Gielen von einem „International Committee for Information and Social Activity" (? ?), Friedrich Röder vom „Bund der Freiheit" und je ein Vertreter von baltischen, estländischen, ungarischen und rumänischen Exilorganisationen und vier Delegierte des antibolschewistischen Block der Nationen. Wen wundert es da noch, daß mitten unter dieser finsteren deutschen Equippe auch Paul Werner ist, der deutsche Präsident der Vereinigungskirche?

DIE ORGANISATIONEN DER KIRCHE

Eine deutsche Kirchen-Missionarin sagte, ihre Bewegung habe viele Zweige. Das ist zweifellos wahr. Man kann auch sagen, die Kirche formt für jede politisch-religiöse Marktlücke die passende Organisation.

In Asien besonders aktiv ist die Föderation zur Ausmerzung des Kommunismus. Um speziell Zugang zu Studenten zu finden, wurden an asiatischen Universitäten „Studiengruppen zur Erforschung der (göttlichen) Prinzipien" eingerichtet, die dann 1962 in die „Collegiate Association for the Research of Principles" CARP, aufgingen. Mit den göttlichen Prinzipien ist das bibelhafte Buch Muns gemeint, in dem er seinen Glaubensgang vom Elektriker zum Eklektiker (Verzeihung) in diffusen Theoremen nachzeichnet. Eine Stufe höher kommen dann die „Professors World Peace Academy" und die „Freedom Leadership Foundation" hinzu, die recht erfolgreich unter Dozenten und Managern werben und Lehraufträge an den eigenen Studienzentren vermitteln.

Die 1968 gegründete „International Cultural Foundation" des Bo Hi Pak organisiert „soziale und medizinische Hilfszentren" speziell in der Dritten Welt, betreibt verschiedene Tanz- und Musikgruppen und bemüht sich auch um die „Einheit von Wissenschaft und Religion". Das angegliederte „Unification Thought Institute" erstellt die notwendige pseudowissenschaftliche Literatur.

In Tokio, London und New York wurden relogiös-wissenschaftliche Konferenzen veranstaltet, an denen auch einige Nobelpreisträger unter großer Publicity teilnahmen. Flugkosten und andere Ausgaben für die „wahrhaft interessierten Wissenschaftler" wurden von der ICW generös beglichen. Für die, die nicht kommen konnten oder wollten, hatte man bezahlte Antworttelegramme spendiert, auf denen sie der Konferenz wenigstens ihre Glückwünsche und Zustimmung aussprechen sollten.

1972 wurde das bislang jüngste Kind der Vereinigungsfamilie aus der Taufe gehoben: die „International One World Crusade" IOWC, deren Kämpfer sich auch „Infantrie des Lichtes Gottes" nennen und die von allen Gruppierungen den politischen Aspekt am deutlichsten hervorhebt. So demonstrierten sie in der Wall-Street mit einigen tausend Kämpfern gegen den Niedergang der westlichen Welt, und sie forderten auf Informationsständen in England Kopf-ab-Strafen für Verbrecher, die sich an dem „heiligen" Leben der Polizisten vergangen haben. 1974 traten die streitbaren Gotteskrieger mit ihren zwei mobilen Teams in 50 europäischen Großstädten auf. Zur Zeit ist die gesamte Europatruppe in Deutschland. Angeblich hat die Kirche Zentren in 130 Ländern und einige Millionen Mitglieder. In Europa unterhält sie Filialen in: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Holland, Island, Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden und der Schweiz.

DIE THEOLOGIE DES FASCHISMUS

Die ideologisch-theologische Grundlage Muns ist der dürftigste Teil seines Imperiums. Den Auftrag, Jesus Werk weiterzuführen, verstand Mun sehr praktisch: da Jesus kinderlos blieb, hatte er flugs die Vorstellung zur Hand, der neue Messias müsse durch sein Blut eine neue perfekte Familie zeugen. Ein Kommentar sagt dazu: „Um sich vom Blut des Satans zu reinigen, muß man notwendig eine Blutsteilung vom Sektenoberhaupt gewährt bekommen. Die Gläubigen nun, die das heilige Blut des Oberhauptes empfangen haben, können dann ihrerseits weiteren Gläubigen Blut abgeben. Durch die Wiederholung dieses Vorgangs würden schließlich alle Menschen erlöst. Blutsteilung bedeutet jedoch konkret nichts anderes als Geschlechtsverkehr."

Die bruchlose Übersetzung von Religion in Politik belegt ein „Studienführer zu den göttlichen Prinzipien". Demnach stellte Stalin persönlich „die Welt des Satans dar, im Gegensatz zur Welt der Freiheit und Herrschaft des Guten, die der zweite Messias unter Gott errichten wird.

In diesem letzten Kampf repräsentiert der kommunistische Block Kain, während die demokratischen Mächte in der Position Abels stehen." Und wer nun immer noch nicht glaubt, dies sei konkret gemeint, dem hilft Mun mit seiner New Yorker Rede im Madison Square Garden vor über 20.000 fanatischen Zuhörern auf die Sprünge: „Bisher konnte Gott nur Guerilla-Kämpfe gegen Satan führen, keinen totalen Krieg. Gott hat sich jedoch auf einen großen Tag vorbereitet, auf einen himmlischen Tag X, ähnlich dem Tag der Landung in der Normandie, an dem Gott eine Generaloffensive beginnen kann. Der Tag X ist der Tag der Wiederkunft Christi; und dieser Tag ist nun gekommen!" Auch wer diesen Krieg führen soll, verschweigt Mun nicht: „Diesmal bietet sich die große Gelegenheit in Amerika. Wenn Amerikas Christen den Willen Gottes für die heutige Zeit erkennen und danach handeln, können wir die Welt auf den Kopf stellen ..."

Ebenso übersichtlich brutal ist die Stellung der Frau in diesem neuen Weltsystem. In einem obskuren Schulungsdiagramm mit vielen Kringeln und Linien ist an zentraler Stelle ein zweigeteilter Kreis, dessen eine Hälfte mit „das Positive, männlich" und die andere mit „Das Negative, weiblich" gekennzeichnet ist. Über die Frau Muns wird gesagt: „Hinter jedem großen Mann steht immer eine bedeutende Frau, die ihren Mann selbstlos in seiner Aufgabe unterstützt." Oder, um mit Mun zu sprechen: "Gott schuf die Frau nicht um ihrer selbst willen, sondern um dem Mann zu dienen."

GESCHÄFTE UND PUBLICITY

Daß eine rechtsradikale Organisation mit religiösem Touch und besten Empfehlungen in den westlichen Kapitalzentren ihrerseits einen wirtschaftlichen Machtapparat darstellt, kann nicht mehr verwundern. Es besteht jedoch über die finanziellen Resourcen und Verbindungen noch weitgehend Unklarheit. Selbst ein englischer Staatsanwalt, der gegen die Sekte ermittelte, stellte fest, daß es um die Kirchengelder „mehr Mond- als Sonnenschein gibt. Die Herkunft der Gelder ist in Geheimnisse gehüllt."

Jedenfalls mangelt es nicht an Geld, wenn es politisch darauf ankommt. So konnte eine aufwendige und breitgefächerte Pressekampagne zur Unterstützung des Watergate-geschwächten Nixon bezahlt werden, bei der gesagt wurde: „Es ist eure Pflicht, Richard Nixon zu lieben. Gott hat Richard Nixon dazu auserwählt, Präsident der Vereinigten Staaten zu sein."

Die Werbekosten zur Vorbereitung der Reichsparteitagserleuchtung in New York – z.B. doppelseitige Anzeige in der New York Times – kosteten etwa 350.000 Dollar. Für die Größten der Stadt wurde anschließend im Grand Ballroom des Waldorf Astoria ein üppiges Festbanquett für 1.000 Personen spendiert.

Der Besitz von vier großen Firmen sowie Landgüter und Häuser im Wert von 16 Millionen Dollar, sind sicher nur ein Eckpfeiler des wirtschaftlichen Komplexes. Öffentlich erklärt wird immer wieder, die Kirche finanziere sich durch Spenden und den Verkauf von Kerzen, Bildchen und Erdnüssen! In Japan Amerika und England sind die suspekten Sammelpraktiken und regelrechten Spendenerpressungen schon häufig angezeigt worden. In Deutschland geht man im Moment noch behutsamer vor.

Als in England zur Aufklärung des finanziellen „Mondscheins" die Polizei die Bücher der Kirche konfiszierte, war dort erstaunliches verzeichnet: In einem Zeitraum von 6 Wochen waren 6000 Pfund Einnahmen durch Sammlungen verzeichnet, aber im gleichen Zeitraum konnte der stattliche Betrag von 12.000 Pfund nach Korea überwiesen werden!

Daneben besteht in England die Firma "United Family Enterprises", die die Vereinigungsideale in klingende Münze umzuwandeln versteht. Zu dem Betrieb gehört eine Druckerei, ein Filmdokumentationszentrum, eine Kerzenfabrik und landwirtschaftliche Produktionsstätten. Auch importiert und verkauft sie die Gin Seng Produkte und die Kitschvasen aus Muns Produktion.

In dem alle Lebensbereiche umfassenden Totalitarismus der Kirche wird natürlich auch Unterhaltung und Musik gleich mitverеinigt. Im Namen der freien Welt und Gott zum Wohlgefallen treten auf: die auch im deutschen Fernsehen bekannte koreanische Jugendtanzgruppe "Little Angels", die Blaskapelle "New Hope Orchestra", die Gesangsgruppe "New Hope Singers International", die englische "New Life Show" und das "koreanische Volksballett".

DIE AKTIVITÄTEN DES BIZARREN FASCHISMUS

Weltweites Aufsehen erregte ein besonders gigantisches Spektakel in Seoul. Am 8. Februar dieses Jahres wurden bei der "größten Hochzeit der Menschheitsgeschichte" auf einen Schlag 1800 gleichgekleidete Paare von Mun getraut. Mit den Ehebräuchen hat es eine besondere Bewandnis: Wer heiraten will, legt dem nächsten Kirchenführer eine Vorschlagsliste mit 5 möglichen Ehepartnern vor. Der Kirchenleutnant sucht dann die passendste Verbindung heraus. Nach der Hochzeit kommt die allerheiligste Zeit im Sektenleben: 40 Tage Enthaltsamkeit! Versteht sich, daß vorehelicher Geschlechtsverkehr sowie vor- und nachehelicher Nikotin- und Alkoholgenuß strikt verboten ist. Ansonsten ist bekannt, daß die Vereiniger in ihren Räumen mit heiligem Salz um sich streuen und "weiche Satan" rufen. Nachbarn von Trainingszentren berichten über seltsame Gesänge, nächtliche Aufmärsche und merkwürdige Geräusche Tag und Nacht. Daß in diesen Zentren mit den modernsten Mitteln von Indoktrination, Psychoterror und Gehirnwäsche gearbeitet wird, läßt sich aus den Aussagen von Abtrünnigen unschwer nachvollziehen. Die Vorgehensweise ist in etwa die: Mit freundlichem Lächeln wird man auf der Straße von einem jungen höflichen Missionar unverbindlich angesprochen, z.B. nur "do you speak english?", dann entwickelt sich ein offenes Gespräch und schon ist man für einen Abend im Kreis der Vereinigungsfamilie eingeladen. Labile und Nichtsahnende werden daraufhin einem Aufenthalt in einem der nahegelegenen Trainingszentren nicht abgeneigt gegenüberstehen. Manche kommen dann sogar zu einem 6wöchigen "International Leadership Seminar" nach USA. Spätestens dann ist man jedoch eine andere Person.

Manche, die durch diesen Schraubstock gingen, meldeten sich nach langer Zeit von einer Missionsstation in Afrika wieder. Eltern und Bekannte nahmen an Opfern eine totale Wesensveränderung wahr, jegliche Kommunikation war unmöglich geworden. Der englische Labour Abgeordnete Paul Rose legte in einer Parlamentsanfrage den Brief eines Betroffenen vor, in dem es heißt: "Der sechs Wochen Kurs in Amerika ist eine bösartige Ausübung von totaler Indoktrination. Ziel dabei ist, das Opfer in eine geistige Verfassung zu bringen, in der es nur noch blind den Befehlen der Organisation folgen kann... Die Mitgliedschaft ist total und in den meisten Fällen wird das gesamte Eigentum überschrieben." Als es einem Vater gelang, seine Tochter von der Kirche loszubekommen, blieb sie lange Zeit in einem dauernden Schockzustand und schluchzte die ganze Zeit. Sie hatte ein nervöses Zucken im Gesicht und litt unter einer Ohrenentzündung. Sie sah aus wie ein Geist. Bei anderen Mädchen blieb lange Zeit die Menstruation aus, andere hatten reale Angst vor dem Teufel. Kursteilnehmer hatten zu unterschreiben, daß "dem Schüler das Verlassen des Grundstücks während der Freizeit oder ohne ausdrückliche Genehmigung verboten ist." In einem anderen Bericht heißt es, die Schüler seien in "Stacheldraht und Gattern eingeschlossen, von der Welt isoliert, ohne die Möglichkeit fortzukommen, von 6 Uhr früh bis Mitternacht bestürmt, Muns Lehre zu akzeptieren." Nach altbewährter Gehirnwäschetechnik werden die Mitglieder systematisch um den Schlaf gebracht. 4 Stunden oder weniger dürfen sie schlafen.

Neben den illegalen Sammelpraktiken, dem Finanzmirakel und der psychologischen Vergewaltigung von Mitgliedern geht die "graue Zone" der halblegalen und kriminellen Kirchenaktivitäten auch auf anderen Gebieten ins Bedrohliche: 1969 wurde bekannt, daß die Kirche 2.500 leichte Gewehre aus Muns Waffenfabrik an die japanischen Glaubenskämpfer geliefert hatte. Auf den Kursen in USA werden die zukünftigen Missionare auch in Karate ausgebildet.

DIE VEREINIGUNGSKIRCHE IN DEUTSCHLAND

Den großen Sprung versucht die Kirche in Deutschland erst in jüngster Zeit, sie besteht jedoch schon seit Anfang der sechziger Jahre. Schon 1960 versuchte ein südkoreanischer Militär in seiner Miteigenschaft als Missionar einen in Deutschland lebenden koreanischen Pfarrer zur Verbreitung des Vereinigungsglaubens zu gewinnen.

Der jetzige Führer, der Kaufmann "Reverend" Paul Werner, kam in den USA mit der Kirche in Kontakt. In Seoul war er bei Meister Mun persönlich. Bei der New Yorker Großkundgebung durfte er mit auf dem Podium sitzen. Vorher hatte er auf einer Kundgebung in Wallstreet für das Bekehrungsfest geworben. Nach Aussagen von Insidern hatte Mun speziell für Deutschland großes im Sinn. Es sollte der Angelpunkt für die europäische Mission werden. 1972 kam er aus diesem Anlaß nach Deutschland, streute ein paar heilige Stätten mit Weihsalz ein und hoffte auf Wachstum und Gedeih. Daß dies Werner bislang nicht so recht gelang, soll ihm schon manche Mun-Schelte eingebracht haben.

Da die Kirche in England mit falschen Aussagen für die Gin Seng Heilprodukte geworben hatte – angeblich krebsheilend – wurde sie vom Verbraucherschutz zur Zurücknahme ihrer Anzeigen gezwungen. In Deutschland haben die Geschäftsvereiniger daraus gelernt: Sie haben den Gin Seng Verkauf von der Agitation getrennt. Jedoch: In Frankfurt wird in einem eigenen Laden seit kurzem auch die koreanische Wunderwurzel verkauft. Herstellerfirma ist die Il wha Co., deren Direktor Mun persönlich ist. Und wer ist der Alleinimporteur? Fa. Werner und Winkler, die zufällig auch eine Offsetdruckerei in Walldorf betreibt, bei der sämtliche Vereinigungsschriften gedruckt werden. Mitinhaber Paul Werner ist der Vorsitzende der Kirche in Deutschland. Im Gin Seng Laden bestreitet man natürlich jeden Zusammenhang.

Vor der jetzt anlaufenden Flächenmissionierung versuchte man in gezielten Einzelkontakten und mit verdeckten Karten Leute zu gewinnen. Im Sommersemester 75 wurden erste Kontakte auf dem Frankfurter Kampus geknüpft. Ein Betroffener berichtet: "CARP Leute sprachen einzelne Studenten an, scheinbar auf Kommunikationssuche, anschließend erfolgte die Einladung zu einer Tasse Tee in der CARP Gemeinschaftswohnung. Ein Missionar erzählte mir, daß seine Organisation sich künftig besonders auf die Unis konzentrieren wolle, um die geistige Elite der Nation für sich zu gewinnen. Ein massiver Antikommunismus kam in diesem Gespräch damals noch nicht zum Ausdruck. Kommunismus und Sozialismus wurden in wenigen Sätzen als Fehlentwicklung abgetan. Mir wurden Schulungskurse in USA und eine Karriere in der Organisation angeboten. Als ich Anstalten machte, mich zu verdrücken, forderte mich mein Gesprächspartner auf, ein vorgedrucktes Papier mit Name, Adresse, Hobbys und vor allem Unterschrift zu versehen, nur so, und damit er mir Informationsmaterial zuschicken könne. Auf dem Formular prangte allerdings die Überschrift "Förderndes Mitglied". Als ich den CARP Mann darauf ansprach, verschanzte er sich hinter seinen angeblich mangelnden Deutschkenntnissen und behauptete, das Ganze hätte keinerlei tiefere Bedeutung und ich solle ihm durch die Unterschrift nur mein Vertrauen beweisen. Daraufhin suchte ich das Weite."

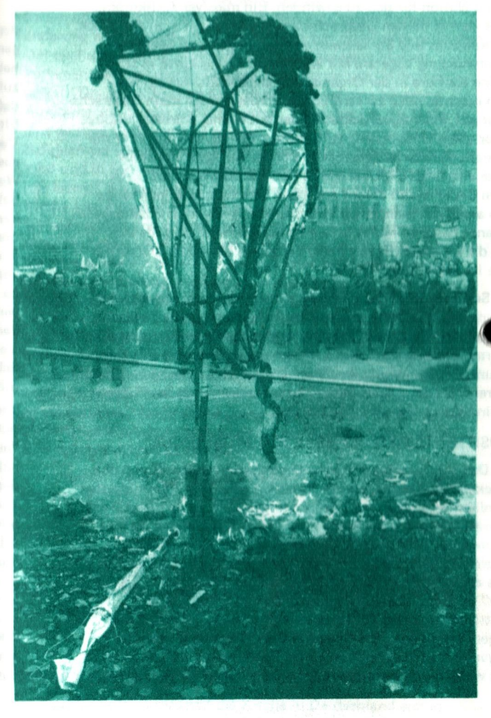
Seit dem Start der Kampagne im Wintersemester regt sich die faschistische Kirche mit großem Aufgebot in ganz Deutschland. Aus den Zentren in Frankfurt, München und Berlin und den Trainingslagern auf dem Land heraus verteilen sie mit Vorliebe unter Polizeischutz ihre losen Blätter und Zeitungen in allen größeren Städten. Einige Mitglieder versuchen auch bei Pfarrern und kirchlichen Verbänden zu landen.

OPPOSITION GEGEN DIE VEREINIGUNGSKIRCHE

Daß sich eine faschistische Organisation weltweit von den entwickeltsten Kapitalzentren herab bis hin in die "harmlosesten" persönlichen Lebensbereiche durchorganisiert, ist in dieser Form ein Novum. Von der Substanz ihrer Prinzipien her sind sie eine absolute Null. Aber gerade die Lächerlichkeit ihres christlich-mystischen Mischmasches soll es einem so einfach machen, das Ganze als kuriosen Popanz abzutun. Sie rekurieren auf "unpolitische" religiöse Ressentiments und formen sie rigoros in eine strategisch exakt konzipierte rechtsradikale Militanz um. Die hier gewonnenen Erkenntnisse über "friedliche" counter insurgency brauchen nur von einem Schreibtisch zum anderen gereicht werden und bekommen bei zukünftigen CIA Einsätzen







FRANKFURTER NACHRUF AUF FRANCO